

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Bierteljährlich 2,50 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus.
Einzeln Nummer 5 Pfg. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
Eingetragen in die Post-Zeitungs-
preisliste. Unter Kreuzband für
Deutschland und Oesterreich-Ungarn
2,50 Mark, für das übrige Ausland
4 Mark pro Monat. Postabonnements
nehmen an: Belgien, Dänemark,
Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonnabend, den 1. April 1916.

Expedition: S.W. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die Friedensbewegung in England.

Die englische Friedensbewegung erweckt über die Grenzen Großbritanniens hinaus allgemeines Interesse. Fasten schon die Reden des Genossen Snowden sowie der Liberalen Trevelyan, Duthwaite und anderer große Aufmerksamkeit, so berichtet jetzt auch die deutsche bürgerliche Presse in zunehmendem Maße über die Bestrebungen der Unabhängigen Arbeiterpartei außerhalb des Parlaments zur Herbeiführung eines baldigen und dauernden Friedens. Der „Labour Leader“ wird eifrig verfolgt, und ein Artikel „Die Zeit ist gekommen“ von A. Jenner Brodway wurde in verschiedenen bürgerlichen Blättern zitiert. Genosse Jenner Brodway erinnerte in ihm daran, daß die Unabhängige Arbeiterpartei von Kriegsbeginn an ihre internationalen Prinzipien aufrechterhalten habe, und er wies nach, wie sie jedem Angriff auf die Freiheit und jeder Ausdehnung des Militarismus in England heftigen Widerstand entgegensetzte. Aber er sagte zugleich, was geschehen sei, dürfte nur als das Vorbild von dem betrachtet werden, was noch geschehen müsse. Jenner Brodway ist durch das Land gereist, er hat mit den Anhängern der Partei gesprochen und dabei das starke Gefühl gewonnen, daß im Augenblick des Handelns die Mitglieder hinter der Partei stehen werden. Und er fügt hinzu: „Ich glaube, daß der Augenblick gekommen ist.“

Das englische Volk verlangt den Frieden. Die furchtbaren Verluste, der tote Punkt, auf dem der Krieg angelangt zu sein scheint, die Anwendung des Militärdienstgesetzes, die Berichte von der Friedenssehnsucht in den anderen Ländern, alles das wirkt zusammen. Man werde nur an das Friedensverlangen der Massen appellieren müssen, um eine Antwort zu erhalten, die selbst die Optimisten unter ihnen überraschen werde. Allmählich fied auch das englische Volk, daß die Befreiung Belgiens nicht das einzige Motiv war, das Großbritannien zur Teilnahme am Krieg veranlaßte.

Viele ließen sich nicht täuschen. Wir wußten, daß England durch geheime Verträge verpflichtet war, ganz unabhängig von Belgien, am Kriege teilzunehmen. Wir wußten, daß die englische Politik der letzten vergangenen zwölf Jahre Deutschland zum Ausbau seiner Flotte getrieben hatte. Wir wußten, daß es „Cant“ war, vom Kampf für die demokratische Freiheit zu sprechen mit dem in graufamster autoritärer Form regierten Rußland als Verbündeten. Wir wußten endlich, daß die historische Politik Großbritanniens stets darauf bedacht gewesen war, die europäischen Nationen in zwei Gruppen zu teilen.

Aber die Größen im Parlament, in der Presse und von der Stange roben anders, und das Volk glaubte ihnen. Der Krieg dauerte jetzt 19 Monate, und obgleich die Regierung ihre Absichten verschleierte, fidiert die Wahrheit doch langsam durch, und wir erkennen, daß das Endziel des Kampfes die grundsätzliche Verleugnung der Demokratie ist, für die wir in den Krieg gezogen sind.“

Die Gerüchte von einem Abkommen mit Rußland über den Besitz von Konstantinopel, mit Italien über die Einverleibung von Gebieten in Dalmatien, Oesterreich, Kroatien seien für manche eine Offenbarung gewesen.

Tatsachen dieser Art sollten das Volk überzeugen, daß keine der Mächtegruppen, die in diesen Konflikt verwickelt sind, für einen gerechten oder demokratischen Frieden kämpft. Wenn es den Regierungen überlassen wird, den Krieg zu beenden, wie es ihnen überlassen war, ihn zu beginnen, werden die Friedensbedingungen nur die Bedingungen eines neuen Krieges sein.“

Das könne nur durch Enthusiasmus, Opfer und vor allem durch Organisation erzielt werden.

Das sind nicht die Auffassungen eines einzelnen oder eines eng begrenzten Kreises, wie einige deutsche Blätter anzunehmen scheinen, sondern es ist der Ausdruck der Stimmung in weiten Schichten des englischen Volkes. Das Zentrum der Friedensbewegung wird aber zweifellos von der Unabhängigen Arbeiterpartei gebildet, und es ist bezeichnend für die in ihr herrschenden Tendenzen, daß von den Resolutionen für den am 24. April in Newcastle stattfindenden Parteitag der Unabhängigen Arbeiterpartei sich allein elf mit den Friedensbedingungen beschäftigen und Befanntgabe der Friedensziele von der Regierung fordern. Andere verlangen die Wiedervereinigung der Internationale, fordern die Wiederaufhebung des Militärdienstgesetzes, die Nationalisierung der Schifffahrt, des Grund und Bodens, des Weizens und der Kohle, aber an der Spitze stehen die elf Friedensresolutionen.

Bestimmten sind vielleicht geneigt, das noch nicht als den Willensausdruck der Mitgliedschaft selbst anzusehen. Resolutionen können ja auch nicht unter allen Umständen als ein untrüglicher Gradmesser der Meinung breiter Schichten gelten. Es gibt aber einen stärkeren Beweis dafür, daß die Anregungen Jenner Brodways fruchtbareren Boden fanden. Ganz spontan sind aus der Mitgliedschaft heraus begeisterte Zustimmungungen an den „Labour Leader“ gekommen. Viele von ihnen begleitet von Geldspenden, um sogleich die Propaganda beginnen zu können. Innerhalb einer Woche kamen auf diese Weise ohne eine besondere Aufforderung etwas über 28 Pfund, das sind zu normalem Friedenskurs etwa 560 Mark, zusammen. Mit dem Geld soll die Nummer des „Labour Leader“, die die Friedensreden von Snowden, Trevelyan, Bonfand, Duthwaite, Mason und Wyles enthielt, in einer größeren Auflage hergestellt und verbreitet werden.

Die Geldspendungen und die Schreiben sind ein klarer Beweis dafür, daß in England ein großer Teil der Arbeiterschaft darauf wartete, daß das erlösende Wort, die Aufforderung zur

Mitarbeit für den Frieden, fiel. Es muß abgewartet werden, wie kräftig die englische Friedensbewegung wird, aber es ist keinesfalls zulässig, sie von vornherein, wie das ein deutsches Blatt tat, als etwas ganz Belangloses hinzustellen und ihr jeden Einfluß auf die Politik der Regierung abzuspochen. Herr Asquith wird sich auf die Dauer einer starken Strömung zugunsten des Friedens nicht entziehen können.

Daß Philip Snowden und seine Mitkämpfer fest von gewissen Kreisen als Pro-Deutsche und als „Agenten des Auslands“ hingestellt werden — wen will das Wunder nehmen? Das müssen sich die schon gefallen lassen, die in solchen Zeiten gegen den Strom, d. h. gegen die kapitalistische Bourgeoisie ankämpfen. Es kommt ja auch gar nicht darauf an, daß die Kriegsschreiber in England und diejenigen, die hohe Gewinne aus dem Krieg ziehen, mit der Agitation der Unabhängigen Arbeiterpartei einverstanden sind, sondern einzig und allein darauf, daß die Arbeiterschaft und alle, die unter dem Krieg leiden, begreifen, was Snowden, Jenner Brodway und ihre Freunde wollen, daß sie die wahren Interessen des Volkes vertreten.

Englische Friedensversammlung.

In Westthor Lythil (Südwaales) fand am 12. März eine öffentliche Versammlung statt, die von 2500 Personen besucht war. Sie nahm folgende Resolution an: „Wir verlangen, daß die Regierungen Großbritanniens und der verbündeten Länder Friedensunterhandlungen anknüpfen, um dem Kriege ein Ende zu machen.“ (2)

Gegen die Vernichtungssphrasen.

Aus Amsterdam wird uns geschrieben: Am 23. März kam es im Unterhause zu einer neuen Debatte über die Pariser Wirtschaftskonferenz der Verbündeten. Sir Dalziel, einer der Chauvinisten der Liberalen Partei, forderte, daß die britischen Delegierten die Vollmacht bekämen, zu erklären, daß die englischen Handelsbeziehungen mit Deutschland nie wieder werden würden, was sie vor dem Kriege waren. Man würde dadurch diejenigen abschrecken, die Deutschland auf die für den Export aufgeschobenen Warenvorräte Geld vorstrecken. Die Pariser Delegierten sollten sich insbesondere auch für die gemeinsame Bekämpfung des deutschen Handels in Südamerika erklären. — Der Liberale Aneurin Williams erklärte sich dagegen, daß man die Fragen der Handelspolitik nach dem Kriege schon während des Krieges behandeln: „In der Frage des Handels mit Deutschland können wir nicht voraus entscheiden, weil wir die Bedingungen, die den Ausschlag geben werden, nicht kennen.“ — Der Redner sieht voraus, daß, wenn der Krieg vorüber ist, das deutsche und das englische Volk wieder in Freundschaft leben und Handel mit einander treiben werden.

Jonathan Samuel (Liberale) sagte: Vor dem Kriege hat Deutschland 19 Millionen Tonnen Stahl erzeugt gegenüber 18 Millionen der drei verbündeten Mächte. Wie können Sie ein solches Land vernichten? Von den 5 600 000 Tonnen exportierten Eisens gehen nur 400 000 nach den Dominionen. Wie können wir 92 Prozent unserer Stunden 8 Prozent zuliebe zugrunde richten.

Lloyd Georges erklärte in seiner Antwort, daß es nicht wünschenswert wäre, wenn das Haus die Politik der Regierung auf der Konferenz durch einen Beschluß vorwegnehme. Es handle sich nicht nur um die Schutzollfrage. Man denke nur an Rußland mit seinen großen wirtschaftlichen Möglichkeiten. Man solle auch nicht Geschäft und Nebensache vernichten und „die Wehlfier in den Tempel der menschlichen Urgeföhle bringen“.

Es ist zu bemerken, daß das englische Parlament Erklärungen wie über die künftige Freundschaft des deutschen und englischen Volkes und über die Möglichkeit, Deutschland zu vernichten, angehört hat, ohne die Bestimmung zu verlieren und die Redner Landesverräter zu schimpfen.

Ein Zitierkünstler der Mehrheit.

Von Karl Kautsky.

In der Politik wie in der Wissenschaft sind Zitate nicht zu entbehren. Sie können sehr nützlich werden dort, wo man sie nicht als Beweise verwendet, sondern als Fingerzeige, die den Leser veranlassen, die Schrift oder Rede, der das Zitat entnommen ist, nachzulesen oder doch zum mindesten über die historischen Bedingungen und die Methode nachzudenken, deren Produkt das Zitat ist. Dann wird ein solches unsere Einsicht immer bereichern.

Dagegen dient es gerade dazu, unsere Einsicht zu verdunkeln, wenn es auf Bedingungen und unter Methoden angewandt wird, die gänzlich verschieden sind von jenen, die für den Urheber des Zitats maßgebend waren, oder gar dann, wenn man dem aus dem Zusammenhang gerissenen Zitat einen Sinn unterstellt, der zu der ganzen Denkweise des Autors in krassem Widerspruch steht.

Zitate in dieser Weise zu benutzen, ist ein greulicher polemischer Unfug, der nicht besser wird dort, wo er nicht der Gewissenlosigkeit, sondern nur der Kennntnislosigkeit des Polemikers entspringt, der eine Schrift oder eine Rede nicht deshalb liest, um den Schriftsteller oder Redner kennen zu lernen, sondern nur deshalb, um einzelne Sätze bei ihm zu finden, die er glaubt, für seine Zwecke auszuklachten zu können. Was sich nicht benutzen läßt, existiert für solche Leser nicht.

Gerade in dem jetzigen Krieg ist diese Art des Zitierens reichlich angewandt worden, namentlich von den Verechtern der Fraktionsmehrheit. Leute, deren ganze politische Vergangenheit einen ununterbrochenen Kampf gegen Marx und Engels, Bebel und Liebknecht darstellt, entdecken plötzlich ihr marxistisches Herz und suchen zu zeigen, daß sie die eigentlichen Marxisten seien und daß wir, deren ganze politische Vergangenheit von dem Kampf für den Marxismus erfüllt war, jede Spur marxistischen Denkens verloren hätten.

In dieses Spiel, das anfängt, den Reiz der Neuheit zu verlieren, sucht jetzt Genosse August Brey in der „J. R.“ (Internationale Korrespondenz) eine neue Nuance hineinzubringen. Er beruft sich auf ein Zitat aus meiner Schrift über die „Soziale Revolution“, die 1902 erschien, um daraus zu beweisen, daß ich damals in der Kriegsfrage eine Auffassung vertrat, die der der heutigen Fraktionsmehrheit entspricht. Wenn ich heute diesen Genossen Opposition mache, so hätte ich „erheblich rasch und geradezu umstürzend ungelern“, und „dafür kann doch eigentlich die Fraktionsmehrheit nichts“.

Nein, sicher, an diesem Behrechen ist sie ganz unschuldig. Wie beweist aber Genosse Brey meine Schuld? Wie beweist er die überraschende Enthüllung, daß ich ein Jahr vor dem Dresdener Parteitag in der Kriegsfrage mit David und Seine Arm in Arm ging?

Ich untersuche in jener Schrift die Möglichkeiten, die auftauchen können, die politische Entwicklung zu beschleunigen und dem Proletariat die politische Macht in die Hände zu spielen. Dabei weise ich auf die Erfahrungen hin, die man bisher mit Kriegen in Zuständen machte, in denen eine Ablösung der herrschenden Klasse durch eine aufsteigende im gesellschaftlichen Interesse dringend notwendig wurde, eine Stagnation aber daraus hervorging, daß die aufstrebende Klasse nicht stark genug war, aus eigener Kraft die Macht zu erringen. In einer solchen Situation, führe ich aus, bewirkt mitunter ein Krieg die Ueberwindung des toten Punktes.

Es vollzieht sich das auf zweierlei Wegen: ein Krieg kann nicht geführt werden ohne die Anspannung aller Volkkräfte. Wehrt ein tiefer Zwiespalt in der Nation, dann zwingt der Krieg die herrschende Klasse, der aufstrebenden Konzeptionen zu machen, sie an dem Gemeinwesen zu interessieren und ihr so eine Macht zu verleihen, die sie ohne den Krieg nicht erlangt hätte.

Ist die herrschende Klasse zu einem solchen Opfer nicht fähig, oder ist es dazu schon zu spät, dann führt der Krieg nur zu leicht zu einer Niederlage nach außen, der dann den Zusammenbruch im Innern nach sich zieht. Er führt ein Regime, das in der Arme keine vornehmste Stütze hat, indem er diese zerbricht.“ (Seite 52.)

Aus diesen Worten schließt Brey ohne weiteres, ohne irgendwelche näheren Ausführungen, daß sie beweisen: „Es ist durchaus keine Illusion, wenn man auf einen inneren Fortschritt in politischer und sozialer Beziehung nach dem Kriege rechnet... Die Mehrheit der Fraktion hat sich durchaus in den Bahnen des Kantischen Bekenntnisses bewegt.“ Dagegen siehe meine jetzige Haltung mit jenen Ausführungen von 1902 in Widerspruch!

In einem hat Brey recht. Dieser Widerspruch bestände, wenn ich heute erklärte, daß jeder „innere Fortschritt in politischer und sozialer Beziehung nach dem Kriege“ ausgeschlossen sei. Das ist indes keineswegs meine Auffassung. Ich begehe vielmehr große Erwartungen für diese Zeit. In der Tatsache, daß wir solche Erwartungen hegen, liegt aber auch gar nicht der große Gegensatz zwischen der Mehrheit und der Minderheit begründet. Dieser liegt in der Auffassung der Methode, durch die wir zu „inneren Fortschritten“ gelangen.

Die Mehrheit der Fraktion sieht diese Methode im Burgfrieden. Von dem ist aber in dem obigen Bekenntnis keine Rede. Ich rechne dort mit zwei Möglichkeiten während des Krieges. Einmal der, daß „ein tiefer Zwiespalt“ in der Nation besteht, starke soziale Gegensätze, die sich lebhaft äußern, und daß die herrschenden Klassen, um das Interesse der Beherrschten für das bedrohte Gemeinwesen hervorzuheben, diesem sofort erhebliche Konzessionen machen. Die andere Möglichkeit, mit der ich damals rechnete, war die, daß die herrschenden Klassen solche Konzessionen nicht machen oder erst, wenn es zu spät ist, und daraus eine Katastrophe hervorgeht. Nun wird heute noch eine dritte Methode empfohlen, einen inneren Fortschritt im Kriege zu erzielen, die des Burgfriedens. An die dachte 1902 noch niemand unter uns. Die geschichtliche Erfahrung zeigte auch keinen Beleg ihrer erfolgreichen Anwendung. Es fiel mir also gar nicht ein, sie in Betracht zu ziehen.

Jetzt findet plötzlich ein sinnreicher Genosse, ich hätte schon im Jahre 1902 mit meiner Schrift über die soziale Revolution der heutigen Fraktionsmehrheit zu ihrer heutigen Stellung den Weg gewiesen!

Nun, es kann mich nur freuen, wenn sie die Absicht hat, unter der Führung der „J. R.“ diesen Weg zu gehen. Um ihr das zu erleichtern, mache ich sie auf die Schlussworte jener Schrift aufmerksam, in denen die Absicht meines „Bekenntnisses“ am klarsten zutage tritt, und die bei dem Genossen Brey und der „J. R.“ angesichts ihres Interesses für Zitate aus meinen Arbeiten sicher freudigen Widerhall finden werden:

„Es ist ihr lebendiges revolutionäres Bewußtsein, was den Proletariern ihre große praktische Kraft gibt: es ist der Verzicht auf die Revolution, die Beschränkung auf die Interessen des Augenblicks, die sogenannte Realpolitik, was sie zu einer Null in der wirklichen Politik macht...“

Der französische Tagesbericht.

Paris, 30. März. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom Donnerstag nachmittag: Südlich der Somme drang der Feind unter Ausnutzung seines heftigen Bombardements in ein vorgeschobenes Stützwerk unserer Linie westlich von Compiègne, nördlich von Chaumes ein. Unser Gegenangriff warf ihn alsbald heraus. Westlich der Maas unternahm die Deutschen im Laufe der Nacht mehrmals Gegenangriffe gegen unsere Stellungen im Walde von Avocourt. Alle Stürme wurden durch Sperrfeuer sowie durch Maschinengewehr- und Infanteriefeuer abgeköpft, die große Verluste in den feindlichen Reihen, besonders vor dem Kernwerk (Medan) von Avocourt hervorriefen, so die Deutschen sahen von Leichen zurückbleiben. Kein neuer Ansturmversuch in der Gegend von Malancourt. Westlich der Maas und in der Woivre zeitweise unterbrochene Geschützfeuer. Die Deutschen warfen nördlich von St. Mihiel eine große Zahl von schwimmenden Minen in die Maas, die keinen Schaden anrichteten. In Verbringen war unsere Artillerie zwischen Domezre und Bremen tätig. Von der übrigen Front ist kein wichtiges Ereignis zu melden. Am 29. März warf eines unserer Kampfgeschwader fünfzehn großkalibrige Geschosse auf den Bahnhof Reuilly-Sablons und fünf auf den Bahnhof von Bagin-sur-Moselle. In der Nacht zum 30. März beschossen zwei Flugzeuge den Bahnhof Maderen (Maizières-les-Mey).

Paris, 31. März. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von gestern abend. Wir beschossen südlich der Somme die Verschiebungsbahnhöfe Fuzeng und Hallu (Gegend von Chaumes). Westlich von Vouziers wurde ein Flugzeug des Feindes von unseren Abwehrgeschützen abgeschossen. Es fiel fünf Meter vor unseren Gräben zur Erde. Die Insassen sind tot. Ein Maschinengewehr dieses Flugzeuges wurde in unsere Linien gebracht. Nördlich der Aisne Geschützfeuer, der gegen die Befestigungsarbeiten des Feindes auf der Höhe von Saucourt gerichtet war und eine starke Explosion zur Folge hatte. In der Champagne schossen unsere Abwehrgeschütze ein Flugzeug ab, das bei St. Marie-aux-Mines in die feindlichen Linien fiel. Wir richteten ein starkes Feuer gegen die Wälder von Hille Norte in den Argonnen und von Malancourt. Eine unserer Minen brachte einen deutschen Schützengraben zum Einsturz, eine andere zerstörte einen feindlichen Posten bei dem Hügel 285. Westlich der Maas in der Gegend von Malancourt tagsüber anhaltendes Geschützfeuer ohne Infanterietätigkeit. Westlich der Maas richteten die Deutschen morgens gegen unsere Stellungen an den Straßen zum Fort Douaumont einen heftigen Angriff, wobei sie brennende Flüssigkeiten gegen uns schleuderten. Der Angriff wurde völlig abgewiesen, bald darauf fand ein zweiter Angriff auf denselben Punkt statt, der nicht größeren Erfolg hatte und den Deutschen gleichfalls sehr fühlbare Verluste zufügte. In der Woivre zeitweiliges Artilleriefeuer. Eine starke feindliche Erkundungsabteilung, die sich unseren Gräben nördlich von Weissenburg in den Vogesen zu nähern versuchte, wurde durch unser Sperrfeuer zerstreut.

Flugdienst: Unser Flugdienst zeigte sich tagsüber sehr tätig. Einer unserer Flieger schoß in der Gegend von Domrion in der Champagne ein Fokker-Flugzeug ab, das brennend in die feindlichen Linien fiel. In der Gegend von Verdun wurden fünf feindliche Flugzeuge in unmittelbarer Nähe unserer Linien herunterschossen. Unsere Flugzeuge wurden vielfach getroffen, aber alle unsere Flieger sind ohne Schaden zu nehmen zurückgekehrt.

Belgischer Bericht: Größere Artillerietätigkeit an der belgischen Front, besonders im Abschnitt von Dinmuiden.

Die englische Meldung.

London, 30. März. (W. Z. V.) Amtlicher Heeresbericht. Artillerietätigkeit nördlich von Souchez, südlich von St. Eloi und in der Gegend von Wicelje und Boesinghe. Feindlichen Bombardements gelang es, den östlichsten der Sprengtrichter bei St. Eloi zu erreichen. Südlich Boesinghe verlor eine feindliche Abteilung nach Artillerievorbereitung, ihre Gräben zu verlassen, wurde aber durch unser Feuer sofort zurückgetrieben. Von unseren Flugzeugen wird eins vermisst.

Der russische Kriegsbericht.

Peterburg, 31. März. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom 31. März. Westfront: In der Gegend von Riga machten die Deutschen einen Feuerüberfall auf den Brückenkopf von Uezhil. Im Abschnitt von Jakobstadt beschloß der Feind heftig die Umgegend des Dorfes Epula (3 Kilometer südöstlich Augustinhof), alsdann unternahm er einen Angriff, wurde aber durch unser Feuer abgewiesen. Feindliche Abteilungen, die in der Gegend der Susei vorgingen, wurden auf das andere Ufer des Flusses zurückgeworfen. Nördlich von Dinaburg stellenweise heftiges Gewehr- und Artilleriefeuer. Der Angriff des Feindes südlich von Widsy wurde durch Feuer abgewiesen.

Westlich des Karocsee wurde der in Gräben südlich von Krasnoe zusammengezogene Feind durch unser Feuer zerstreut.

In der Gegend des Dginski-Kanals lebhaftes Artilleriefeuer. Südlich des Prypoc und in Galizien Feuerkampf und Tätigkeit der Kämpfer. Durch unser Gewehrfeuer wurde ein feindliches Flugzeug abgeschossen, es landete in der Gegend von Kremowka. Die beiden Flieger, ein Hauptmann und ein Leutnant sind gefangen genommen. Auf der ganzen Front Tauwetter und Schneeschmelze.

Kaukasusfront: In der Kükengegend machten wir im Laufe der Kämpfe zehn Offiziere und fast vierhundert Soldaten von einem türkischen Regiment, das an den Kämpfen auf der Halbinsel Gallipoli teilgenommen hatte, zu Gefangenen. Nach Aussagen von Gefangenen ist der Kommandeur dieses Regiments ein deutscher Offizier. In der Gegend nordwestlich der Stadt Rusch warfen unsere Truppen den Feind aus seinen Stellungen und besetzten das Kloster Surt Karapet Changanil (40 Werst nordwestlich Rusch).

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 30. März. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht. In der Zone von Rovereto herrschte die gewöhnliche Tätigkeit der beiderseitigen Artillerie. Im Sogantale wurden keine feindliche Angriffe westlich Tesobbo abgewiesen. An den Hängen des Col di Lana kam es zu Zusammenstößen zwischen Skapatrouillen, deren Ausgang für uns günstig war. Im Sellatale, in der Zone des Arn und am mittleren Nonzo kräftige Tätigkeit beider Artillerien. Die unsere beschloß eine auf der Straße nach Bogatin marschierende Kolonne und beschädigte feindliche Verteidigungswerke auf dem Slemo und zerstörte im Vornarich auf Polubino feindliche Truppen. Auf den Höhen nordwestlich von Gora dauerte der Zweikampf der Artillerien gestern den ganzen Tag mit Heftigkeit an. In der Nacht unternahm der Feind, der große Reserven zusammengezogen hatte, einen neuen heftigen Angriff. Dieser setzte an nördlichen Ausläufer der Podgorahöhen ein und dehnte sich bald auf die ganze Front bis Sabotino aus. Der Kampf war besonders erbittert in dem Abschnitt auf beiden Seiten des Pomicobaches. Der mehrmals zurückgeschlagene Gegner erneuerte jedesmal mit frischen Truppen seine

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 31. März 1916. (W. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

In vielen Abschnitten der Front lebte die beiderseitige Artillerietätigkeit während des klaren Tages merkwürdig auf. — Westlich der Maas wurden das Dorf Malancourt und die beiderseits anschließenden französischen Verteidigungsanlagen im Sturm genommen; 6 Offiziere und 322 Mann sind unverwundet in unsere Hand gefallen. Auf dem Oisier ist die Lage unverändert; an den französischen Gräben südlich der Feste Donnamont entspannen sich kurze Nahkämpfe.

Die Engländer hielten in Luftkämpfen in der Gegend von Arras und Bapaume drei Doppeldecker ein. Zwei von ihnen Insassen sind tot. Leutnant Jarmelmann hat dabei sein 13. feindliches Flugzeug abgeschossen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Russen beschränkten sich auch gestern auf starke Beschließung unserer Stellungen an den bisher angegriffenen Fronten.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Richtamtlich. Wien, 31. März. (W. Z. V.) Amtlich wird verlautbart, 31. März 1916:

Russischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Infolge der ungünstigen Witterung ist eine Kampfpause eingetreten.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Hueber, Feldmarschalleutnant.

vergeblichen und blutigen Anstrengungen. Schließlich machten wir einen Gegenangriff und schlugen den Feind in die Flucht, der 150 Gefangene, darunter 5 Offiziere in unserer Hand ließ. Auf dem Karst verschiedene Artilleriereaktionen. Westlich von Selz griffen unsere Truppen, die seit mehreren Tagen schon eine feindliche Schanze stark bedrängten, diese gestern nachmittags kräftig an und eroberten sie mit dem Bajonett. Zahlreiche vom Gegner bis spät in die Nacht hinein unternommene Gegenstürme wurden sämtlich abgewiesen. Bei dieser glänzenden Kampfhandlung nahmen wir dem Feinde 202 Gefangene, darunter 7 Offiziere, zwei Maschinengewehre, einen Bombenwerfer, über 100 Gewehre und zahlreiche Munitionskisten und Bomben ab.

Neue englische Blockadebestimmungen.

London, 31. März. (W. Z. V.) Die „London Gazette“ veröffentlicht eine Order im Council, welche eine frühere Order abändert, wonach die Bestimmungen der Londoner Deklaration bis auf gewisse Auslassungen und Abänderungen von der britischen Regierung angenommen wurden. Die Hauptklausel der heutigen Order besagt, daß in Zukunft Artikel 19 der Londoner Deklaration nicht mehr angewendet werden soll. Weder Schiff noch Ladung sollen, wenn sie die Blockade brechen, vor der Wegnahme geschützt sein, nur weil sie auf dem Wege nach einem nichtblockierten Ort sind.

Holland und der U-Boot-Krieg.

Haag, 30. März. (W. Z. V.) „Nieuwe Courant“ verzeichnet mit Bebauern einige Artikel deutscher Zeitungen über die U-Boot-Kriegsführung, in denen die Interessen und Rechte der neutralen Schifffahrt nicht genügend betont würden. Das Blatt schreibt, glücklicherweise ständen dem Anzeichen gegenüber, aus denen man erwarten könne, daß die deutsche Regierung sich den Niederlanden gegenüber nicht in eine solche Richtung treiben lassen will. Dieses gehe aus der letzten Erklärung hervor, die der deutsche Gesandte dem Minister des Reichens gegeben hat, und neuerdings aus der amtlichen deutschen Meldung, daß die Metallstücke, die in einem Rettungsboot der „Lubantia“ gefunden wurden, wenn sie von der holländischen Regierung eingeschickt würden, so genau wie möglich untersucht werden sollen. Obwohl daneben die Erklärung des deutschen Admiralstabs aufrecht erhalten bleibe, deute diese amtliche Mitteilung aus Berlin doch die Geneigtheit der deutschen Regierung an, die „Lubantia“-Angelegenheit nicht durch die Erklärung des deutschen Admiralstabs als abgeschlossen und erledigt zu betrachten.

Französischer Bericht über die Orientarmee.

Paris, 31. März. (W. Z. V.) Bericht der Orientarmee über die Kampfhandlungen im März. In den ersten Tagen des März herrschte an der griechischen Grenze vollkommene Ruhe. Am 18. wurde eine gewisse Tätigkeit deutscher Erkundungsabteilungen festgestellt, französische Streitkräfte rückten insoweit gegen die Grenze südlich von Gougelli vor. Am 16. nistete sich eine feindliche Abteilung in dem griechischen Dorfe Makulowo ein, wurde aber am folgenden Tage von unseren Vortruppen daraus vertrieben. Am 19. warf ein „Zeppelin“ einige Bomben auf die See von Karaburun, wo zahlreiche Schiffe vor Anker liegen, ohne irgend welchen Schaden anzurichten. Am 20. beschloß unsere Artillerie feindliche Lager an der Grenze und am 24. die Bahnhöfe Argenti (?) und Gougelli. An demselben Tage warf eine Abteilung unserer Flugzeuge, die aus 23 Apparaten bestand, zahlreiche Geschosse auf die feindlichen Lageranlagen von Solobes westlich des Dojean-Sees. Im Verlaufe dieser Operationen wurde einer unserer Piloten von einem Geschöß getroffen und fiel in den See, ein anderer mußte landen, konnte aber, nachdem er sein Flugzeug in Brand gesteckt hatte, in unsere Linien zurückkehren. Am 25. fand ein Kampf zwischen einem Fokkerflugzeug und einem unserer Flugzeuge statt, der in der gleichen Weise endete: der französische Flieger mußte landen und steckte sein Flugzeug in Brand. Aber auch ein feindliches Albatrossflugzeug wurde von einem unserer Flieger abgeschossen. An demselben Tage warf ein Flugzeuggeschwader von uns Geschosse auf die feindlichen Lager von Podgorica. Am 27. bezogen beträchtliche englische Kavallerieabteilungen in der Nähe unserer vorgeschobenen Abteilungen Quartier. Am 28. wurde Saloniki von einem Luftgeschwader bombardiert; 23 griechische Bürger wurden getötet, 25 verwundet. Unsere zur Verfolgung des

Feindes aufgestiegenen Flugzeuge schossen drei feiner Flugzeuge ab. Am 29. kam eine englische Kavallerieabteilung mit einer feindlichen Truppenabteilung bei Kündeli auf griechischem Gebiet zwischen Gougelli und Dojean in Verührung. Die Deutschen wurden in die Flucht geschlagen. Entlang der ganzen Grenze entwielt die deutsche Artillerie ziemlich lebhaftige Tätigkeit.

Fliegerangriffe auf Saloniki.

Sofia, 30. März. (W. Z. V.) Der Generalstab teilt mit: Am 27. März hat ein Geschwader von fünfzehn deutschen Flugzeugen den Hafen von Saloniki und das englisch-französische Lager in der Nähe der Stadt bombardiert. Es wurden 800 Bomben abgeworfen, die großen Schaden anrichteten. Die Flieger beobachteten eine Explosion in einem unmittelbar beim Bahnhof gelegenen Depot, sowie eine zweite auf einem feindlichen Schiff. Feindliche Flugzeuge versuchten einen Angriff gegen die deutschen Flugzeuge; ihr Versuch blieb jedoch ergebnislos. Vier von den englisch-französischen Flugzeugen wurden zur Landung gezwungen, die übrigen mußten den Rückzug antreten.

Eine griechische Note über die Frage des Nordepirus.

Bern, 31. März. (W. Z. V.) „Corriere della Sera“ meldet aus Athen: Die griechische Regierung übergab den Gesandten Frankreichs, Englands, Italiens und Rußlands eine gleichlautende Antwort auf die Note wegen Nordepirus. Die Antwort beschränkt sich auf die Frage der Ausdehnung der für Griechenland geltenden bürgerlichen Gesetze. Diese Anordnung sei aus inneren Gründen getroffen worden. Man nimmt an, daß kein weiterer Notenwechsel folgen wird und daß die Frage der Hoheitsrechte und der Grenzen des Nordepirus auf dem Friedenskongress endgültig geregelt werden.

Vandervelde und Huysmans in London.

London, 30. März. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureau. Arthur Vanderson führte den Vorsitz in einer gestern abgehaltenen Versammlung der parlamentarischen Arbeiterpartei, bei der der Präsident und der Sekretär des Internationalen Sozialistischen Bureau's Emil Vandervelde und Camille Huysmans zugegen waren. Letztere berichteten, daß eine Versammlung des Bureau's unter den gegenwärtigen Verhältnissen unmöglich sei. Es wurde der Antrag gestellt, daß die sozialistischen Arbeiterparteien aller Länder, die mit der internationalen sozialistischen Bewegung in Verbindung stehen, ohne Rücksicht auf die gegenwärtige Lage des Krieges oder seine Dauer ganz allgemein in Erwägung ziehen sollen, unter was für Bedingungen ein dauernder Friede für Europa möglich sei und die Wiederkehr eines solchen Krieges unmöglich gemacht werden könne. Zerner wurde vorgeschlagen, Besetzung zu geben, daß nach Beendigung des Krieges, wenn die Friedensbedingungen zur Erörterung ständen, die Arbeiterklassen als Ganzes die Grundzüge aufstellen sollten, welche in ihren Reihen vorherrschend. Vandervelde und Huysmans erklärten als Vertreter Belgiens, sie wären gekommen, um sich über die Ziele der englischen Arbeiterbewegung zu unterrichten. In der anschließenden Erörterung wurde ihnen klar gemacht, daß bei der englischen Arbeiterpartei alle Erörterungen der Friedensbedingungen zurzeit vollständig unmöglich gemacht seien und daß, selbst wenn es möglich wäre, ein solches Vorgehen Mißverständnisse in den neutralen und verbündeten Ländern, sowie auch in der Auffassung des Feindes bezüglich der Haltung der englischen Arbeiterklassen gegenüber dem Kriege schaffen würde, und daß es gegenwärtig für die Arbeiterpartei einzig und allein auf die siegreiche Durchführung des Krieges ankomme.

Dazu möchten wir folgendes bemerken: Die unter dem Einfluß des Ministers Vanderson stehende „Arbeiterpartei“ repräsentiert keineswegs die gesamte englische Arbeiterklasse. Sollte also in der Diskussion, wie Reuters meldet, unwidersprochen nur die oben vergebene Auffassung vertreten worden sein, so wären Vandervelde und Huysmans über die Stimmung in der englischen Arbeiterbewegung durchaus einseitig und unzulänglich unterrichtet worden. Die „unabhängige Arbeiterpartei“ und ihr tapferes Organ der „Labour Leader“ beantworten die in der Diskussion berührten Fragen völlig anders als die parlamentarische „Arbeiterpartei“. Die „Arbeiterpartei“ — die Nichtigkeit der Reutermeldung vorausgesetzt — in ihrer Lösung noch hinter dem Oberhausmitglied Lord Courtney und dem früheren Minister, dem Liberalen Trevelyan zurückstehen.

Die Meinung der englischen Arbeiter.

Die Anhänger der Wehrpflicht in den englischen Gewerkschaften pflegen den Gegnern des Militärdienstgesetzes immer den guten Rat zu geben, doch den Mitgliedern selbst die Sache vorzutragen, sie würden dann schon eines Besseren belehrt werden. Wenn jedoch ein Arbeiterverein eine Resolution gegen die Dienstpflicht annimmt, so wird sie nicht als vollgültig angesehen. So auch kürzlich die des Trades and Labour Councils in Birmingham. Daraufhin verlangte J. B. Aneshaw, Mitglied der Unabhängigen Arbeiterpartei, daß der Vorsitzende der Arbeiter-Union J. Beard, der gegen die Resolution protestiert hatte, daß eine Versammlung der Mitglieder einberufen werden solle, in der Beard selbst sprechen solle. Herr Beard weigerte sich; kurz darauf nahm ein Zweig der Arbeiter-Union eine Resolution gegen das Gesetz an. Bei der nächsten Sitzung beklagte sich Beard über das Vorgehen, und er willigte nun ein, in einer neuen Versammlung zu sprechen und eine eigene Resolution einzubringen. Bei dieser Gelegenheit zog er alle Register und versuchte die in der Debatte redenden Dienstpflichtgegner damit zu entfräften, daß er erklärte: „Wenn ihr gegen meine Resolution stimmt, stimmt ihr gegen den Krieg, gegen die Regierung, gegen eure eigenen Leute in den Schützengräben.“ Trotz allem erhielt die Resolution des Herrn Beard in der Versammlung, die von etwa 200 Personen besucht war, nur 5 Stimmen!

Kein wirtschaftlicher Burgfrieden in England

London, 30. März. (W. Z. V.) In der Verhandlung vor dem Munitionengericht, das, wie gemeldet, 22 Ausländische zu einer Geldbuße verurteilte, erklärte der Verteidiger der Arbeiter Mitchell, es sei wenig Aussicht auf eine Beendigung des Ausstandes vorhanden. Mitchell erklärte, gestern repräsentierten diese Führer vielleicht 8000 Arbeiter, morgen können es 90 000 sein. Er erklärte ferner, die Angaben, die der Vertreter der Regierung im Unterhause machte, für unrichtig.

Das Streikkomitee hat eine Erklärung veröffentlicht, worin es heißt, daß die gemeldeten Streiks spontanen Ursprungs waren. Es sei nie die Aufhebung bestehender Gesetze verlangt worden.

London, 30. März. (W. T. B.) „Daily Telegraph“ meldet aus Glasgow vom 20. März: Die Unruhen der Arbeiter in den staatlich kontrollierten Bezirken haben ein kritisches Stadium erreicht. Die Beamten der Gewerkschaft, der die Ausständigen angehören, haben alles versucht, sie zur Rückkehr zur Arbeit zu veranlassen, aber ihre Forderung wird nicht mehr anerkannt.

Liverpool, 30. März. (W. T. B.) Zehntausend Hafensarbeiter weigerten sich an die Arbeit zu gehen. Die Ursache des Ausstandes ist, daß die Entscheidung über ihre Lohnforderung für Überstunden immer noch nicht gefällt worden ist. Auch auf den Werften der White Star, Allan, Leyland und anderer Linien wurde die Arbeit eingestellt.

London, 30. März. (W. T. B.) Ein Teil der Maschinenbauer der Werft Harland u. Wolff in Belfast ist in den Ausstand getreten als Protest dagegen, daß ein großer Teil von ungelerten und halb gelerten Arbeitern übernommen wurde.

Die englischen Arbeiterlöhne nach dem Kriege.

Unter den Vorbereitungen, die die britische Regierung für die Zeit nach dem Friedensschluß trifft, erhofft der „New Statesman“ vom 11. März auch die Festlegung einer Politik, die gewährleistet, daß die Lebenshaltung der lohnarbeitenden Bevölkerung keinen Rückgang erfährt. Die Regierung trägt in dieser Frage die Verantwortung, die von einzelnen Ministerien nicht hintangelegt werden darf. Jedes Ministerium beschäftigt Arbeiter und schließt Verträge für Lieferungen und für die Leistung von Arbeiten. Jedes Ministerium muß daher ebenso wie das Schatzamt entscheiden, ob es die Klauseln über gerechte Löhne (Fair Wages Clauses), auf denen das Unterhaus wiederholt bestanden hat, aufrechterhalten und durchsetzen will.

Das Handelsgesetz wird die gesetzlichen Mindestlöhne zu überwinden haben, die unter dem „Trade Boards Act“ festgelegt sind. Es wird daher keine andere Auffassung vertreten können, wenn Schwierigkeiten zwischen den Eisenbahngesellschaften und der National Union of Railwaymen eintreten, die sich aus der Androhung einer Verringerung der Eisenbahnerlöhne ergeben.

Die Million Kohlenbergarbeiter hat unter einem Parlamentsgesetz einen Mindestlohn festgelegt erhalten. Indessen werden Versuche gemacht werden, die örtlichen Löhne herabzusetzen — und dagegen kann das Ministerium des Innern (Home Office) nicht gleichgültig sein, da es die Verantwortung für Verhinderung einer abermaligen nationalen Stockung der Kohlenbeschaffung trägt.

Werden die Lohnsätze in den Diensten der Regierung und unter Arbeitgebern, die für die Regierung arbeiten, allenthalben nach dem Trade Boards Act künstlich aufrecht erhalten und geschieht daselbst bei den Eisenbahnen und Bergarbeitern — so daß dies insgesamt für ein künstlich der lohnarbeitenden Bevölkerung gilt — mit welchen Gefühlen werden dann die Mitglieder der Gewerkschaften, wenn eine allgemeine Wahl bevorsteht, irgendeinen Versuch von Arbeitgebern aufnehmen, die darin nicht beschränkt sind, die Löhne zu beschneiden? Die Gewerkschaften haben jetzt, wenn sie jedem Rückgang der Lebenshöhe der lohnarbeitenden Bevölkerung entschieden Widerstand leisten, nicht nur die gesamte Arbeiterklasse und die Soldaten, die vom Dienste zurückkommen, hinter sich, sondern auch die Nationalökonomien.

„Kein größeres nationales Unglück kann einer Nation zuteil werden, nichts kann mehr dazu dienen, sowohl ihre industrielle Leistungsfähigkeit wie ihren Handel zu schwächen, als ein allgemeiner Rückgang der Lebenshöhe ihrer Handwerker, ihrer Arbeiter und ihrer arbeitenden Frauen.“

Deutsch-französische Gegensätze.

Ueber die von uns als Beitrag zu den Stimmungen in Frankreich veröffentlichten Mitteilungen des Genossen Courland, der in der amerikanischen Parteipresse auf die starken Friedensströmungen in französischen Profetatariat hinwies, ist in der bürgerlichen Presse New Yorks eine Diskussion entbrannt. Gegen Courlands Behauptungen wendete sich in einem Interview in der „Sun“ Genosse Viktor Wais, Professor der Philosophie an der Pariser Universität, der als offizieller Delegierter der französischen Regierung zu Panama-Pacific-Ausstellung in Amerika weilte.

Genosse Wais wendete sich insbesondere gegen die Behauptungen Courlands, daß die französischen Sozialisten den Frieden wollen. Er behauptete vielmehr, daß, so lange die Sozialisten Deutschlands den Standpunkt einnehmen, nach welchem Elsch-Lothringen deutsches Gebiet bleiben müsse, an ein Zusammenarbeiten der Sozialisten der beiden Länder nicht zu denken sei. Die französischen Sozialisten, so erklärte Wais, stehen auf dem Standpunkt, daß die Wiedererlangung der verlorenen Provinzen die Hauptbedingung ist, auf welcher eine zufriedenstellende Regelung des Krieges beruhen muß.

Die „New Yorker Volkszeitung“, der wir diese Aeußerung entnehmen, bemerkt hierzu:

„Die französische Partei steht als ganzes wieder auf dem Standpunkt, den Courland ihr gibt, noch auf jenem, der von Professor Wais vertreten wird. Es gibt in der französischen sozialistischen Partei wie in der deutschen verschiedene Schattierungen. Ein Teil nimmt allerdings den Standpunkt ein, den Wais einnimmt, und es hat den Anschein, als ob unter dem Einfluß der Regierung diese Richtung bisher noch die stärkere ist. Neben dieser gibt es aber eine andere Richtung, der auch Longuet angehört, die vermitteln möchte und die im Grunde ihres Herzens einem Zusammenwirken mit den Sozialisten Deutschlands gar nicht so abgeneigt scheint. Darüber hinaus aber gibt es eine recht starke Strömung in der französischen Sozialdemokratie, die den Krieg nicht vom nationalen, sondern vom internationalen Standpunkt aus betrachtet, die alles daran zu setzen sucht, dem Krieg ein Ende zu machen, und die dazu sich nicht nur mit den Sozialisten Deutschlands, sondern mit den Sozialisten aller Länder in Verbindung setzen möchte, um dieses Ziel zu erreichen.“

Der Standpunkt, den Professor Wais und mit ihm, das ist mehr, ein großer Teil der französischen Partei in Bezug auf Elsch-Lothringen einnimmt, ist alles andere, nur nicht sozialistisch oder demokratisch. Das Selbstbestimmungsrecht des Volkes ist ein Grundgesetz, der von jeder von allen sozialistischen Programmen gefordert wurde. ... Es ist aber geradezu verbrecherisch, die Frage von Elsch-Lothringen allein zur Bedingung von Krieg und Frieden zu machen.

Im gegenwärtigen Weltkriege stehen andere und größere Fragen zur Entscheidung als nur die von Elsch-Lothringen. Es geht, rein politisch betrachtet, um die Zukunft der Demokratie, und da kann und darf die Frage dieser beiden Provinzen allein nicht den Hauptpunkt bilden zwischen deutschen und französischen Sozialisten.“

Ein russischer Liberaler

über die sozialistischen „Umlerner.“

Zwei russische Genossen haben es vor kurzem unternommen, in einem in Petersburg herausgegebenen Sammelwerk „Die Selbst-

verteidigung“ die bisher in der russischen Sozialdemokratie allgemein gültigen Auffassungen über die jetzt auf der Tagesordnung stehenden Fragen einer Revision im Sinne des am weitesten rechts stehenden „Umlerner“ Plechanow vorzunehmen. Von den Mitarbeitern dieses Sammelwerkes sind im Auslande bekannt die Genossen Vera Saffulitsch, eine der Mitbegründerin der russischen Sozialdemokratie, ferner Peter Maslow, der bekannte Verfasser nationalökonomischer Schriften und endlich der Genosse Potressow, der schon seit Jahren auf dem äußersten rechten Flügel der Partei steht. Ueber den Inhalt dieses Sammelwerkes, das in russischen Parteikreisen als Pronunziamento einer in Russland wirkenden Parteigruppe angesehen wird, wird noch manches zu sagen sein. Vorläufig beschränken wir uns auf die Wiedergabe einer Kritik des bekannten liberalen Schriftstellers A. Jsgojew, der in der „Retsh“ folgendes über das genannte Buch schreibt:

„Anfangs stammt in der Regel das Gefühl auf und erst dann beginnt die ihm gehorame Vernunft, Gründe heranzuziehen für die Handlungen, die dieses Gefühl diktiert hat. Es versteht sich von selbst, daß man von solchen Theorien kaum Vollkommenheit fordern darf, zumal in den ersten Tagen ihres Bestehens. Die weißen Fäden, mit denen die verschieden gearteten Teile miteinander verbunden sind, fallen grell in die Augen, eine Behauptung widerspricht der anderen, auf Schritt und Tritt ersehen Phrasen und Ahetorik die Schwäche der Beweisführung. Und trotzdem haben diese Massen, ungeleiteten Theorien eine große symptomatische Bedeutung. Sie legen Zeugnis ab von dem Entstehen neuer Empfindungen, von Umwälzungen in der gesellschaftlichen Psyche.“

Das Sammelbuch „Die Selbstverteidigung“ gehört zu den Erscheinungen solcher Ordnung. Wie die Artikel Plechanows legt es Zeugnis ab von dem Entstehen neuer Jage in der Psyche unserer marxistischen Intelligenz. Sowohl von literarischer wie von ideeller Seite sind sie nicht viel schwächer wie die Artikel von Plechanow, deren Logik vom Standpunkt des Marxismus gleichfalls viel zu wünschen übrig lieh. Die ganze Aufmerksamkeit der Verfasser des genannten Sammelbuches ist auf den Begriff des „Vaterlandes“ und auf die Widerlegung jenes theoretischen marxistischen Dogmas gerichtet, daß der Proletarier kein Vaterland habe, nur seine Ketten verlieren und eine ganze Welt gewinnen könne.

Am ernstesten behandelt dieses Thema A. Potressow, der schon längst von den russischen Marxisten, darunter auch von Plechanow, als außerhalb des Marxismus stehend erklärt worden ist. S. Saffulitsch und A. Wibil legen einfach und aufrichtig ihre Empfindungen dar und ihre Artikel haben den Wert menschlicher Dokumente. Die Konstruktionen von J. Rubikow, B. Wolshy und andere, die beweisen wollen, daß, obwohl der Marxismus das Vaterland verneint, er es in Wirklichkeit anerkennt, sind gekünstelt, zuweilen naiv und scholastisch. ... Nicht erst zu nehmen ist auch der bitterste Artikel von G. Wajewshy, der gegen die bürgerlichen Liberalen gerichtet ist. Durch verstärktes Schimpfen an ihre Adresse glaubt Herr Wajewshy die Donnerkeile von linker Seite von sich und seinen Genossen abzuwenden. Eine alte abgedroschene Methode der Mißverständigung, die nur von ideellem Kleinmüt Zeugnis ablegt. Indem Herr Wajewshy die Taktik der Liberalen herunterreißt, weist er selber keine andere Taktik auf. ...

„An und für sich schwach, ist das Sammelbuch „Die Selbstverteidigung“ interessant als Symptom der Entstehung neuer Stimmungen in den Kreisen der marxistischen Intelligenz. Aber dieses Sammelbuch, das ausschließlich für Gebildete bestimmt ist, zeugt dennoch von der Schwäche ihrer Verbindungen mit den Massen. Man spricht im Namen des „Proletariats“, aber das Proletariat hat damit vorläufig nichts zu tun.“

Wir sind fast nie in der Lage gewesen, Herrn Jsgojew zustimmend zu zitieren. Seine obigen Ausführungen jedoch, die bei allem Wohlwollen des Verfassers gegenüber den sozialistischen „Umlernern“ die innere Hohlheit ihrer Position mit ägender Schärfe aufdecken, sind für die Haltung der Schärfer und weiter scheidenden liberalen Schriftsteller Russlands gegenüber den Intellektuellen und den Arbeitern in der russischen Arbeiterbewegung so charakteristisch, daß wir sie unseren Lesern nicht vorenthalten wollen.

Die Frauen gegen die Aufrüstung.

New York, 23. Februar 1916. (Eig. Ber.) Es ist eine bemerkenswerte Tatsache, daß zu den entschlossensten Kämpfern gegen die mit wildem Eifer betriebene Aufrüstungspropaganda die amerikanischen Frauen gehören. Der Kampf ist namentlich in den Oststaaten kein leichter. Reichtum, Presse und Einfluß stehen fast ganz auf der Seite der Aufrüstungsfreunde, und wer sich der Politik der Imperialisten widersetzt, läuft Gefahr, als schlechter Amerikaner, vaterlandsloser Weselle oder als Idiot hingestellt zu werden. Die freche Behandlung, die manche Männer zum Stillschweigen bringt, schikartiert die Frauen jedoch nicht ein. Das Vorgehen der politisch tätigen Frauen Amerikas verdient die größte Hochachtung, um so mehr als sie es abschlagen, ihre Handlungen in dieser wichtigen Frage durch opportunistische Erwägungen bestimmen zu lassen. Vor etlichen Tagen wandten sich zwei mächtige republikanische Politiker, die Herren Root und Bacon, an die Frauenstimmrechtspartei des Staates New York mit der Aufforderung, an der Aufrüstungspropaganda teilzunehmen. Hier hätte sich den Frauen eine gute Gelegenheit geboten, um die mächtigen Politiker, die bisher gegen das Frauenstimmrecht waren, unzustimmen und einen Aufbruch zu versuchen, wie ihn etwa Frau Kanthurst in England ver suchte. Im Senat des Staates New York ist soeben nämlich eine Vorlage eingereicht worden, die den Frauen des Staates das Stimmrecht für die kommenden Präsidentschaftswahlen einräumen will. Ein Gesetz dieser Art besteht schon im Staate Illinois. Es bedarf zu seiner Annahme keiner Volksabstimmung wie ein Gesetz über die Einführung des Frauenstimmrechts für alle Abstammungen, da jeder Staat nach der Bundesverfassung das Stimmrecht für die Präsidentschaftswahlen festsetzen kann. Die Forderung und das Wohlwollen der republikanischen Parteihauptlinge wäre den Frauen in dieser Situation sehr zustatten gekommen. Aber die Frauenstimmrechtspartei schlug es rundweg ab, für die Aufrüstungspropaganda einzutreten. Den Frauen gebührt auch das Verdienst, als erste eine große und systematische Propaganda gegen die Aufrüstung eingeleitet zu haben. Gestern, am Geburtstage Washingtons, hielt die Friedenspartei der Frauen in New York Dutzende Versammlungen ab. In öffentlichen Sälen, Kirchen, Theatern wandten sich die Frauen gegen eine Politik, die das Volk der Vereinigten Staaten in daselbe Elend führen muß, unter dem die Völker Europas jetzt leiden. Diese Versammlungen bildeten nur die Einleitung einer Propaganda, die einen immer größeren Umfang annehmen und mit ständig zunehmender Energie betrieben werden soll. Auch in der sozialistischen Bewegung kann man immerzu bemerken, daß es die Frauen sind, die am entschlossensten und klarsten zu den großen Fragen Krieg und Aufrüstung Stellung nehmen. (2)

Rücktritt des japanischen Kriegsministers.

Tokio, 31. März. (W. T. B.) Meldung der Agence Havas. Der Kriegsminister General Ota ist zurückgetreten. Sein Amt führt sein Stellvertreter General Dshima.

Rücktritt Yuanschikais?

Nach brieflichen Berichten aus Peking und Shanghai soll der Rücktritt Yuanschikais bevorstehen. Sein Nachfolger wird wahrscheinlich Li Yuang Hung.

Kriegsbekanntmachungen.

Liebesgaben-Zendungen an Kriegsgefangene.

Das Kriegsministerium teilt mit: In letzter Zeit mehren sich die Klagen unserer Gefangenen in Frankreich, die sich nicht nur darüber beschweren, daß die Brot- und Fleischportionen kleiner werden, sondern auch darüber, daß Liebesgabenpakete öfters eines Teiles ihres Inhalts beraubt werden. Fast immer handelt es sich dabei um Lebensmittel, die „entnommen“ werden, hauptsächlich um Speck und Butter, aber auch um Zigarren und Zigaretten.

Die nicht nur bei uns, sondern in erhöhtem Maße in Frankreich zunehmende Schwierigkeit der Versorgung der Bevölkerung mit Butter, Fett und Speck legt uns allen die unbedingte Pflicht auf, Vorsorge zu treffen, daß dem Grunde derartige Lebensmittel — wenn auch völlig unbeabsichtigt — nicht zugeführt werden. Ist es auch begreiflich, daß jeder das Los eines in Kriegsgefangenschaft befindlichen Angehörigen so viel wie möglich zu erleichtern sucht, so muß dennoch von einer Verschwendung solcher Lebensmittel an Kriegsgefangene dringend abgeraten werden, weil sie zu einer Stärkung der wirtschaftlichen Kraft unserer Gegner womöglich auf Kosten unserer eigenen Kriegsgefangenen führen könnte.

Verbraucht deshalb Butter und Speck im eigenen Haushalt und sendet Eueren Angehörigen dafür Geld, damit sie sich die Lebensmittel, die ihnen nicht geliefert werden, selbst kaufen können! Erzielenermaßen werden den Gefangenen in Frankreich Geldsendungen ohne Verzögerung ausgehändigt.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft sandte uns mit der Bitte um Abdruck folgende Erklärung:

Unser kurzer Aufruf zur Treue gegen die Partei und ihre Grundzüge hat eine längere, mit persönlichen Verdächtigungen gespickte Polemik des Parteivorstandes und des Fraktionsvorstandes hervorgerufen. Wir haben nicht die Absicht, auf diesem Wege zu folgen. So sehr wir überzeugt sind, auch formell korrekt gehandelt zu haben, so wenig sind wir willens, uns an dem Spiel zu beteiligen, durch langausgesponnene öffentliche Auseinandersetzungen über formale Dinge die sachlichen Gegensätze zu verdunkeln und in den Hintergrund zu drängen, die uns von der Wahrheit trennen. Ueber der Form steht uns die Sache, über dem Mittel der Zweck.

Unser erzwungener Zusammenschluß zu einer parlamentarischen Fraktion ist für uns lediglich das Mittel, im Reichstage die Sache des Sozialismus so zu vertreten, wie es uns das Programm der Partei, die Beschlüsse der Parteitage und der internationalen Kongresse zur unabweisbaren Pflicht machen.

Die beharrliche Verletzung dieser höchsten Richtlinien jeder sozialdemokratischen Politik durch die Fraktionsmehrheit ist die Ursache und zugleich die Rechtfertigung unseres Sondervergehens.

Letzte Nachrichten.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 31. März. (W. T. B.) Das Hauptquartier teilt mit: An der Front keine Veränderung in der Gegend des Tigris. In der Gegend des Euphrat griff eine unserer Abteilungen östlich von Raffie eine feindliche Abteilung an und jagte sie nach Süden, wobei sie dem Feinde Verluste zufügte. Gleichzeitig überraschten unsere Freiwilligen das Lager dieser Abteilung und führten Beute mit sich fort.

An der Kaukasusfront rückten unsere Truppen allmählich im Tale des Tschoruk vor und schlugen dabei die Angriffe feindlicher Erkundungsabteilungen ab. In den übrigen Abschnitten dieser Front keine wichtige Unternehmung.

Ein feindlicher Kreuzer unterbricht auf der Höhe der Dardanellen einen Augenblick ein wirkungsloses Feuer, worauf er sich zurückzog. Drei aus der Richtung von Imbros kommende feindliche Flieger kehrten infolge des wirksamen Feuers unserer Batterien von Yenichehir nach dieser Insel zurück.

Was geht in Holland vor?

Amsterdam, 31. März. (W. T. B.) Heute wurden telegraphisch alle Urlaube der Offiziere und Mannschaften der Land- und Seemacht, außer denen, welche vom Kriegs- oder Marineminister erteilt worden sind, zurückgezogen. Aus dem Haag wird hierzu gemeldet: Wie das Korrespondenzbureau erfährt, werden vorläufig bei der Land- und Seemacht keine Urlaube mehr erteilt werden. Die höchsten Stellen der Land- und Seemacht hielten heute früh eine wichtige Konferenz ab. Der Minister des Innern hatte heute früh eine Unterredung mit dem Direktor des Kabinetts der Königin und mit dem Minister des Krieges. Wie verlautet, soll eine geheime Sitzung der Zweiten Kammer unmittelbar bevorstehen.

Amsterdam, 31. März. (W. T. B.) Das „Handelsblad“ meldet: Die Güterwagen, die seit 1. August 1914 zur Verfügung der Militärbehörden gestellt werden mußten, aber seither vorübergehend freigegeben waren, wurden heute von den Behörden requiriert. Wagen, die heute um 6 Uhr abends zur Abreise fertig waren, durften noch befördert werden; die anderen wurden wieder ausgeladen.

Amsterdam, 31. März. (W. T. B.) „Telegraaf“ meldet aus Haag, daß die Regierung alle Güterwagen zum Fortmieren von Militärszügen requiriert habe.

Dem Haager Korrespondenzbureau wird von maßgebender Seite mitgeteilt, daß die Berichte, wonach alle erteilten Urlaube zurückgezogen und alle Güterzüge requiriert worden seien, vollkommen unrichtig sind, es wird hinzugefügt, daß es nicht möglich ist, alle phantastischen Berichte ähnlicher Art zu dementieren.

Am d. Redaktion: Wie wir hören, handelt es sich bei den meisten Meldungen um Gerüchte.

Eine amerikanische Anfrage.

Washington, 30. März. (W. T. B.) Die Vereinigten Staaten haben bei Deutschland angefragt, ob ein deutsches Unterseeboot 72031239 22021102 22021102 22021102 22021102

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Elektromonteur und Helfer hatten im vergangenen Jahre — wie in der letzten Branchenversammlung ausgeführt wurde — eine sehr gute Konjunktur und deshalb fast keine Arbeitslosen. Im Laufe des ganzen Jahres erhielten nur 34 Kollegen für 323 Tage Arbeitslosenunterstützung, so daß auf jeden durchschnittlich 9 1/2 Tage Arbeitslosigkeit kommen. Die Bewegung zur Erlangung von Teuerungszulagen war erfolglos. In den Großbetrieben wurden Zulagen bewilligt teils in Form prozentualer Zuschläge, teils als feste Zuschläge zum Stunden- oder Wochenlohn. Auch in den mittleren und kleinen Betrieben wurden in vielen Fällen Zulagen bewilligt.

Roboth wieder nicht erschienen!

Der Schneidermeister Roboth, mit dem wir uns an dieser Stelle schon mehrfach beschäftigt haben, schloß im September vorigen Jahres vor der Schlichtungskommission der Militärärztnieder einen Vergleich, wonach er sich verpflichtete, an die Lagerische Partei 85 M. zu zahlen. Nachträglich behauptete er, der Vergleich sei auf arglistiger Täuschung abgeschlossen, er setze deshalb denselben an. Hierauf klagte Kunze vom Schneiderverband namens der Lagerischen vor dem Amtsgericht auf Vollstreckung der Zahlung. Da Roboth nicht erschienen war, erging gegen ihn ein Versäumnisurteil.

Die Möbeltransportarbeiter beschäftigten sich im Laufe der letzten Woche in verschiedenen Einzelzusammenkünften mit ihren jetzigen Lohnverhältnissen. Hierbei kam folgendes zur Sprache: Als die Unternehmer im Möbeltransportgewerbe Anfang vergangenen Jahres abnormale eine Erhöhung ihrer Preise für Umzüge und sonstige Transporte festsetzten, regte sich auch in deren Arbeiterschaft der Wunsch nach einer Aufbesserung ihrer noch bis dahin vom Jahre 1912 her bestehenden Löhne. Durch ihre Organisation, den Transportarbeiterverband, unterbreiteten sie damals dem Arbeitgeberverein Berliner Möbeltransporteure einen schriftlichen Antrag um Gewährung von einer Mark Teuerungszulage pro Tag. In dem Antwortschreiben teilte der Vorstand des Arbeitgebervereins seinerzeit mit, daß er dem Wunsch der Arbeiterschaft inzwischen bereits nachgegeben sei und betonte besonders: „Falls die Verhältnisse es erforderlich machen sollten, noch eine weitere Teuerungszulage zu gewähren, so werden wir dies rechtzeitig ins Auge fassen, ohne daß es einer besonderen Anregung bedarf.“

Dieses damals so besonders betonte Versprechen hätten die Unternehmer bisher nicht in dem Maße erfüllt, wie es die jetzigen durch die fortgesetzte Teuerung bedingten Verhältnisse erforderten. Nur einzelne Firmen zahlen zurzeit etwas höheren Lohn, 8 bis 9 M. pro Tag, während die meisten Firmen an den im vergangenen Frühjahr gezahlten Lohnsätzen (in der stillen Zeit 6—8,50 M. pro Tag, in der stillen Zeit vom 25. März bis 8. April 7—7,50 M.) festhalten. Auch wurde darüber Klage geführt, daß in diesem Gewerbe noch immer nicht eine regelrechte Bezahlung der Leberstunden platzgreife. Gemeinhin wurde die Leberarbeit von 7 Uhr abends ab, wenn sie sich bis nach 9 Uhr ausdehnt, je nach Gutdünken mit 1 M. bis 1,50 M. insgesamt vergütet. Als Ausgleich für die geleistete Leberarbeit betrachten die Unternehmer die Einnahme der Arbeiter durch die Trinkgelder, welche ihnen bei Umzügen gewährt werden. Die Einnahmen durch Trinkgelder seien aber jetzt sehr minimal, weil ein jeder in dieser schweren Zeit mit seinem Gelde zu rechnen habe.

Wenn man die anstrengende Tätigkeit der Möbelträger und deren lange Arbeitszeit sowie die Teuerungsverhältnisse in Betracht zieht, so steht ihre jetzige Entlohnung damit durchaus nicht im Einklang. Hinzu kommt noch, daß sie einen großen Teil ihres Verdienstes am Tage opfern müssen, weil sie gezwungen sind, ihre Mahlzeiten fast ausschließlich in den Gastwirtschaften einzunehmen. Der für die Familie verbleibende Teil des Verdienstes stelle sich somit bedeutend geringer als vor dem Kriege.

Demgegenüber wurde darauf verwiesen, daß die Unternehmer immerhin auch in der jetzigen Zeit ganz gute Einnahmen haben sollen. Trotz der erhöhten Unkosten, welche auch ihnen durch den Krieg entstanden seien, hätten sie sich doch durch die um 100 bis 150 Prozent erhöhten Fahrpreise einen wesentlichen Ausgleich geschaffen.

Die Lohnverhöhungen, welche die Arbeitgeber seit vergangenen Jahre gewährt hätten, betragen dagegen nur 20 bis 25, nur vereinzelte 30 Prozent. Die überprozentige Mehrheit der organisierten Möbeltransportarbeiter steht zurzeit im Felde.

Der größte Teil der Arbeiter, welcher jetzt den Unternehmern zur Umzugszeit zur Verfügung steht, setzt sich aus allen möglichen Veräufen zusammen und gehört nur in geringer Zahl einer Gewerkschaft an. Es wurde deshalb auch lebhaft bedauert, daß sich unter diesen Verhältnissen wenig tun ließe, um den vorgebrachten Klagen abzuhelfen zu können.

Bei der Berliner Patatfahrtgesellschaft, welche zurzeit ungefähr 70—80 Möbeltransportarbeiter beschäftigt, die ihre Verhältnisse in einer gesonderten Versammlung besprachen, wurden die Arbeiter durch eine Kommission vorstellig. Statt der bisher gewährten 8 M. Tageslohn wurden vom 25. März bis 8. April 9 M. pro Tag sowie 1 M. für jede Leberstunde nach 7 Uhr abends gefordert. Diese Forderung ist seitens der Gesellschaft bewilligt worden.

Aus obengelegtem dürfte auch wohl der Meinung begegnet sein, die man vielfach hört, daß die hohen Löhne der Möbeltransportarbeiter die Fahrpreise so außerordentlich in die Höhe getrieben hätten.

Deutsches Reich.

Verlängerung des Buchdrucker tarifs.

Der Sekretär des Tarifamts der deutschen Buchdrucker wendet sich an die der Tarifgemeinschaft unterstehenden Gehilfen und Prinzipale mit einem längeren Bericht, den wir in gekürzter Form hier wiedergeben:

„Anfang Dezember v. J. ist der Geschäftsführer des Tarifamts in privater Form an die Prinzipalsorganisation und an die Gehilfenorganisationen des Buchdruckerwesens mit der Anregung herangetreten, in diesem Jahr auf eine Abänderung der Bestimmungen des Deutschen Buchdrucker tarifs zu verzichten, und damit die Gültigkeitsdauer des bis zum 31. Dezember d. J. laufenden Tarifs auf ein weiteres Jahr zu verlängern.“

Die Vorstände der Organisationen sind in eine Prüfung dieses Vorschlags eingetreten und haben nach beendeter Beratung dem Antragsteller mitgeteilt, daß sie dessen Vorschlag annehmen. Damit haben die Vertretungen der Majorität der in der Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker vereinigten Prinzipale und Gehilfen zum Ausdruck gebracht, daß sie in Rücksicht auf die durch den Krieg geschaffenen besonderen Verhältnisse auf Wahrnehmung ihres beiderseitigen tariflichen Rechtes aus § 98 des Tarifs (Abänderung desselben) verzichten und die aus dem Tarif ihnen obliegenden Rechte und Pflichten zunächst noch auf die Dauer eines weiteren Jahres, also bis zum 31. Dezember 1917, für rechtsverbindlich anerkennen wollen.

In Verbindung mit seinem Antrage hat der Geschäftsführer des Tarifamts an die Prinzipalsorganisation die Bitte gerichtet, die Gewährung von Teuerungszulagen an die Gehilfen als eine besondere soziale Pflicht in dieser schweren Zeit anzuerkennen. Beide Parteien sollten anerkennen, daß diese besonderen Zulagen bei der späteren Tarifrevision von keiner der Tarifparteien als Teil des bisher gezahlten Lohnes betrachtet und irgendwie gewertet werden dürfen.

Gehilfenseitig sollte anerkannt werden, daß ein tarifliches Recht auf Empfang solcher Teuerungszulagen nicht vorliege, daß man aber die freiwillige Gewährung solcher Zulagen als ein schätzenswertes Ergebnis der Tarifgemeinschaft ansehen würde, ebenso wie die Prinzipalität die zur Aufrechterhaltung der Betriebe getroffenen tariflichen Ausnahmestimmungen als ein solches Ergebnis anerkannt hat.

Die Vorstände der Prinzipalsorganisation und der Gehilfenorganisationen haben diese vom Geschäftsführer des Tarifamts aufgestellten Grundzüge anerkannt und gebilligt.

Von diesen Entscheidungen ist alsdann das Tarifamt in Kenntnis gesetzt worden. Das Tarifamt hat sich zustimmend zur Sache geäußert und hat unter Berufung auf § 80 des Tarifs die Mitglieder des Tarifausschusses von der Sachlage gebührend in Kenntnis gesetzt. In Rücksicht darauf, daß einerseits die Mehrheit der Berufsangehörigen zum Schutze des Vaterlandes zu den Waffen einberufen ist, zu einer Entscheidung über eine so wichtige Sache also nicht gehört werden kann, daß andererseits aber gegenüber dem noch fortdauernden furchtbaren Völkerrkriege die Angelegenheit der Abänderung des Buchdrucker tarifs zweifelsohne von der Allgemeinheit der Berufsangehörigen als eine nicht dringende betrachtet werden kann, sollten die Mitglieder des Tarifausschusses der Deutschen Buchdrucker in Wahrung der Interessen der Allgemeinheit des Gewerbes beschließen, daß im Jahre 1916 von einer Abänderung des Tarifs Abstand genommen und die Gültigkeit des Tarifs zunächst bis zum 31. Dezember 1917 verlängert werde.“

Der Tarifausschuss hat dementsprechend beschlossen.

Fünfundzwanzig Jahre Verbandsvorsitzender.

Am 1. April kann der Vorsitzende des Deutschen Holzarbeiterverbandes Theodor Leipart sein fünfundzwanzigjähriges Jubiläum als Verbandsvorsitzender feiern. Der Holzarbeiterverband existiert allerdings noch nicht so lange. Er ist im Jahre 1893 durch die Verschmelzung der bis dahin selbständigen Verbände der Tischler, Drechsler, Stellmacher und Wärrstimmacher entstanden, denen sich später noch eine Reihe anderer Berufsverbände angeschlossen. Bis zur Gründung des Deutschen Holzarbeiterverbandes war Leipart Vorsitzender der „Vereinigung der Drechsler Deutschlands“.

Theodor Leipart hatte in Hamburg als Drechsler gelernt und schon sehr frühzeitig der gewerkschaftlichen Organisation lebhaftes Interesse entgegengebracht. Kaum 20 Jahre alt gehörte er zu den Gründern der im Jahre 1887 ins Leben gerufenen „Fachszeitung der Drechsler“, die im Verlag von Jenken u. Comp. herausgegeben wurde. Wenige Monate später, im August 1887, erfolgte die Gründung der Zentralorganisation der Drechsler, der „Vereinigung der Drechsler Deutschlands“, in deren Vorstand Leipart als Schriftführer gewählt wurde. Mit Beginn des Jahres 1893 übernahm die Vereinigung der Drechsler die „Fachszeitung“ in eigenen Verlag und wählte Leipart, der schon seit mehr als einem Jahre als Angestellter der Firma Janzen u. Co. Mitarbeiter an den in diesem Verlage erscheinenden Gewerkschaftsblättern war, zum Redakteur.

Im Frühjahr 1891 hielt die Vereinigung der Drechsler ihre zweite Generalversammlung. An Stelle von Legien, der inzwischen zum Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften gewählt worden war, wählte die Generalversammlung am 1. April 1891 einstimmig Theodor Leipart zum Vorsitzenden. Im Jahre 1893 erfolgte, wie erwähnt, der Uebertritt der Vereinigung zum neugegründeten

Deutschen Holzarbeiterverband. In diesem beiseite Leipart, neben Karl Klotz, der zum ersten Vorsitzenden gewählt worden war, zunächst das Amt als zweiter Vorsitzender. Nach dem zu Beginn des Jahres 1908 erfolgten Tode von Karl Klotz bestand nirgends ein Zweifel darüber, daß Leipart, der schon seit längerer Zeit der tatsächliche Leiter des Verbandes war, nun auch förmlich zum ersten Vorsitzenden gewählt werden müsse.

Leiparts Einfluß macht sich weit über den Rahmen der Organisation der Holzarbeiter hinaus bemerkbar. Gar manche Einrichtungen in der deutschen Gewerkschaftsbewegung, die heute als selbstverständlich gelten, sind auf Leiparts Anregungen zurückzuführen.

Ausland.

1200 streikende Metallarbeiter in Winterthur.

In der Lokomotiv- und Maschinenfabrik Winterthur (Schweiz) hat die Direktion zwei Vertrauensmänner der Arbeiterschaft gemahregelt und da sie die Mahreglung nicht zurücknahmen, haben rund 1200 Arbeiter die Arbeit eingestellt, so daß nur einige Duzend ältere Männer, etwa 300 Lehrlinge und die Meister in der Fabrik verblieben. Der Streik verläuft musterhaft und dürfte mit dem Erfolg der Arbeiter enden.

Aus der Partei.

Abonnementspreiserhöhung der Parteipresse.

Vom 1. April ab erhöhen infolge der gestiegenen Preise für Rohmaterialien folgende Parteiblätter ihren Bezugspreis um 20 Pfennige pro Monat: „Leipziger Volkszeitung“, „Bühnenpost“, „Ebenbilder Volksstimme“, „Dresdener Volkszeitung“, „Offenbacher Abendblatt“, „Märkische Volkszeitung“ und „Neuhäuser Tribüne“; um 15 Pfennige monatlich: „Braunschweiger Volksfreund“, „Göttinger Volkszeitung“, „Essener Arbeiterzeitung“, „Norddeutsche Volksstimme“ und „Volksblatt“, „Vochumer Volksblatt“, „Jittauer Volkszeitung“, „Frankfurter Volksstimme“, „Bremer Bürger-Zeitung“ und „Neuhäuser Tribüne“. Die übrigen Parteiorgane erhöhen den Preis um 10 Pfennige mit Ausnahme einiger Blätter, die keine Preiserhöhung vornehmen. Auch die „Neue Zeit“ kostet vom 1. April 30 Pfennige.

Genosse Kurt Beyer, der zweite Sohn unseres erkrankten Reichstagsabgeordneten, teilt der Parteipresse mit, daß das verbreitete Gerücht, sein Bruder sei mit Einwilligung des Vaters freiwillig zum Deserteur eingetreten, auf einem Irrtum beruhe. Der betreffende Sohn des Genossen Beyer ist als 28-jähriger ungedienter Landsturmann ordnungsmäßig eingezogen worden.

Literatur.

Praktische Steuerpolitik oder Steuerdogmatik? Von Heinrich Cunow. Unter diesem Titel ist im Verlage der Buchhandlung Vorwärts (Berlin SW 68, Lindenstr. 8) eine Broschüre erschienen, in der neun vom Genossen Cunow geschriebene und in der Parteipresse veröffentlichte Leitartikel zur Steuer- und Monopolfrage vereinigt sind. Das Inhaltsverzeichnis des Heftes, das 90 Pf. kostet, lautet: 1. Keine Selbsttäuschung; 2. Arbeiterinteressen und Steuerprinzipien; 3. und 4. Steuerprobleme; 5. und 6. Staatsmonopole oder neue Steuern; 7. und 8. Steuerdogmatik und Steuermöglichkeiten; 9. Nochmals die Monopolfrage.

Aus Industrie und Handel.

Der Umfang der Kartoffelproduktion.

Die Reichskartoffelstelle hat jüngst eine Zusammenstellung der Kartoffelanbaufläche und der Kartoffelerträge für die letzten fünf Jahre vorgenommen. Den mitgeteilten Zahlen ist folgendes Resultat entnommen:

Jahr	Anbaufläche in Hektar	Gesamtertrag in Zentner	Fektoretrag in Zentner
1915	3 572 416	1 079 585 165	313,5
1914	3 886 098	911 391 180	287,4
1913	3 412 201	1 082 422 920	317,2
1912	3 341 606	1 004 189 320	300,6
1911	3 321 479	687 484 500	207,0

Deutschland hat unter allen Staaten der Welt bei weitem die größte Kartoffelproduktion aufzuweisen. Deutschland liefert nicht weniger als ein Drittel der Weltproduktion an Kartoffeln. Nach Deutschland kommt Rußland, welches rund ein Viertel der Weltkartoffelernte liefert; die anderen Staaten folgen in weitem Abstände. Die Anbaufläche ist in Rußland zwar um eine Million Hektar größer als bei uns, jedoch ist der Hektarertrag in Deutschland um rund 80 Proz. größer als in Rußland. Jedes sieht Deutschland mit seinen Hektarerträgen keineswegs an erster, sondern vielmehr erst an sechster Stelle in Europa. In Deutschland beträgt die mit Kartoffeln bestellte Fläche fast ein Viertel der mit Getreide bestellten, in Rußland dagegen beträgt die Kartoffelfläche nur 5 Proz. der dortigen Getreidefläche.

Englische Reedererträge.

Wie der „Daily Telegraph“ vom 25. März mitteilt, verteilten fünfzehn englische Dampfergesellschaften, die 1914 durchschnittlich 10,6 Proz. Dividende gaben, 1915 20,5 Proz. Dazu bemerkt das Blatt, daß die Gesellschaften wegen der Kriegsgewinnsteuer die Dividende möglichst niedrig bemessen und große Abschreibungen gemacht hätten.



NEUESTE MODEN

in großer Wahl

Anzüge

Überzieher

Beinkleider

für Herren, Jünglinge, Knaben

Billige Preise!

Modernste Maßanfertigung

BAER SOHN

Chausseestraße 29/30 BERLIN 11 Brüden - Straße 11
Gr. Frankfurt. Str. 20 gegr. 1891 Schöneb., Hauptstr. 12
Sonntag 12—2 Uhr geöffnet.



Oskar Wollburg

Berlin N,
56 u. 57 Brunnenstr. 56 u. 57

Konfektionshaus für Damen- und Mädchen-Bekleidung.

Neuhelken für das Frühjahr keine Preissteigerung.

Kostüme

in marine, grün, blau u. mollerten Stoffen, geschmackvolle Verarbeitung

22⁵⁰, 37,- bis 95,-

Paletots

aus Gaberlina, Covercoat, Cheviot, nur feuchte Formen

137⁵⁰, 24,- bis 45,-

Frauen-Mäntel

in schwarz u. farbig, aus Tsch. Alpaka, Seide auch für starke Damen

18⁵⁰, 27,- bis 48,-

Blusen u. Röcke

in neuesten Farben und Stoffarten denkbar größte Auswahl

3⁹⁰, 77⁵⁰ bis 28,-

Kinder- u. Backfisch-Konfektion.

Extra-Abteilung für Trauer-Bekleidung.
Größte Auswahl in Kostümen, Paletots, Rücken, Hüsen, Hüten, Schleiern etc.

Faches Kostüm auf **39⁵⁰**

Kleidsamer Paletot 157⁵⁰

Der Beschluß zur U-Boot-Frage.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: „Das Ergebnis der Kommissionsverhandlungen über die U-Bootfrage ist in einem Beschluß niedergelegt worden, der als ein mühtige Kundgebung der Parteien mit Genugtuung begrüßt werden wird.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ dagegen schreibt: „Wir können nur betonen, daß unser Standpunkt nach der militärischen, der wirtschaftlichen und der politischen Seite der Frage hin der gleiche bleibt wie bisher.“

Die „Kreuz-Zeitung“: Der Beschluß stellt eine Zusammenfassung derjenigen Gedanken dar, über die eine Einigung möglich war. Darin ist jedenfalls der feste einmütige Entschluß zum Ausdruck gekommen, alle militärischen Nachmittel, auch die U-Boote, mit aller möglichen Kraft gegen England einzusetzen, um von ihm einen die Zukunft sichernden Frieden zu erzwingen.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“: Da alle Fraktionen gemeinsam die Entschliebung unterschrieben haben, auch Ebert und Scheidemann, so mußte ja ihrem Wortlaut jeder „Gischt“ ausgebrochen werden sein. Das Einschließen von den „berechtigten Interessen der Neutralen“ stellt die Schlachtfeld natürlich zugunsten der Regierung her.

Die „Germania“: Der angenommene Antrag läßt nur die Deutung zu: es gibt in dem Meinungs- und Auffassungstreit über die Anwendung der U-Bootfrage weder Sieger noch Besiegte. Man hat die Gründe und Gegenstände angehört und abgehört, und sich dann auf einen Mittelweg geeinigt, der sich mit dem bestehenden Zustand heute zufrieden gibt, ohne sich für alle Zukunft darauf festzulegen, ganz wie es der später in eine Resolution umgewandelte Zentrumsantrag von vornherein erstrebt hatte.

Die „Vossische Zeitung“: Es ist erfreulich, daß eine Einigung erfolgt ist, welche den Wünschen der Antragsteller entgegenkommt, wie den dagegen erheblichen Bedenken gerecht wird. Unseren Feinden aber bereitet der Reichstag abermals eine starke Enttäuschung durch seine Geschlossenheit.

Die „Berliner Tageblatt“: Es ist anzuerkennen, daß die Konservativen und National-liberalen zur Herbeiführung des Kompromisses und zur Herstellung der Einigkeit auf das Versichert haben, was ihre eigenen Anträge als unannehmbar erscheinen ließen. Gebilicte ist die Forderung, daß bei Verhandlungen mit auswärtigen Staaten die erforderliche Freiheit im Gebrauch der Unterseebootskraft gewahrt werde, aber dieser Forderung sind die Worte über die „Verachtung der berechtigten Interessen der neutralen Staaten“ angefügt. Nach den Darlegungen des Reichstags und des neuen Staatssekretärs der Marine und nach einem besonders eindrucksvollen Eingreifen des Staatssekretärs Dr. Helfferich war es kaum noch möglich, die einigende Formel abzugeben.

Die „Post“: Daß alle auf entschiedenen vaterländischem Boden stehende Parteien von Heydebrand bis Scheidemann sich auf diesen Beschlußvorschlag geeinigt haben, ist an sich ein überaus erfreuliches Ergebnis der Verhandlungen. Diese Einigung beruht zweifellos auf der vollen Ueberzeugung, daß diejenige Verwendung unserer U-Boote gewährleistet ist, welche den Interessen unserer Kriegsführung entspricht. Für unsere Parteigenossen im Lande wird hierfür die Tatsache, daß der erste Vorsitzende der Reichspartei, Freiherr von Camp, zu den Unterzeichnern des in Rede stehenden Antrags gehört, ausreichende Bürgschaft bieten.

Die Parteipresse zum Parteivorstandsauftritt und Tagung des Parteiaussschusses.

I. Der größte Teil der Parteipresse drückt den Aufbruch des Parteivorstandes sowie die Beschlüsse des Parteiaussschusses ohne Kommentar ab. Von den wenigen Blättern, die kritisch dazu Stellung nehmen, lassen wir einige Stimmen im Auszug folgen:

„Leipziger Volkszeitung“: Der Aufbruch des Parteivorstandes spart nicht mit heftigen Worten und schweren Vorwürfen. Die Parteigenossen, die Mitglieder der Organisationen, sollen so gegen die Fraktionsminderheiten eingenommen werden. Deshalb wird der Anwurf des Treubruchs, des Disziplinbruchs, der Organisationsprellung und Parteigerüstung lang und breit ausgeführt.

Und zudem ist das wirklich nicht der Kern der Sache. Er steckt viel tiefer. Und wer die großen Entscheidungen recht zu ermessen versteht, um die es geht, der wird nicht nur der Ansicht sein, daß dieses Gassen der Wahrheit an einem Punkt, der doch immer nur ein Nebenpunkt, um nicht zu sagen eine Formalie ist, der Bedeutung der Angelegenheit nicht entfernt entspricht. Der wird erkennen, daß die ungeheure Sache von ihren Vertretern jedes Opfer fordert, und daß sie ihr dienen mußten, auch wenn sie es nur konnten, indem sie die Schuld eines Treubruchs auf sich luden. Die Sache des Proletariats, der Kampf um sein Lebensinteresse, das durch die jetzige Lage aufs höchste gefährdet ist, steht höher als alle Rücksicht auf Menschen und Institutionen. Selbst wenn die Mehrheit also recht hätte, wenn sie die Minderheit des Treubruchs beschuldigt — wir bestreiten es —, so hätte sie mit dieser moralischen Brandmarkung der Tat der Minderheit doch noch höheren Gesichtspunkt der Sache aus nicht bewirkt, noch gewonnen!

Und wenn die Schuld auf den Minderheit lastete, die ihnen die Mehrheit zuschiebt, so wäre sie doch erst entstrungen aus der größten Schuld, die auf dieser Mehrheit ruht, die fortzuehend den Kollektiv der Minderheit gebären mußte.

Darüber gibt der Aufruf der Inflationäre Kasse Auskunft. Er läßt den festen Willen der Mehrheit deutlich erkennen, der Minderheit jeden Ausdruck ihrer Ueberzeugung im Reichstage unmöglich zu machen. Mit der formalen Fessel der Fraktionsdisziplin vermag sie sich, das niedergebunden, was in einem immer größer werdenden Teil der Parteigenossenschaft gäre und wühlte und immer stürmischer nach Ausdruck in der Öffentlichkeit, nach Betätigung, nach Eingreifen in die Geschicke, nach Einwirken auf die politische Entwicklung drängte. Dieses schier unsagbare Verhaben der Mehrheit der Reichstagsfraktion zeugt von einer politischen Blindheit und Verarmtheit, die fast erschütternd wirkt. Unbelehrt durch die Ungeheuerlichkeit der Ereignisse, die um sie vorgehen, beharrt die Mehrheit darauf, mit Berufung auf das geheilte Schema, das für normale Zeiten einst gute Dienste getan hat, das aber in einer Zeit gewaltiger Erschütterungen der Dinge und der Menschen, in einer Zeit der Aufwühlung und Aufspaltung aller Leidenschaften, in einer Zeit weltgeschichtlicher Entscheidungen niemals ein Vollwerk gegen brandende Flut sein kann, die Minderheit zur Rolle des stummen Sklaven zu verurteilen.

Die Mehrheit der Fraktion hätte die Duldung für die öffentliche Bekämpfung der Minderheit aufbringen müssen, so bitter ihr dies Tränklein auch geschmeckt hätte. Sie hätte es hinunterzwingen müssen in der Erkenntnis, daß die Unabdingbarkeit die Einheit der Partei in schwerster Gefahr bringen müsse, daß es bei der ungeheuren Spannung der Geister, bei der Belastung der Gewissen, die durch die zukunftsichere Lage gegeben ist, in der es um Leben und Tod der Klassenbewußten Arbeiterbewegung geht, sich nur darum handeln konnte, der Bewegung der Opposition ein Ventil zu öffnen oder den Keßel in die Gefahr des Platzens zu bringen.

Daß sich die Mehrheit der Fraktion zu dieser Erkenntnis und Einsicht nicht aufschwingen konnte, das ist ihre große historische Schuld, vor der das Gerede von Treubruch und Disziplinbruch wesentlich zurückbleibt. Und danach beantwortet sich auch die Frage, wer die Einheit der Partei, die Einheit der Organisation in Gefahr bringt! Die Mehrheit mag an die eigene Praxi kopfen. Und mag sich hüten, sich von Jörn und Reichsberei zu vornehmen Maßnahmen führen zu lassen, die schwer wieder gutzumachen wären, die weiteres Unheil gebären müßten. Will der Parteivorstand mit Ausschlußmaßnahmen vorgehen, wie der Beschluß des Parteiaussschusses fast bestanden läßt? Wir warnen vor dem Betreten dieses unheilvollen Weges. Auch ist der zur Einheit der Partei nicht verperrt, aber Polizeimaßnahmen des Parteivorstandes könnten es bewirken. Seine Verantwortung ist riesengroß! Rüge er sie ernstlich erwägen!

„Damberger Echo“: Im Aufruf des Parteivorstandes, des Vorstandes der Reichstagsfraktion und des Parteiaussschusses wird in eindringlichen Worten zum Widerstand gegen die Spaltungsbestrebungen aufgefordert, und unter den Beschlüssen des Parteiaussschusses wird auch der folgende verzeichnet: „In der deutschen Sozialdemokratie gibt es nur eine politische Organisation. Sonderorganisationen müssen zur Parteigerüstung führen. Wer für solche Sonderorganisationen wirkt oder in ihnen Mitglied wird, stellt sich außerhalb der Organisation der Gesamtpartei.“ Das ist eine so sehr in der ganzen bisherigen Parteipraxis wurzelnde Auffassung, daß man sich nur wundern kann, wenn doch sechs Stimmen dagegen fielen. Fragen könnte man sich eigentlich bloß, ob es notwendig war, ausdrücklich Sonderorganisationen zu verurteilen und die Erklärung abzugeben, daß deren Gründer und Teilnehmer sich aus der Partei entfernen.

Jedoch — nach den Erfahrungen der letzten Zeit muß man schon anerkennen, daß es angebracht ist, auf die Folgen der Beteiligung an einer Sonderorganisation hinzuweisen.

„Bremer Bürgerzeitung“: Diese Beschlüsse der Prätorianer des Parteivorstandes können niemand schrecken, der noch halbwegs bei Sinnen ist. Sie sind ein einziger großer Popanz, vor dem höchstens ihre Urheber selbst Zurecht bekommen müssen.

Zu den einzelnen Abschnitten der Resolution wird bemerkt: I. Zunächst sei festgestellt, daß die Fraktionsmehrheit sowohl Liebknecht als auch die Minderheit aus der Fraktion entzerrt hat. Wer aber gibt dem Parteiaussschuß das Recht, vom Vertrauen der Massen zur Partei zu reden, da er die Politik unterstellt, die die Massen zu Millionen aus der Partei hinaustreiben muß! Auf das Organisationsstatut beruft sich der Parteiaussschuß? Warum denn aber bestimt er sich nicht auf Parteiprogramm und Parteitagbeschlüsse sowie auf die Beschlüsse von Basel, Stuttgart und Kopenhagen? Freilich anerkennt das Organisationsstatut eine sozialdemokratische Fraktion; aber auch nur eine sozialdemokratische und keine sozialpatriotische. Eben dieses Statut ist der Strick, an dem Parteivorstand, Parteiaussschuß und Fraktionsmehrheit sich aufhängen können. Wie kann man die Mitarbeit an bürgerlichen Wählern verurteilen, wenn man den Bürgerfrieden anerkennt und den Klassenkampf grundsätzlich aufgesagt hat! Es ist wirklich einerlei, ob Scheidemann im Parteivorstand der Sozialdemokratie oder im Vorstand der Nationalliberalen Partei sitzt. Und es ist einerlei, ob Heine, Boeckh und Pons in der „Sozialistischen Monatsheften“ oder in der „Kreuz-Zeitung“ schreiben; wie denn die „Post“ erst kürzlich mit Wahagen einen Artikel Davids nachgedruckt hat. II. Wenn Sonderorganisationen bestehen, so ist das die Folge der Politik vom 4. August. Solange die offizielle Partei diese Politik

fortsetzt, peitscht sie die Massen systematisch aus den Organisationen hinaus, zwingt sie zur Bildung von Sonderorganisationen. Sie hat deshalb kein Recht, über Parteigerüstung bei denen zu kagen, die die Einheit der Partei auf der Grundlage des Massenkampfes wiederherstellen wollen. Parteivorstand, Parteiaussschuß und Fraktionsmehrheit haben sich vom 4. August 1914 an außerhalb des Rahmens der Partei gestellt, da sie eine Politik einschlugen und verfolgten, die nicht mehr als sozialdemokratisch zu bezeichnen ist.

III. Die Anwendung von Gewaltmitteln dürfte das beste Mittel sein, die Sprengung der Partei zu fördern. In Anbetracht der schweren politischen Vergehen der „offiziellen Partei“ hat sie das Recht verwirrt, ferner als die Beauftragung der proletarischen Massen zu amieren. Ein Uebergriff des Parteivorstandes nach der angelegentlichsten Richtung muß die Spaltung der Partei zur unmittelbaren Folge haben.

IV. Keine Darstellung des Parteivorstandes kann die Tatsache ans der Welt schaffen, daß die offizielle Sozialdemokratie seit dem 4. August 1914 die Politik des Imperialismus unterstützt und dadurch den Lebensfaden der Partei abgeschnitten hat. Hierfür kommt alles an, und hieraus ergeben sich alle weiteren Konsequenzen mit eherner Notwendigkeit.

Aus den Ausschüssen des Reichstags. Die auswärtigen Angelegenheiten vor dem Haushaltsausschuß des Reichstags.

Bei der Fortsetzung der Beratung über den Etat des Auswärtigen Amtes, die zum großen Teil wieder streng vertraulich war, besprach der nationalliberale Abgeordnete Prinz Schönau-Carolath die Behandlung der deutschen Gefangenen in Rußland und in den französischen Gebieten Nordafrikas. — Von einem Vertreter des Auswärtigen Amtes wurde hervorgehoben, daß die Lage der Gefangenen allgemein nicht besonders gut sei. Zimmerlin ist es besser geworden, als wie es anfänglich war. Der Unterschied liegt eben darin: unsere Gefangenen in Rußland sind zivilisierte Leute in einem wenig zivilisierten Land. Die in Deutschland befindlichen russischen Gefangenen dagegen sind zum großen Teil ungebildete Menschen, die sich in einem Staate aufhalten, der mit an der Spitze der Zivilisation steht. Mit Hilfe der Neutralen sind wir aber unablässig darauf bedacht, die Lage unserer Gefangenen festzustellen und sie nach Möglichkeit zu verbessern. Die Hauptschwierigkeit ist darin zu finden, daß es in den feindlichen Staaten an einer praktischen Organisation fehlt. — Abg. Erzberger gibt die Anregung, den Angehörigen der in der Schweiz befindlichen deutschen Kriegsgefangenen freie Reise zum Besuch zu gestatten. Redner erörtert außerdem eingehend das armenische Problem. — Abg. Stresemann (nall.) bespricht in längerer Rede die Frage der Kapitulationen in der Türkei. — Abg. Graf (kons.) erkundigt sich nach den Maßnahmen, die aus Anlaß des Vandalenfalls ergriffen wurden. — Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes gibt eine Antwort, die den freiconservativen Abg. v. Camp durchaus nicht befriedigt. Letzterer verlangt, daß man mit der Sentimentalität endlich aufräumen müsse. — Abg. Koch (Soz.) erkundigt sich, welche Maßnahmen ergriffen wurden, um den Verbleib der Verschollenen festzustellen. Im übrigen betont der Redner noch die Bedenkllichkeit der Anwendung von Vergeltungsmaßnahmen. — Nach weiteren streng vertraulichen Erörterungen wurde der Etat des Auswärtigen Amtes erledigt, und die Kommission wandte sich dem

Etat des Kriegsministeriums

Abg. Stücklen (Soz.) begründete die sozialdemokratischen Anträge und wies an der Hand eines reichhaltigen Materials nach, wieviel begründete Beschwerden aus dem Felde und aus der Heimat erhoben werden. Es müsse unbedingt dafür gesorgt werden, daß Mannschaften, die das 45. Lebensjahr überschritten haben, im weiteren Umfange als jetzt von der Front zurückgezogen werden. Die Verpflegungsverhältnisse der Truppen seien sehr ungleich. Es sei dringend erforderlich, daß die Verpflegungsverhältnisse so gut als möglich gestaltet werden. Das Dringlichste, das den Mannschaften gewährt wird, sei keine Entschädigung für die geringere Brotation, die sie erhalten. Die allgemeine Teuerung berühre selbstverständlich auch die Soldaten. Deshalb sei es durchaus erforderlich, daß eine Erhöhung der Mannschafslöhne durchgeführt wird. Mit einem Kriege von dieser Dauer hat kein Mensch rechnen können, sonst würde man vermutlich schon bei Beginn des Krieges eine andere Regelung der Mannschafslöhne verlangt haben. Die Erhöhung der Mannschafslöhne sei schon dadurch gerechtfertigt, daß man den Offizieren an den hohen Gehältern nichts gefügt habe. Dringend erforderlich sei, daß die Härten, die bei der letzten Reform der Kriegsbesoldungsordnung sich herausgestellt haben, endlich beseitigt werden. Mit allen Mitteln müsse dahin gestrebt werden, daß die Bestimmungen über Urlaub, Verpflegungsgeld und Freifahrt endlich einheitlich durchgeführt werden. Insbesondere sei es aber zu verurteilen, wenn bei Urlaubsgesuchen nach der politischen Gesinnung gefragt würde. Das Verwehrrecht der Soldaten sei nach wie vor eine sehr zweischneidige Waffe. Wenn dieses Verwehrrecht wirklich von Nutzen für die Mannschaften sein solle, dann bedürfe es einer ganz gründlichen Reform, und es sei nicht einzusehen, weshalb diese Reform während der Kriegszeit nicht vorgenommen werden könne.

Abg. Erzberger stimmt den vorgebrachten Klagen zum größten Teil zu und tritt vor allen Dingen dafür ein, daß die Zulagen, die heute vielfach gewährt werden, beseitigt werden. — Abg. Müller-Meinigen kritisiert, daß bei Offiziersaspiranten immer noch nach der politischen Gesinnung des Vaters gefragt werde. — Kriegsminister v. Wandel betonte, daß seitens des Kriegsministeriums alles geschehe, um eine unangenehme Behandlung der Soldaten zu verhüten. Für die Beurteilung sind besondere Richtlinien gegeben. Es soll dafür gesorgt werden, daß alle Mannschaften, die längere Zeit im Felde stehen, nunmehr auch Urlaub erhalten. Eine Änderung des Verwehrrechts sei jedoch während des Krieges ganz unmöglich. Eine Erhöhung der Löhne sei den Mannschaften zu gönnen; es handle sich hier um eine rein finanzielle Frage. Wenn da oder dort sozialdemokratische Zeitungen nicht zugelassen werden, so widerspricht das den vom Kriegsministerium getroffenen Anordnungen. Die Wandstumpflucht über 45 Jahre hinaus zu verlängern, sei nicht in Aussicht genommen, vielmehr sei man dabei, in immer steigendem Umfange die älteren Leute aus der Front zurückzuführen, weil sie mit Leichtigkeit durch jüngere Mannschaften ersetzt werden können. Der Redner macht dann noch eine Anzahl vertraulicher Mitteilungen. — General v. Owen beantwortet die vom Abg. Stücklen vorgebrachten Klagen über die Verpflegung und erklärt, daß seitens der Heeresverwaltung alles geschehe, um die Verpflegung so gut als möglich zu gestalten. Wo die Mannschaften mit dem Brot nicht ausreichen, erhalten sie entsprechend mehr Rente. Bei Urlaub, der nicht öfter wiederholender Sonntagsurlaub ist, sei stets Freifahrt und Verpflegungsgeld zu gewähren. Daß die Löhne heute bei der Teuerung den Verhältnissen nicht mehr entspreche, müsse zugegeben werden. Es werde eifrig daran gearbeitet, eine weitere Reform der Kriegsbesoldungsordnung herbeizuführen. — General v. Langemann erklärt, daß eine genaue Statistik über die Tätigkeit der Feldgerichte geführt werde. Wenn die Zahl der Militärgefangenen sich erhöht habe, so liege das lediglich daran, daß heute viele Millionen unter Waffen stehen. Frühere Arbeitsfronten werden so weit als irgend anmöglich als Soldaten mit der Waffe in die Truppe eingestellt. — Von Vertretern des Kriegsministeriums wird dann Auskunft gegeben über die Besetzung der deutschen Gefangenenlager mit deutschen Offizieren, woran sich ein längerer Vortrag über die Entwicklung der Luftschiffahrt schloß. Die Beratung des Militäretats wird Sonnabend fortgesetzt.

Die Postabgaben im Steueranschuß des Reichstags.

Bei der Fortsetzung der allgemeinen Aussprache am Freitag lag ein Antrag der Sozialdemokraten vor, der die Gültigkeitsdauer des Gesetzes auf die Zeit bis zum Ablauf des ersten Etatsjahres nach dem Friedensschluß begrenzen will. Ein zweiter Antrag der Sozialdemokraten fordert für den Fall der Ablehnung der Postfreiheit der Fürstendörfer die Befreiung dieser Häuser mit einer außerordentlichen Reichsabgabe.

Abg. Dr. Certeil (L.) meint, man werde den fauren Apfel der Postabgabe schlucken müssen. Sie sei auch nicht unerträglich. Das Land werde aber durch die Verteuerung des Fernsprechverkehrs zu stark belastet. Wenn sich für die Presse eine Erleichterung schaffen ließe, so wäre das mit Freuden zu begrüßen. Die Aufhebung der Postfreiheit der Fürstenhöfe lehne er ab. — Staatssekretär Kraetzel wendet sich gegen die Auffassung, daß der Orts- und Nachbarverkehr zu sehr begünstigt sei. Die Vorteile dieser Orte kommen auch den Landbezirken zugute. Vom Antrag Carmer befürchtet Staatssekretär Kraetzel einen starken Verkehrsrückgang. Er warnt auch davor, die Postfreiheit der Feldpostbriefe anzutasten. — Abg. Graf Carmer (L.) beantragt gemeinsam mit den Nationalliberalen und dem Zentrum, durchweg bei allen Briefen und Karten, ohne Unterschied zwischen Orts- und Fernverkehr, eine Kriegsabgabe von 5 Pf., bei Telegrammen eine solche von 2 Pf. für jedes Wort, mindestens aber 10 Pf. zu erheben. — Abg. Voglherz (Soz. A.) bekämpft den Antrag Carmer und befürwortet wiederholt die Aufhebung der Postfreiheit der Bundesfürsten, die in Verbindung mit dieser Vorlage sehr gut möglich sei. — Abg. Siehr (Sp.) zeigt an Beispielen, wie stark unter Umständen das Kleingewerbe durch die Postabgabe belastet wird.

Abg. Reil (Soz.) begründete die sozialdemokratischen Anträge. Von Gerechtigkeit solle man im Zusammenhang mit dieser Vorlage nicht sprechen. Die Finanzprognose der Post durch Privatpersonen und Geschäftsbetriebe richte sich nicht nach der Leistungsfähigkeit. Auch durch Änderungen im einzelnen lasse sich die ungerechte Wirkung nicht beseitigen. Mit einer Abwälzung würde die Wirkung nur noch verschlimmert, denn dann sei es wieder die Masse der minderbemittelten Verbraucher, die getroffen werde. Wenn man nach der Anregung eines Zentrumsabgeordneten mitten im Kriege die Postfreiheit für Feldpostbriefe aufheben wollte, so würde die Folge eine Art Rebellion im Felde und im Lande sein. Ein reger Verkehr zwischen den Feldtruppen und ihren Angehörigen sei zu wünschen. Die Aufhebung der Postfreiheit der Fürsten müsse selbstverständlich sein. Neben dem bekämpft die Anträge des Grafen Carmer und bemerkt weiter, die Befreiung jedes Keinen Telegramms mit 5 Pf. sei ganz unerträglich. Eine Befreiung des Gesetzes biete zwar keine Garantie für die Aufhebung dieser Vorlage, stelle aber die gesetzgebenden Körperschaften vor die Notwendigkeit, die Frage der Befreiung der Abgabe erneut zu prüfen. — Staatssekretär Dr. Sifferich wendet sich lebhaft gegen den nun auch von den Fortschrittlichen gestellten Antrag, die außerordentliche Reichsabgabe auch von den Fürstendörfern zu erheben. — Abg. Carstens (Sp.) erwidert, die Fürsten würden es sicher als kränkend empfinden, wenn sie von der Abgabe frei blieben. Eine Erhöhung des Briefportos auf 12 Pf. genüge völlig als Nebenabgabe. — Abg. Antrid (Soz.) kennzeichnet nochmals das ganze System der Verkehrssteuern. Solange die Regierung nicht nachweise, daß die Besteuerung des Briefes bis zur äußersten Grenze durchgeführt sei, könnten Steuern anderer Art nicht in Frage kommen. Das Fortbestehen der Postfreiheit der Fürsten in dieser Zeit, in der alle Volksschichten, besonders die Ärmsten, schwere Opfer bringen müssen, werde verbitternd wirken. Mit einer Befreiung der Postkarten würde zugleich eine schwere Schädigung der Ansichtskartenindustrie eintreten. Auch die Arbeiterorganisationen mit ihrem regen Postverkehr würden stark getroffen werden.

Nach weiterer Debatte, die sich um alle bisher schon besprochenen Fragen drehte, machte Abg. Dr. Wiemer (Sp.) den Vorschlag, für Postkarten und Briefe allgemein 8 Pf. statt 5 Pf. Zuschlag zu erheben. — Abg. Dr. Wasinger (Z.) wandte sich gegen den Antrag, der einheitliche Wertzeichen erlicke. Bayern werde auf seine eigenen Marken nicht verzichten. — Auf eine Anfrage des letzten Redners antwortete Staatssekretär Kraetzel, der Postvertrag mit Österreich-Ungarn sei genehmigt worden zu dem Zweck, zu gleichen Postsaßen zu kommen. — Abg. Wollensbühr (Soz.) machte darauf aufmerksam, daß damit der provisorische Charakter der Vorlage verliert werde. Auch der Vertrag mit Amerika, wonach die Briefe im direkten Verkehr für 10 Pf. befördert werden, komme in Betracht. Wünschenswert wäre eine Zusammenstellung der Postgebühren in allen Kulturstaaten, die zeigen würde, daß Deutschland schon jetzt verhältnismäßig hohe Postsätze hat. Damit schloß die Aussprache. Die Weiterberatung findet nächsten Dienstag statt.

Politische Uebersicht.

Herrenhaus und Frauenwahlrecht.

Im preussischen Herrenhause, dessen Freitagssitzung mit der Verlesung der Vertagungsorder beendet wurde, spielte sich eine Episode ab, die nicht unbemerkt vorübergehen kann. Wie haben schon gestern darauf hingewiesen, daß das Herrenhaus sich mit den wahrscheinlich nicht allzu zahlreichen Petitionen, die bei ihm eingehen, in Plenarsitzungen zu beschäftigen pflegt. Am Freitag wurde diese Ehre u. a. einer Eingabe des „Deutschen Bundes gegen Frauenemanzipation“ zuteil. Ein Kieler Professor verlangt im Namen dieses Vereins, daß den Frauen nur ja nicht das Gemeinwahlrecht erteilt werde. Ein gleichfalls aus Kiel stammendes Mitglied des Herrenhauses, der Generaloberarzt Dr. Reuber, begnügte sich nicht mit dem Kommissionsantrag auf Ueberweisung der Eingabe als Material an die Staatsregierung, sondern tat noch ein übriges, indem er schon die Folgen des Frauenstimmrechts als recht schlimme hinstellte. Darüber hinaus produzierte er den Ausspruch, daß die ganze Frauenbewegung international sei und überhaupt nur der Sozialdemokratie Vorschub leiste. Man hatte seit einiger Zeit derartige Worte, die ja früher an dieser Stelle durchaus nicht selten gewesen sind, nicht mehr gehört. Immerhin erkannte auch Dr. Reuber an, was die deutschen Frauen jetzt leisten müssen, aber daß Wahlrecht sollen sie darum doch nicht erhalten. Der frühere Kolonialsekretär Dr. Dernburg sagte seinem Vordrager, daß dieser Anschauungen vertritt, die sich mit denen weiter Kreise des deutschen Volkes nicht in Uebereinstimmung bringen ließen. Auch der Breslauer Oberbürgermeister Dr. Matting schloß sich dieser unbestreitbaren Wahrheit an. Trotzdem aber gab das Herrenhaus seiner Meinung, daß diese Eingabe Würdigung verdiene, durch die Ueberweisung als Material Ausdruck.

Aus der sonstigen Beratung sei noch hervorgehoben, daß bei dem neuen Wassertrahengefetz der Verkehrsminister v. Breitenbach in Anknüpfung an die vom Abgeordnetenhaus einstimmig angenommene Resolution Dr. Frieberg-Veinert die Berücksichtigung der Interessen der Städte Hannover und Linde und des Kreises Minden bei der Errichtung des Deisterkraftwerkes zusagte.

Der Landtag ist nunmehr bis Ende Mai vertagt.

Burgfriedliche Geistesblitze.

Die bürgerliche Presse gibt als „französisches Echo“ auf die Spaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eine Aeußerung Gervés in der „Victoire“ wieder, der bekann-

lich in seinen Anschauungen so sehr selbst von der französischen Parteimehrheit abweicht, daß mit seiner Enttarnung von leitenden Parteifunktionen gerechnet werden kann. In den Augen der bürgerlichen Presse gilt er aber noch immer als der Repräsentant der französischen Partei. So läßt sich die „Börsige Zeitung“ aus Zürich melden:

„Das Echo, das die Sezession der 18 deutschen Sozialisten in der französischen Presse findet, dürfte diesen zeigen, daß sie es den französischen Sozialisten nicht recht machen können. So urteilt Gustave Hervé in der „Victoire“: „Es fehlt in der deutschen Sozialdemokratie an einem kräftigen und entschlossenen Mann, der sich auch dem Risiko aussetzen muß, erschossen zu werden, wenn er nämlich die Freiheit und Souveränität der Nationen proklamiert hätte. Nur dann hätte die Sezession einen Sinn gehabt. So aber glauben wir nicht, daß sich im Gehirn und in der Seele Deutschlands irgendeine Aenderung vollzogen hat. In den Reden der Haase und Liebknecht suche ich seit 18 Monaten vergeblich einen rein republikanischen Geistesfunken und auch nur die leichesten Anzeichen eines revolutionären Geistes. Im Schwerte des Generals Capfelnau ist mehr revolutionärer Geist, als in den vereinigten Gehirnen der 18 deutschen Sozialdemokraten, die sich von der Hauptmasse getrennt haben.“

Es ist nun amüßig und lehrreich, wie diese Aeußerung Hervés in der bürgerlichen Presse kommentiert wird. Die „Tägliche Rundschau“ bemerkt mit erhobenem Zeigefinger:

„Die Genossen Haase und Liebknecht können einem wirklich leidtun. Für wen und für was haben sie sich denn nun eigentlich in die Rollen des Herostrat und des Theristes eingelassen, wenn ihnen nicht einmal der Dank Frankreichs dafür wird?“

Der „Reichsbote“ traut aber dem Frieden nicht. Er wittert hinter der Kritik Hervés ein graufiges Komplott, ein Spiel mit verteilten Rollen zur Irreführung des deutschen Volkes. Das Blatt schreibt:

„Man darf hierbei doch nicht übersehen, daß Hervé nur das Bestreben hat, den Vaterlandsverrättern Haase und Liebknecht zu Hilfe zu kommen. Wenn er sie anerkennend lobt, würde das für sie bei der Stimmung des deutschen Volkes ruhmlos sein. Aus dem Grunde der Tadel und der an Verbildung grenzende, unsinnige Vergleich. Der höhnische Tadel des Landesfeindes soll diejenigen bescheiden, die angesichts der erbärmlichen Rolle, die die Liebknecht und Haase spielen, stugig werden könnten.“

Die armen Deutschen, die in ihrem Bestreben, den Haase und Liebknecht eins auszuwichen, ihr Gehirn demnach abstrapazieren, daß sie schließlich weder ein noch aus wissen, sind wirklich bemitleidenswert. (z)

Tirpitz' Dank an den Flottenverein.

Berlin, 31. März. (W. Z. B.) Großadmiral von Tirpitz hat dem Deutschen Flottenverein auf dessen an ihn gerichtetes Telegramm folgende Antwort zugehen lassen: Die warmherzigen und ehrenvollen Worte, welche Euer Exzellenz im Namen des Deutschen Flottenvereins aus Anlaß meines Ausscheidens aus dem Amte an mich gerichtet haben, waren mir eine große Freude. Indem ich Ihnen und dem Vorstande des Deutschen Flottenvereins herzlich dafür danke, lege ich Wert darauf, in diesem Augenblick meinen Dank auch auf die große Förderung und verständnisvolle Hilfe auszuweihen, die ich bei meiner Lebensarbeit stets durch den Deutschen Flottenverein gefunden habe. Es sind mir unergänzbare Verdienste, die sich der Deutsche Flottenverein durch die Erweckung und Vertiefung des Verständnisses für die Seegeltung des deutschen Volkes erworben hat.

Wäge unsere gemeinschaftliche Arbeit durch den Sieg im Weltkriege ihre Krönung finden.

Die Verteuerung der Textilwaren.

Amlich, Preisbeschränkungen für Web-, Wirk- und Strickwaren. Die Beschlagnahme von Web-, Wirk- und Strickwaren zugunsten der Seeredverwaltung (Kriegsdrohstoffabteilung des Kriegsministeriums) und die am 1. Februar erfolgte Preisbindung, bei der die vor dem 1. Februar festgelegten und erzielten Preise zugrunde gelegt worden waren, hat, wie man an allen beteiligten, amtlichen und privaten Stellen vorausgesehen und zugestanden hatte, zu mancherlei Unzuträglichkeiten geführt. Zuletzt noch hatte in der Reichstagsdebatte vom 24. März auf eine Anfrage des nationalliberalen Abgeordneten Reimath der Vertreter des Reichstags des Innern erklärt, daß diese ganze Regelung ja nur ein Provisorium sein wollte und sollte und daß die endgültige Regelung, die zugleich eine Milderung sein sollte, unmittelbar bevorstehe.

Durch eine Bundesratsverordnung vom 30. März ist diese endgültige Regelung nunmehr erfolgt. Dabei hat man, grundsätzlich wenigstens, die Preisbeschränkungsverordnung vom 1. Februar dieses Jahres aufrechterhalten: Die mit ihr gemachten Erfahrungen hatten gezeigt, daß ihr Zweck, sprunghafter Steigerung für die beschlagnahmestellen Textilwaren vorgehenden, im großen und ganzen erreicht worden war, und daß man wucherischen Bestrebungen beim Verkauf von Textilwaren tatsächlich einen wirksamen Niegel vorgekehrt hatte. Die neue Bekanntmachung verfolgt in gleicher Weise das Ziel, daß eine etwaige Knappheit an Web-, Wirk- und Strickwaren und daraus gefertigten Erzeugnissen nicht zu unberechtigter, preistreibender oder gar wucherischer Uebertreibung ausgenutzt werden soll. Als Grundlage der Regelung ist der vor dem Stichtage, dem 1. Februar dieses Jahres, geltende Preis festgehalten. Neu aber ist, daß die tatsächlich und nachweislich festliegenden Herstellungskosten berücksichtigt werden können, auch der Zuschlag eines angemessenen Gewinns dauernd nicht verwehrt werden soll. Dabei war der Gedanke ausschlaggebend, daß bei aller Rücksichtnahme auf die Verbraucherinteressen, eine volkswirtschaftlich bedenkliche Schmälerung schutzbedürftiger Interessen der gewerblichen Kreise, der Fabrikanten und Händler, insbesondere aber auch der Arbeiter und Angestellten vermieden werden müsse.

Die neue Verordnung erstreckt sich auf alle diejenigen Web-, Wirk- und Strickwaren, die nicht bereits durch die Beschlagnahme betroffen worden sind, gleichgültig aus welchen Spinnstoffen sie hergestellt sind, sowie auf die aus ihnen gefertigten Erzeugnisse. Erklärt einem Käufer der vereinbarte Preis die durch die neue Verordnung festgesetzte Grenze zu überschreiten oder sonst unangemessen hoch, so kann er innerhalb zwei Wochen nach Abschluß des Kaufvertrages Preisfestsetzung durch ein Schiedsgericht beantragen, das gebühren- und stempelfrei, endgültig und unter Ausschluß des Rechtsweges entscheidet. Ergibt sich der Verdacht einer strafbaren Uebertreibung durch den Verkäufer, so hat der Vorsitzende des Schiedsgerichts die Verpflichtung, der Staatsanwaltschaft Anzeige zu erstatten. Ausführungsbestimmungen des Reichskanzlers regeln die Einzelheiten des schiedsgerichtlichen Verfahrens. Unter anderem wird bestimmt, wer die ehrenamtlich fungierenden Vorsitzenden und Beisitzer zu ernennen hat. Sind bei einem Verfahren Handwerker beteiligt, so müssen mindestens zwei Beisitzer im Besonderen mit der Handwerkskammer, Handwerkerkreisen entnommen werden. Zwei Beisitzer sollen Käuferkreisen angehören.

Es steht zu erwarten, daß die neue Regelung der Dinge bei der Industrie wie beim Handel mit Genugtuung begrüßt werden wird, ohne daß zugleich die Interessen der Käufer und Verbraucher irgendwie gefährdet erscheinen. (W. Z. B.)

Am 1. d. M. d. R. d. E. Einzelheiten über die neue Verordnung, insbesondere die Preise, vorliegen, müssen wir uns eines eingehenden Urteils enthalten. Wir erinnern aber daran, daß so fort nach der Preisbindung vom 1. Februar d. J. bei den Textilinteressen eine lebhafteste Agitation für Erhöhung der Preise eingesetzt, als deren Frucht wir wohl die jetzige Verordnung anzusehen haben. Mit Unrecht trägt diese Verordnung in der amtlichen Publikation den Titel „Preisbeschränkungen usw.“. Denn in Wirklichkeit bringt die Verordnung, wenn sie auch grundsätzlich an der Preisbindung festhält, eine Preissteigerung von Textilwaren. Als Grund wird dabei angegeben, daß eine volkswirtschaftlich bedenkliche Schmälerung schutzbedürftiger Interessen der gewerblichen Kreise vermieden werden sollte. Nun hat die Textilindustrie in den beiden Kriegsjahren, nach den Geschäftsabläufen der Aktiengesellschaften zu urteilen, fast allgemein erhöhte Gewinne erzielt. Es hätte daher näher gelegen, den weit mehr schutzbedürftigen Konsumenten Rechnung zu tragen. Die Nahrungsmittelpreise sind heute so hoch, daß die Befriedigung anderer Lebensbedürfnisse sowieso eingeschränkt werden muß. Wir glauben also sehr wohl, daß die neue Regelung „bei der Industrie wie beim Handel mit Genugtuung begrüßt werden wird“, bezweilen aber lebhaft, daß die Interessen der Käufer und Verbraucher gewahrt worden sind.

Geschlechtskunde an den Hochschulen.

Im preussischen Herrenhause hat Freiherr von Bissing, der jetzige Generalgouverneur von Belgien als Mitglied des Hauses den Antrag gestellt, die Staatsregierung zu ersuchen: 1. einen bestimmten Betrag in den Etat einzustellen a) zur Einführung der Geschlechtskunde als pflichtmäßiges Lehrfach an den Seminaren und Hochschulen für die Geistlichen und Lehrpersonen an Hoch-, Mittel- und Volksschulen, b) zur Aufnahme der Haut- und Geschlechtskrankheiten als pflichtmäßiges Prüfungsfach bei der ärztlichen Staatsprüfung, c) zur Abhaltung planmäßiger Vorträge der Schüler und Schülerinnen der Volk-, Mittel-, Hoch-, Fach-, Gewerbe-, Handwerks- und Fortbildungsschulen vor der Entlassung über Wesen und Bedeutung der Geschlechtskrankheiten durch sachwissenschaftlich besonders vorgebildete Schul- oder Amtsärzte, d) zu einem größeren Preisansatz für die beste Veröffentlichung über die Frage: „Welchen Einfluß haben die Geschlechtskrankheiten auf die Bevölkerungsbewegung?“, e) zur Unterstützung der Bestrebungen der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten; 2. dahin zu wirken, daß jede Person, die, obwohl sie weih oder wissen mußte, daß sie geschlechtskrank ist, trotzdem geschlechtlich verkehrt, bestraft werden kann.

Höchstpreise für Blei.

Amlich, Berlin, 1. April. (W. Z. B.) Neuerdings hat eine unerwartete und unbegründete Preissteigerung für Blei dazu geführt, daß jetzt auch für dieses Metall, sowohl rein wie in Legierungen, Verbindungen und Erzeugnisvorstufen aller Art, abgestufte Höchstpreise mit Wirkung vom 1. April 1916 festgesetzt werden. Die Regelung der Höchstpreise für Blei erfolgt durch die Bekanntmachung der Militärbehörden (M. 10/3. 16. K.R.A.). Die wiederholten Verdähte gegen die bisher in Kraft befindlichen Höchstpreisbestimmungen haben Anlaß gegeben, in der Bekanntmachung M. 10/3. 16. K.R.A. die für Höchstpreisüberschreitungen angeordneten Strafen besonders nachdrücklich zu betonen. Es sei unter anderem hervorgehoben, daß derjenige, der die festgesetzten Höchstpreise überschreitet, sich einer Ueberschreitung erbeidet oder andere zur Ueberschreitung auffordert, neben Geldstrafe und Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr auch mit dem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bestraft werden kann. Bei einer Zurückhaltung von Vorräten mit der Absicht der Preissteigerung ist sofortige Entziehung zu gewärtigen. Die Strafandrohungen der neuen Bekanntmachung gelten auch in vollem Umfange für Ueberschreitungen der früheren Höchstpreisbestimmungen. Alle anderen Einzelheiten sind aus dem Wortlaut der Bekanntmachung selbst ersichtlich. Anfragen und Anträge sind an die Metall-Bezugsstelle der Kriegs-Hochstoff-Abteilung des königlichen Kriegsministeriums, Berlin W 9, Potsdamer Straße 10/11, zu richten.

„Befürchtungen“.

Charakteristisch für die in Produzentenkreisen herrschende Auffassung ihrer Aufgaben ist folgende Notiz des halbamtlichen Nachrichtenendienstes für Ernährungszwecke:

„Die ursprüngliche Höchstpreisfestsetzung für Gemüse hat im vorigen Jahre manchen Gemüsezüchter empfindlich getroffen. Die schlimmen Erfahrungen des Vorjahres haben auch für die diesjährige Ernte die Befürchtung aufkommen lassen, daß Höchstpreise eingeführt werden, und diese Befürchtung mag auf den Gemüseanbau stellenweise hemmend wirken. Demgegenüber kann festgestellt werden, daß die geltenden Höchstpreise sich nur beziehen auf die Ernte des Jahres 1915, aber keine Anwendung finden auf die diesjährige Gemüseernte. Die Preisbewegung des diesjährigen Gemüses ist also frei. Immerhin ist zu beachten, daß eine willkürliche Preisbewegung nach oben die Gefahr neuer Höchstpreise in sich trägt. Bei dem großen Einfluß, den die Organisationen der Erzeuger und Händler auf die Preisbewegung ausüben können, wäre es wünschenswert, daß, soweit möglich, eine Regelung der Preisentwicklung von ihnen aus in die Hand genommen wird.“

Nach unseren Erfahrungen wird dieser Hinweis auf die mögliche „Gefahr“ von Höchstpreisen wenig Erfolg haben, da bisher die Regierung stets durch Erhöhung und Aushebung der Höchstpreise den Wünschen der Produzenten entgegengekommen ist.

Zur Nahrungsmittelversorgung.

Eine Erhebung über die Lebenshaltung im Kriege veranlaßt der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen im Monat April. Er hat zu diesem Zweck je fünfzig Haushaltungen aus den Kreisen der verheirateten und unverheirateten Arbeiter, Angestellten, Beamten und Kriegerangehörigen in fünfzig deutschen Städten mit der genauen Führung von ihm geleiteter Haushaltungskisten beauftragt. Mit dieser Erhebung hofft er allen interessierten behördlichen und privaten Stellen einen wertvollen Dienst zu erweisen.

In der Tat ist das Fehlen brauchbarer statistischer Unterlagen aus der Kriegszeit schon allenthalben als ein großer Mangel empfunden worden. Die aus der Friedenszeit stammenden Zahlen über den Lebensmittelverbrauch und die Kosten des Lebensunterhalts, auch die der Reichsstatistik, können bei der völligen Verdrängung der jetzigen Verhältnisse gar nicht mehr — höchstens mit einem gewissen Vergleichswerte — verwendet werden.

Ein Verhaftungsbefehl gegen Dr. Rudolf Broda.

Wie die „Humanität“ erfährt, hat die Militärbehörde von Wien gegen Dr. Rudolf Broda, den bekannten österreichischen soziologischen Schriftsteller, der bis zum Ausbruch des Krieges in Paris lebte, einen Verhaftungsbefehl erlassen. Gleichzeitig sei die Konfiskation des mobilen und immobilien Besitzes Dr. Brodas in Oesterreich angeordnet worden.

Dr. Broda ist der Herausgeber der „Dokumente des Fortschritts“ und der „Stimmen der Menschheit“. Er lebt jetzt Beginn des Krieges in der Schweiz. (z)

Unserem alten Genossen und Funktionär
Albert Hendrichke
 und Frau
 zur Silberhochzeit
 die herzlichsten Glück- und
 Friedenswünsche. 3191
 Die Genossen des 17. Bezirks
 des Wahlvereins Neukölln.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 I. d. 4. Berliner Reichstagswahlkr.
 Frankfurter Viertel, Bez. 257.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Kollege, der Arbeiter
Wilhelm Schliewert
 Holzmarktstr. 66,
 gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Montag, den 3. April, nach-
 mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
 halle des Andreas-Kirchhofes in Wilhelm-
 berg aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 212/17 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein
 I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreises.
 18. Abt. Bez. 816.
 Am Donnerstag, den 30. März,
 verstarb unser Genosse
Bernhard Bensch
 Soldiner Str. 4.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, den 2. April, nach-
 mittags 3 Uhr, von der Leichen-
 halle des Friedrichs-Gemeinde-
 Friedhofes, Doppel-Allee, aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher
Transportarbeiter - Verband.
 Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Kollege, der Dreifach-
 fahrer
Theodor Möller
 v. d. Firma Kroll, Solener Str. 29,
 am 28. März im Alter von
 69 Jahren verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 Sonntag, den 1. April, nach-
 mittags 1 1/2 Uhr, von der Leichen-
 halle des Andreas-Kirchhofes,
 Wilhelmberg, aus statt.
 Um rege Beteiligung wird ersucht.
 Den Mitgliedern ferner zur
 Nachricht, daß unser Kollege, der
 Fensterputzer
Wilhelm Schliewert
 v. d. Firma Wilmhelm, Köpenicker Str.,
 am 29. März, im Alter von
 47 Jahren gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Montag, den 3. April, nach-
 mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
 halle des Andreas-Kirchhofes,
 Wilhelmberg, aus statt.
 Um rege Beteiligung wird ersucht.
 63/9 **Die Bezirksverwaltung.**

Deutscher Bauarbeiter - Verband.
 Zweigverein Berlin.
 Bezirk Schöneberg.
 Am 29. März starb unser Mit-
 glied, der Glaserarbeiter
Joseph Eipel.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet morgen
 Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von
 der Halle des Michael-Kirchhofes
 in Mariendorf, Rigborfer Straße,
 aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 141/7 **Die örtl. Verwaltung.**

Wieder hat der Weltkrieg ein
 Opfer aus unseren Reihen ge-
 fordert.
 Einer unserer Besten, der Kollege
Walter Adam
 ist beim Kampf im überlebenden
 Alter von 21 Jahren geblieben.
 Sein schmerzlicher Wunsch, im
 Friedenszeiten weiter für unsere
 Sache zu wirken, blieb unerfüllt.
 Sein leuchtendes Vorbild als
 Kämpfer für die freie Jugend-
 bewegung soll uns unerschrocken
 bleiben!
 298/1
Die Arbeiter-Jugend Weißensees.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Kollege, der Drucker
Rudolf Klaene
 am 27. d. M. an Lungenleiden
 gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 Sonntag, den 1. April, nach-
 mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
 halle des Zentralfriedhofes in
 Friedrichsfelde aus statt.
 Den Mitgliedern ferner zur
 Nachricht, daß unser Kollege, der
 Holzleger
Gustav Schulz
 Siedingenstr. 7
 am 30. März gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, den 2. April, nach-
 mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-
 halle des Krankenhaus Friedhof
 aus nach dem Johannis-Kirchhof
 in Wilmberg statt.
 Rege Beteiligung wird erwartet.
Nachruf.
 Den Mitgliedern ferner zur
 Nachricht, daß unser Kollege, der
 Anschläger
Artur Wuschnakowski
 Straußberger Str. 4
 am 27. März gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 114/13 **Die Ortsverwaltung.**

Gesangverein
 „Norddeutsche Schelle“.
 (M. d. D. A. - S. - B.)
 Am Mittwoch, den 29. März,
 verstarb unser alter, treuer
 Sangesbruder
Paul Marquart
 im 55. Lebensjahre.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute,
 Sonntag, den 1. April,
 nachmittags 4 Uhr, auf dem
 hiesigen Friedhof in Friedrichs-
 felde statt.
 520/5 **Der Vorstand.**

Nord-Ost-Lyrania 1849.
 Hiermit die traurige Nachricht,
 daß unser lieber Sangesbruder
Rudolf Klaene
 fünf vor seinem 25jährigen Sängere-
 jubeljahre im Alter von 66 Jahren
 verstorben ist. 57/17
 Die Beerdigung findet Sonntag,
 den 1. April, nachmittags 4 1/2 Uhr,
 von der Leichenhalle des Zentralfried-
 hofes in Friedrichsfelde aus statt.
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 Kreis Niederbarnim.
 Bezirk Lichtenberg.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Genosse
Alfred Strötzel
 Kronprinzenstr. 1a
 am 28. März verstorben ist.
 Die Beerdigung findet heute
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr,
 auf dem Friedhof in Marzahn statt.
 Rege Beteiligung erwartet
 12/17 **Die Bezirksleitung.**

Am Donnerstag, den 30. März,
 erkrankte nach langem, mit Ge-
 dauerd ertragenen Leiden meine
 gute, innigstgeliebte Frau, unsere
 liebe Schwägerin und Tante, die
 Hauswirtsin
Rosalie Stöber
 geb. Eliasz
 im 59. Lebensjahre.
 Dies geht mit der Bitte um
 stille Teilnahme im Namen der
 Hinterbliebenen tiefbetruert an
Friedrich Stöber,
 Stadterverordneter.
 Berlin-Lichtenberg,
 31. März 1916. 13294
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, den 2. April 1916,
 nachm. 3 Uhr, vom Trauerhaus
 Jungstraße 5, nach dem Lichten-
 berger Gemeindefriedhof an der
 Bornhiltzstraße (Krugstege) statt.

Deutscher Bauarbeiter - Verband.
 Zweigverein Berlin.
 Bezirk Schöneberg.
 Am 29. März starb unser Mit-
 glied, der Glaserarbeiter
Joseph Eipel.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet morgen
 Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von
 der Halle des Michael-Kirchhofes
 in Mariendorf, Rigborfer Straße,
 aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 141/7 **Die örtl. Verwaltung.**

Frauen-Sterbekasse der deutschen
Wagenbauer.
Filiale Schöneberg.
 Am 28. März verstarb unser
 Mitglied Frau
Amanda Scheidig.
 Ehre ihrem Andenken!
 Die Beerdigung findet Sonn-
 abend, nachmittags 3 Uhr, auf
 dem zweiten Schöneberger Fried-
 hof an der Planen Höhe statt.
 Um rege Beteiligung bitten
 257/6 **Die Ortsverwaltung.**

Allgemeine Kranken- u. Sterbe-
kasse der deutschen Drechsler
 und deren Berufsgenossen
 (Ortsabteilung).
 Verwaltungsstelle Berlin B.
 Am 28. März verstarb unser
 Mitglied
Gustav Schmidt.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute,
 Sonntag, den 1. April, nach-
 mittags 5 Uhr, von der Leichen-
 halle des St. Simon-Kirchhofes,
 Orly, Mariendorfer Weg, aus statt.

Gesangverein
 „Norddeutsche Schelle“.
 (M. d. D. A. - S. - B.)
 Am Mittwoch, den 29. März,
 verstarb unser alter, treuer
 Sangesbruder
Paul Marquart
 im 55. Lebensjahre.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute,
 Sonntag, den 1. April,
 nachmittags 4 Uhr, auf dem
 hiesigen Friedhof in Friedrichs-
 felde statt.
 520/5 **Der Vorstand.**

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß,
 Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor),
 für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —
 Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage),
 Blutuntersuchung. Schnelle, sichere
 schmerzlose Heilung ohne Berufs-
 störung. Teilzahlung.
 Sprechstunden: 10—1 und 5—8

Knaben- und Jünglings-
Anzüge, Paletots, Pyjaks,
Konfirmations- Anzüge.
 Einzelverkauf zu Fabrikpreisen.
Königstr. 55, I. Etage,
 gegenüber Rathaus. Sonntag geschl.

MÖBEL
 Bar oder Teilzahlung
 kauft jedermann
 billig — reell — kulant
 bei
Neugebauer, Charlottenburg
 Wilmersdorfer Str. 128 I, Ecke Schillerstraße.

Möbel-Angebot.
 Solide Möbelfirma liefert Spezial-Ein- und Zweizimmer-
 Einrichtungen sowie Einzeilmöbel gegen mäßige Sin-
 vergütung bei keiner Anzahlung und geringen monatlichen Rate-
 zahlungen. Offerten D. 3 an die Expedition des „Vorwärts“.
Keine Kassierer. Größte Kulanz.

Rabattmarken der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend.

Die schönsten Modelle
 Mäntel * Kostüme (keine Dutzendware)

Billige Preise

Modell-Kostüme aus Kammgarn, Tuch, Taffel, weiche, schöne, wunderbare Formen. Glocken- schneitte, entzück. Ausführungen. Ersatz f. Atelierarbeit, Pracht- stücke, auch solide, glatte, Formen, tolle Back- schkostüme 150,- 120,- 108,- 98,- nach Anzahlung außerhalb gegen Anzahlung	Praktische Gummimäntel Imprägniert, aus Woll, Seide, neu, kurz, weite Glockenformen, blau, grün, schwarz, rot, kastanienbraun, Koverkot-Mäntel, mod., top, lila, prima Gum- mierung und Imprä- gierung 35,- 48,- 35,- 28,- 22,- 10% Stärke sind Passendes in allen Abteilungen.
Gummi-Herren- und Offiziersmäntel 45,- Lodenmäntel, imprägniert 27,- 22,- 15,- 16,-	Lodenkostüme, wasserdicht 45,- 35,- 28,- 21,-

Winter-Angebote

Kehe Sealpischmähntel mit Felle 135,- 112,- 100,- Glatte Sealpischmähntel ig. u. kurz 94,- 80,- 62,- Seidensealpischmähntel (Prachtst.) 15,- 24,- 36,- Echter Normantel halb, m. Hornella 500,- Seal-Electric-Mantel mit Hornella 250,- Kinnsegelkleider, Samt, Woll, 45,- 30,- 15,-	Astrachanmäntel gl. u. l. 110,- 88,- 58,- Vollpischmähntel 68,- 48,- 40,- Mollige Unter, weiche, dicke Qual. 45,- 35,- 12,- Kurze Pelzmäntel 100,- 75,- 50,- Lange u. halblange Pelzmäntel 100,- 100,-
---	--

Westmann
 I. Geschäft
 Mohrenstrasse 37a
 (Kolonnaden) 298/1

II. Geschäft
 Gr. Frankfurter Str. 115
 nahe Adressstraße)

Allgemeine
Orts-Krankenkasse
 für den Stadtbezirk
Köpenick.
 Hiermit laden wir die Mitglieder
 des Ausschusses zu der am **Dien-
 tag, den 11. April 1916, abends**
**8 1/2 Uhr, in der Aula der Dor-
 schenschule, Freiheit, stattfindenden**
Ordentlichen
Ausschuss-Sitzung
 ein. 267/14

Tagesordnung:
 1. Kenntnisnahme von Voran-
 schlags-Neberrechnungen für 1915
 und Nachbestätigung derselben.
 2. Jahresbericht.
 3. Abnahme der Jahresrechnung
 für 1915.
 4. Geschäftliches.
 Die Ausschussmitglieder erhalten
 noch besondere Einladung.
 Köpenick, den 31. März 1916.
Der Vorstand.
Cito Nickel, Vorsitzender.

Cigaretten.
 Vor der Steuererhöhung
Direkt ab Fabrik
 1 1/2 Pf. 100 Stück 0,85 M.
 2 1/2 „ „ „ 1,10 „
 3 1/2 „ „ „ 1,75 „
 5 „ „ „ 2,80 „
Gute Qualitäten.
 Geöffn. v. 8-8 Uhr, Sonntags bis 2 Uhr.
 Bei Bestellungen von 20 M. an
 Versand franco geg. Nachnahme.
 Sendungen ins Feld nur gegen
 Vorinsendung des Betrages.
Cigarettenfabrik W. Schnur,
 Berlin N 39, Chausseestr. 80,
 Fabrikgebäude, eine Treppe.

Busch-Rosen
 sowie Hochstämme u. Kletterrosen
 aus bester deutscher Hofenzucht zu
 äußerst mäßigen Preisen!

Obstbäume
 Äpfel, u. Birnen, Kirschen,
 Nüsslinge, Preis a M. 1.10.

E. Boese & Co.
 G. m. b. H.
 C. 25, Landberger Str. 66.

In Freien Stunden
 Die
 Wochenschrift für Arbeiterfamilien
 Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Die Bekanntmachungen des Oberkommandos in den Marken betreffend
 Beschlagnahme baumwollener Spinnstoffe und Garne (Spinn- und Geb-
 verbot) und Höchstpreise für Baumwollspinnstoffe und Baumwollgarne
 vom 1. April d. J. treten am 1. April 1916 in Kraft.
 Die vollständigen amtlichen Bekanntmachungen erfolgen an den An-
 schlagstafeln und in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“.
 Berlin, den 1. April 1916.
Der Polizeipräsident.
 132. I. WHL. 16 (II. Ang.)

Die Bekanntmachung des Oberkommandos in den Marken betreffend
 Beschlagnahme und Bestandserhebung von Nitrogummi, Gummiabfällen und
 Regeneraten sowie die Bekanntmachung betreffend Höchstpreise für Ni-
 trogummi und Gummiabfälle treten am 1. April 1916 in Kraft.
 Die vollständige amtliche Bekanntmachung dieser Verordnung erfolgt
 an den Anschlagstafeln und in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“.
 Berlin, den 1. April 1916.
Der Polizeipräsident.
 125. I. WHL. 15.

Herren- und Damen-Garderobe
 neueste Moden, beste Verarbeitung
Vollständige Wohnungs-Einrichtungen
 sowie einzelne
Möbel auf Kredit
 Mäßige Anzahlung — Geringe Raten.
 Berlins ältestes Waren- und Möbel-Kredit-Haus
Julius Glogau
 G. m. b. H.
 Kottbuser Str. 28, Ecke Reichenberger Str.
 direkt am Hochbahnhof
 Kottbuser Tor.

Bezugsquellen-Verzeichnis
Berlin-Westen
 Erschaltet wöchentlich einmal. Täglich erscheinende Geschäfts-Angebote sind bei Einkäufen.

Brauereien Adelung & Hoffmann Akt.-Brauerei Potsdam Eig. Niederlag. Berlin SW. 47 Kreuzbergstr. 21, Bran- denburg a. H., Wilhelms- dorferstraße 72. Potsdam-Stanggen- Bier-Bürgerbräu. Brauerei W. Senst A. G. Potsdam Feinste Qualitätsbiere. Georg Dabelow Potsdamer Strasse 78b. Gelegenheitskäufe Rud. Flatow, Alt-Moab. 110. Kaffee-Versand Gerold KASSEE Bei gemeinsamem Bezug Preisermäßigung Berlin, Lützowstr. 94. Verlangen Sie Preisliste.	Weine, Fruchtsäfte, Liköre E. & M. Leydicke Mansteinstr. 4 Charlottenburg Otto Gaege Mehlhl., Kolow. u. Wilmersd. Str. 81. O. Grätz Schuhw.-Lag., Rep. bill. Scharrenstr. 4. Nowawes A. Kieper Friedrichstr. 28 Damen-, Kinder-Konfektion Richter, A. Stern-Drogerie Friedrichstraße 15 Spandau Paul Gaege Mehl und Kolonialw. Breitestr. 37, Schönwalder- str. 12/14, Picheldorferstr. 12 Haus- und Küchengeräte Hermann Finck Eisenw., Schönwalderstr. 57. Alfred Bartels, Breitestr. 15 Schirne, Leder-, Drechselw. A. Markgraf, Brüderstr. 11 Eck Fingert, Leip. Str. 11, Pysnik, Steig Ad. Tarnow Goldschmiedestr. Markt 110, pag. 1852.
--	---

Haben Sie Stoff?
 Ich fertige davon Anzug od. Paletot
 nach Maß, schick, dauerh. Zutaten
 von 28 Mark an. Moritz Laband,
 Neue Promenade 8/11 (Stadtbr. Hörs.)

Heines Werke
 3 Bände 4 Mark
 Buchhandlung Vorwärts

Sie sparen Geld!
 Trotz hoher Lederpreise
billige Schuhwaren

Damen-Schnürstiefel Derby 9,85
 mit Lackkappe, moderne Form

Damen-Schnürschuh Derby 9,45
 mit Lackkappe, moderne Form

Herren-Schnürstiefel Derby 10,90
 mit Lackkappe, moderne Form

Für Konfirmanden!

Stiefel für Mädchen, moderne Form 9,75
Stiefel für Knaben, moderne Form 10,90

Billige Mädchen- und Knabenstiefel
 besonders gute, feste Qualität, in schwarz und braun.
Box calf, schwarz Derby Gr. 31-35 27-30
 gute Qualität, moderne Form 8,50 8,25

Kinderstiefel bis Größe 22 2,25
Damen-Samtpantoffel 0,88

Ferner große Posten Schuhwaren, die sich infolge der
 Reichhaltigkeit nicht alle aufführen lassen, zu **überaus**
billigen Preisen.

Für Wiederverkäufer weiteste Reise lohnend!

Schuhhaus Kuntze Nachtl.
 nur Gr. Frankfurter Str. 83
 Ecke Marsillusstraße
 Um es jedem zu ermög-
 lichen zu kommen, ver-
 güte ich jedem Käufer
20 Pf. Fahrgeld!

Benutzen Sie bitte meine 5 großen Schaufenster.

A. Jandorf & Co

Belle-Alliance-Strasse Gr. Frankfurter Strasse Brunnen-Strasse Kottbuser Damm Wilmersdorfer Strasse



Obst

Apfelsine Dtzd. **1.30, 1.50**
 Gr. Kochäpfel ... Pfund **38 Pf.**
 Essäpfel ... Pfund **45 Pf.**
 Zitronen Dutzend **60, 70 Pf.**
 Datteln ... Pfund **1.10**
 Salat ... Kopf **10, 15 Pf.**

Gemüse-Konserven

Stangenspargel $\frac{1}{2}$ Dose **1.45**
 Stangenspargel mittel $\frac{1}{2}$ Dose **1.70**
 Stangenspargel stark $\frac{1}{2}$ Dose **1.85**
 Heringe in Gelee, Dose **88 Pf.**
 Heringe in Tomaten, Dose **1.10**

Stangenspargel sehr stark $\frac{1}{2}$ Dose **1.95**
 Stangenspargel extra stark $\frac{1}{2}$ Dose **2.05**
 Riesenspargel $\frac{1}{2}$ Dose **2.10**
 Bratheringe ... Dose **1.10**
 Bismarck-Heringe Dose **1.10**

Gemüse

Rhabarber .. Bund **12, 18 Pf.**
 Grüne Gurken Stk **50, 60 Pf.**
 Kohlrüben gelbe ... Pfund **6 Pf.**
 Schwarzwurzeln Pfund **30 Pf.**
 Junger Spinat ... Pfund **38 Pf.**
 Junge Mohrrüben Bund **35 Pf.**

Radleschen
2 Bsd **25 Pf.**

Sprossen ... $\frac{1}{2}$ Pfund **55 Pf.**
 Bücklinge ... 2 Stück **25 Pf.**
 Makrelenbücklinge Stk. **35 Pf.**

Riesen-Lachshering St. **45 Pf.**
 Sardinen in Öl ... Dose **75 Pf.**
 Sardinen in Tomaten Dose **48, 85 Pf.**

Salzheringe Stück **6, 12 Pf.**

Gemischte Marmelade
leinst gefärbt, III. Sorte ... Pfund **50 Pf.**
 Rote Grütze 15 Pf.
 Saucen-Pulver 10 Pf.
 Pudding-Pulver 10, 12 Pf.
 Kunsthonig 42 Pf.
 Obermoseler 95 Pf.
 Roter Tischwein Flasche **1.25**

Einkoch-Apparat „Monopol“

(Vorratskocher) mit 6 Federn, Einsatz und Thermometer

10⁷⁵

Konservengläser

Marke	$\frac{1}{2}$	$\frac{3}{4}$	1	$1\frac{1}{2}$	2 Liter
Marke „Zukunft“	48	55	65	78	85 Pf.
Marke „Monopol“	58	63	68	85	95 Pf.
Marke „Unerreicht“	48	52	58	78	85 Pf.

Sommer-Ueberzieher

von **27 bis 65 Mk.**

Sport-Paletots von **42 bis 70 Mk.**

M. Schulmeister

Berlin SO, Dresdener Str. 4
Hochbahnstation Kottbuser Tor.

Jackett- u. Rock-Anzüge

von **25 bis 68 Mk.**

Trotz steigender Teuerung der Stoffe halte ich die billigen Preise aufrecht.

Er erscheint 2 mal wöchentlich.		Bezugsquellen-Verzeichnis.		Untenstehende Geschäfte empfehlen sich b. Einkauf.	
Alkoholle Getränke Franz Abraham Fash. Messina u. Römertrank-Kell. C. 55 Bartschstr. 1a, Fernsp. Kgr. 13706	Butter, Eier, Käse Wilhelm Göbel 25 eigene Filialen.	Brauerei Königstadt feinste Qualitätsbiere.	Cacao, Schokolade, Confitüren SAROTTI Kakao und Schokolade preiswert beliebt in jedem Haushalt.	Kolonialwaren Fritz Hübner, Schliemannstr. 11. Franz Richter, Malplaquetstr. 10/20	Nähmaschinen Bellmann, E. Golnowstr. 35 Nähmaschinen
Bade-Anstalten Neukölln Anzengruberstr. 25. Koppenstr. 92 sämtliche Bäder.	August Holtz 15 Detail-Geschäfte. Herm. Kunert, Culmstr. 29	C. Habels Brauerei hell - Habelbräu - dunkel.	Kaffee-Rösterei A. Zuntz sel. Wwe. Filialen und Niederlagen in allen Stadtteilen Nur reelle Qualitäten	Optiker, Mechaniker Groß, Paul, Warschauerstr. 66. Schubert, Carl, Köpenickerstr. 148	Meierei C. Bolle A.-G. Berlin N.W. 21 Alt Moabit 98/103 Ältester und größter Milchwirtschaftlicher Grossbetrieb
Central-Bad Anzengruberstr. 25. Koppenstr. 92	Gebrüder Manns 48 eigene Detailgeschäfte	Münchener Brauhaus Berlin und Oranienburg Trinkt Wanninger Bier!	W. Beck Inh.: Herm. Gerbsch Charlottenburg, Berlinstr. 68-69 Fleisch- und Wurstwarenfabrik	Schreibwaren O. Prochnow, Köpenickerstr. 69	Wolkereien „Schweizerhof“ Meisner und Mülchuranstalt. Emdener Str. 46. Tel. II 2505.
Diana-Bad sämtliche Bäder.	Kosmalla, E. 4 Detail-Geschäfte	Spandauerberg-Brauerei Weissbier, C. Breithaupt, Pallasstr. 97 Tel. Kgr. 2881, 2882	Finisch- u. Wurstw. Carl Jung, Stromstr. 21. Rühlmann, P. Mühlent. 40b, E. Seest	Uhren u. Goldwaren Lehmann, Alb., Frankf. Allee 49	Vericherungen „Deutschland“ Berlin Arbeiterversicherung - Schützen- Sterbekassenversicherung, Straße 2.
National-Bad Brunnenstr. 9.	Schröter, R. 43 Verkaufsstellen 43	Cigarrenfabrik JUHL 250 GESCHÄFTE	Hüte, Mützen, Pelzwaren Schoerr, Herm., Wilmersd.-Str. 46	Weine, Liköre, Fruchtsäfte Hugo Selig 60 Filialen in allen Stadtteilen.	Hakenpeter Schöneberg Hauptstr. 139.
Passage-Bad Kottbuser Damm 79.	Uhly & Wolfram Bierbrauerei, Bierbäckerei.	J. Neumann 200 Niederlagen	Vester, E. Kottbuser Damm 18/19	Herm. Meyer & Co. Act.-Ges. ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.	Mahldorf Frau A. Pagel, Kolonialwaren.
Reform-Bad Wiener Str. 65.	Brauerei Bützow empfehlen Qualitätsbiere	Timmer-Essig überall erhältlich!	Herren- u. Knabenmod. J. Baer Kadstr. 26, Ecke Prinzen-Allee.	Photogr. Apparate M. Albrecht 80, Kottbuserstr. 3. suche Gelegenheitskaf.	Meriendorf H. Wagner, Köpenick, 11, Finisch-Wurstw.
Bäcker- u. Konditoreien Fr. Friedrich, Eisenbahnstr. 21. A. Grobkinsky, Boxhagenerstr. 27.	Osw. Berliner Ur-Berliner, hell und dunkel		Lecke & Sipecki , Schick-Allee 70a	Uderberg Bohnenkaffee SEMPER IDEM anerkannt bester Bitterkaffee	Spandau Schneiders, Dresdenstr. 11, Fisch- u. Wurstw.
Oskar Hanke's Brotbäckerei 75 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins sowie in Neukölln u. Treptow gegründet 1892.					

Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Annahme.

Centrum: Albert Dahnisch, Waderstr. 174, am Koppenplatz. Geöffnet von 11-12 $\frac{1}{2}$ und von 4 $\frac{1}{2}$ -7 Uhr.
1. Wahlkreis: S. und SW: Gustav Schmidt, Varnsdorferstr. 42, an der Gneisenaustraße. Geöffnet von 11-12 $\frac{1}{2}$ und von 4 $\frac{1}{2}$ -7 Uhr.
2. Wahlkreis: Et. Fröhlich, Ringstr. 21, Hof rechts part. Geöffnet von 11-12 $\frac{1}{2}$ und von 4 $\frac{1}{2}$ -7 Uhr.
3. Wahlkreis: O. Hen: Robert Bengels, Warfstr. 36. Geöffnet von 11-12 $\frac{1}{2}$ und von 4 $\frac{1}{2}$ -7 Uhr. — Karl Reile, Petersburgerplatz 4. (Laden). Geöffnet von 11-12 $\frac{1}{2}$ und von 4 $\frac{1}{2}$ -7 Uhr.
4. Wahlkreis: S. und SW: Paul Böhm, Kaufherplatz 14/15. Geöffnet von 11-12 $\frac{1}{2}$ und von 4 $\frac{1}{2}$ -7 Uhr.
5. Wahlkreis: Leo Rucht, Himmelfahrtstr. 12 (Hof). Geöffnet von 11-12 $\frac{1}{2}$ und von 4 $\frac{1}{2}$ -7 Uhr.
6. Wahlkreis (Moabit): Selomon Joseph, Wilhelmshagenstr. 48. Geöffnet von 11-12 $\frac{1}{2}$ und von 4 $\frac{1}{2}$ -7 Uhr.
Wedding: R. Hönig, Wälderstr. 34a Ecke Ulbrichter Str., Laden. Geöffnet von 11-12 $\frac{1}{2}$ und von 4 $\frac{1}{2}$ -7 Uhr.
Prenzlauer Vorstadt: K. Wolgast, Reitzstr. 9. Geöffnet von 11-12 $\frac{1}{2}$ und von 4 $\frac{1}{2}$ -7 Uhr.
Gesundbrunnen: Fischer, Dastjanstr. 6, Laden. Geöffnet von 11-12 $\frac{1}{2}$ und von 4 $\frac{1}{2}$ -7 Uhr.
Schönhauser Vorstadt: Karl Rars, Greifenhagener Str. 22. Geöffnet von 11-12 $\frac{1}{2}$ und von 4 $\frac{1}{2}$ -7 Uhr.
Adlershof: Carl Schwarzkopf, Bismardstr. 28. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
Alt-Gliencke, Falkenberg: Wilhelm Dürre, Köpenicker Str. 6.
Baumgarten: H. Hornig, Marienthaler Str. 13, I.
Berna, Röntgenal, Zepernick, Schönau, Schönbrück und Buch: Heinrich Broje, Wälderstr. 5, Laden.
Bohnsdorf: Paul Genig, Bohnsdorf, Genossenschaftshaus-Verandee.
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Seifenheimer Str. 1. Geöffnet von 11-12 $\frac{1}{2}$ und von 4 $\frac{1}{2}$ -7 Uhr.
Eichwalde, Schmückwitz: Oscar Rable, Bismardstr. 4.
Erkner, Neu-Zittau: Gubela, Baldstr. 11.
Friedersdorf-Petershagen, Eggersdorf: Uffenwasser, Petershagen.
Friedenau, Steglitz, Südende, Groß-Lichterfelde, Lankwitz: H. Bernice, Kienstr. 5 in Steglitz. Geöffnet von 11-12 $\frac{1}{2}$ und von 4 $\frac{1}{2}$ -7 Uhr.
Friedrichshagen, Fichtenau, Rahnsdorf, Schneiche, Kl.-Schönebeck: Ernst Bertmann, Friedrichshagen, Köpenicker Straße 18.
Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal, Rudow: Wag Gönig, Warfstr. 23.
Karlshorst: Hermann Billing, Döbushofstr. 28.
Königs-Wusterhausen, Wildau, Niederlichme: Friedrich Baumann, Lindenwalder Straße 5.
Köpenick: Emil Böhler, Kiegestr. 6, Laden. Geöffnet von morgens 7 Uhr bis abends 8 Uhr.
Lichtenberg I, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: Otto Seifert, Bartenbergstraße 1 (Laden). Geöffnet von 11-12 $\frac{1}{2}$ und von 4 $\frac{1}{2}$ -7 Uhr.
Lichtenberg II, Rummelsburg, Stralau: H. Rosenfranz, Alt-Berghagen 56. Geöffnet von 11-12 $\frac{1}{2}$ und von 4 $\frac{1}{2}$ -7 Uhr.
Mahlsdorf, Kausdorf, Biesdorf: W. Heyberg, Kausdorf, Ferdinandstraße 17.
Mariendorf, Marienfelde: August Leib, Chausseestr. 29.
Neuenhagen, Hoppegarten: Bojzicowski, Dotti-straße 14.
Neukölln: R. Heinrich, Reharstr. 2, im Laden. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr; Neukölln, Brückstr. 10, Siegfriedstraße 23/29. Geöffnet von 11-12 $\frac{1}{2}$ und von 4 $\frac{1}{2}$ -7 Uhr.
Nieder-Schönebeck: Wilhelm Hrusch, Brückstr. 10, II.
Nowawes: Karl Knobner, Uffendammstr. 10.
Ober-Schönebeck: Alfred Bader, Wilhelmshagenstr. 17, Laden. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
Pankow, Niederschönhausen, Nordend, Frz.-Buchholz, Blankenburg: Rigmann, Wälderstr. 30. Geöffnet von 11-12 $\frac{1}{2}$ und von 4 $\frac{1}{2}$ -7 Uhr.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: S. Gurrich, Grootstr. 58, Laden. Geöffnet v. 11-12 $\frac{1}{2}$ u. 4 $\frac{1}{2}$ -7 Uhr.
Schenckendorf b. Königs-Wusterhausen: Carl Gantig, Dorfltr. 10.
Schöneberg: Wilhelm Bäumler, Reiminger Straße 9, im Laden. Geöffnet von 11-12 $\frac{1}{2}$ und von 4 $\frac{1}{2}$ -7 Uhr.
Spandau, Nonnendamm, Staaken, Seefeld und Falkenhagen: Schumacher, Breitestr. 64. Geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waidmannslust, Hermsdorf, Hohen-Neuendorf, Birkenwerder, Freie Scholle u. Reinickendorf-West: Paul Riehn, Borsigwalde, Rühmstraße 10. Geöffnet von 11-12 $\frac{1}{2}$ u. von 4 $\frac{1}{2}$ -7 Uhr.
Teltow: Lenjhuver, Davelstr. 2.
Tempelhof: Rob. Ströhn, Borsigstr. 62.
Treptow: Rob. Gramenz, Reiholzstraße 412, Laden. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
Weidensee, Heinersdorf: Gust. Hoytopf, Berliner Allee 11.
Wilmersdorf, Halensee, Schmargendorf: Paul Schuber, Wilhelmstraße 27.
Zeuthen, Hiersdorf: Wilh. Schulz, Zeuthen, Stettenstr. 16.
Zossen: Rönnebeck, Stubenrauchstr. 27.
 Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert. Sonntags sind die Ausgabestellen geschlossen.

Leihhaus Moritzplatz 58a

kaufen Sie von Kavaliere wenig getragene sowie im Versatz gewesene **Jackett- und Rockanzüge, Paletots, Ulster**, Serie I: 10-18 M., Serie II: 20-30 M., größtenteils aus Seide. Ferner Gelegenheitskäufe in **neuer Maßgarderobe**, enorm billig. **Riesenposten Kleider, Kostüme, Plüschmäntel**, auf Seide, jetzt nur **20-25 M.** Große Posten **Pelzstolas** in Skunks, **Marder, Nerz, Füchsen**, jetzt nur **20-75 M.** Große Auswahl in **Herren-Gehelpen**, Gelegenheitskäufe in **Damen, Reise- und Wagen-Pelzen**. Extra-Angebot in **Lombard** gewesener **Teppiche, Gardinen, Porzellan, Betten, Wäsche, Brillanten, Uhren** und **Goldwaren** zu enorm billigen Preisen. **Vorwärtsleser erhalten 10% extra.**

Brandenburgischer Provinziallandtag.

Der Brandenburgische Provinziallandtag hielt am Freitag, nachmittags seine letzte Sitzung ab, in der die Vorlage über die Versorgung der Provinz mit Elektrizität erledigt wurde.

Die Vorlage ist am vorigen Montag einer Kommission überwiesen worden, namens deren der Landrat von Niederbarnim Dr. Busch und der Oberbürgermeister von Charlottenburg Dr. Schulz Bericht erstatteten.

Auch der Stadt Berlin scheint die Konkurrenz des neuen Unternehmens für ihr eigenes Werk nicht ganz unbedenklich zu sein.

Wenn die Provinzialverwaltung den Berliner Werken auch ebenso wohlwollend gegenübersteht wie den kleineren Werken in den einzelnen Gemeinden der Provinz, so glaube man doch in dem gegenwärtigen Stadium einer Verhandlung mit Berlin nicht näher treten zu können.

Der Provinziallandtag wurde dann mit einem Hinweis darauf geschlossen, daß in dem Beginn dieses neuen großen Unternehmens sich das Vertrauen auf eine friedliche, glänzende Entwicklung kundgibt.

Aus Groß-Berlin.

Preise von Lebensmitteln in Groß-Berlin.

Die vom Statistischen Amt der Stadt Berlin allmonatlich veröffentlichte Zusammenstellung von Lebensmittelpreisen des Kleinhandels liegt jetzt aus Mitte März 1916 vor.

den einzelnen Angaben nicht mit; aus Antworten beider hat es Durchschnitt berechnet. Für die von uns ausgeführte Vergleichung der Preise aus März 1916 mit denen aus früheren Jahren ist zu beachten, daß im März der Jahre 1915 und 1914 nur die Konsumgenossenschaft befragt worden war.

Um die Mitte März 1914, 1915, 1916 wurden gezahlt (pro Pfund, wo nicht anders angegeben) in Pfennig für:

Table with 3 columns: Year (1914, 1915, 1916) and various food items like Kartoffeln, Speisekartoffeln, Mehl, Butter, etc.

Gegenüber dem März 1915 zeigen im März 1916 die Kartoffeln einen geringeren Preis — oder vielmehr sie zeigten ihn, aber heute ist auch das schon wieder vorbei.

Ausgabe von Reichskarten für Kinder.

Die Stadt Berlin gewährt allen Kindern, welche keine oder nur die halbe Butterportion erhalten, zum Ausgleich für den Monat April 1/2 Pfund Reich.

Kriegsunterstützte, welche sich durch den Unterstützungsbogen ausweisen müssen, und diejenigen, welche zum Empfang von Reichskarten berechnigte Kinder versorgen, erhalten die Karten bei der zuständigen Rotkommission.

- a) soweit die Namen der Berechtigten mit den Buchstaben A-G einschließl. beginnen, am Mittwoch, den 5. April 1916,
b) soweit sie mit den Buchstaben H-L einschli. beginnen, am Donnerstag, den 6. April 1916,
c) soweit sie mit den Buchstaben M-R einschli. beginnen, am Freitag, den 7. April 1916,
d) soweit sie mit den Buchstaben S-Z einschli. beginnen, am Sonnabend, den 8. April 1916.

Die von der Armenverwaltung Unterstützten erhalten, wie bisher, ihre Karten von den Armenkommissionen, die Empfänger von Arbeitslosenunterstützung von denjenigen Stellen, die ihnen die Unterstützung ausgeben.

Neue Petroleumkarten.

Die von der Stadt Berlin ausgegebenen Petroleumkarten der III. Periode laufen mit dem 2. kommenden Monats ab. Die neuen Karten gelangen vom Freitag, den 31. März ab, durch die Rotkommissionen zur Ausgabe.

Vorsicht vor Stoffhamstern!

Amlich wird mitgeteilt: Wie aus verschiedenen Pressenotizen hervorgeht, versuchen Händler Kleider- und andere Stoffe anzukaufen, die nicht unter die Beschlagnahme fallen.

veräußern darf, und zwar nur zu einem Verkaufspreise, der den zuletzt vor dem 1. Februar erzielten Preis nicht übersteigt.

Ein junger Kinderbeschler, der mit der Abgefeimtheit eines alten Spezialisten zu Werke ging, trieb im Norden der Stadt sein Unwesen.

Eröffnung des Personenschiffsverkehrs.

Die Dampfergesellschaft „Stern“ wird am Sonntag, 2. April, die regelmäßigen Fahrten auf dem Tegeler See nach dem Frühjahrsfahrplan aufnehmen.

Gefundene Leiche. Am 2. März d. J., nachmittags gegen 8 1/2 Uhr, wurde die Leiche einer unbekanntem Frau gegenüber Schöneberger Ufer 5,9 aus dem Landwehrkanal gelandet.

Nach nicht erkannt ist eine Frau, die vor acht Tagen zwischen der Oberbrücke und der Weidenammer Brücke als Leiche aus der Spree gelandet wurde.

Bermittelte Kinder. Seit dem 23. d. M. ist der achtjährige Richard Walter aus der Prinz-Handjery-Straße in Neukölln verschunden.

Der Botanische Garten in Dahlem ist vom 1. April ab jeden Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag von 2 bis 7 Uhr unentgeltlich für das Publikum geöffnet.

Aus den Gemeinden.

Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung.

In der Sitzung vom Mittwoch machte der Vorsteher zunächst Mitteilung von der Beschäftigung unseres zum Stadtrat gewählten Genossen Wrensd.

In geheimer Sitzung nahm die Versammlung dann noch den Bericht des Magistrats über die Versorgung der Stadt mit Nahrungsmitteln entgegen und einigte sich nach lang ausgedehnter Debatte auf folgende Resolution:

Die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung hat die Ueberzeugung gewonnen, daß seitens des Magistrats alles geschehen ist, um die Charlottenburger Bevölkerung mit den unentbehrlichsten Nahrungsmitteln zu versorgen.

Gaspreiserhöhung in Neukölln.

Nach Erledigung einiger weniger wichtiger Vorlagen erledigte die Stadtverordnetenversammlung die Stadtberatung, Rämmerer Ariart gab in großen Zügen ein Bild von der Finanzlage der Stadt, wobei er besonders auf die hohen Ausgaben hinwies.

zwischen Stadtrat Mier und unseren Genossen Thurot und Scholz stattgefunden hatte, wurde der Etat von der bürgerlichen Mehrheit angenommen.

Schweinefleischverkauf in Pankow.

Den Bemühungen der Nahrungsmittelabteilung der Gemeinde ist es gelungen, den Einwohnern Pankows den Bezug von Schweinefleisch und Fett zu ermöglichen. Die ersten 22 Schweine sind bereits geliefert und seit Mittwoch gelangt das erste Fleisch zur Ausgabe. Pankow ist zu diesem Zweck in sieben Bezirke geteilt, in denen je ein Schlächtermeister gegen Vorzeigung von besonders herausgegebenen Fleischkarten, die die Einwohner zugestellt erhalten, das Fleisch verabfolgt. Für jede Haushaltung bis zu drei Personen ist 1 Pfund Fleisch oder Fett, für größere Haushaltungen entsprechend mehr vorgelesen. Es sollen so nach und nach über 1000 Schweine zum Vertrieb gelangen. Da nicht alle Einwohner gleichzeitig bedient werden können, sind geeignete Vorkehrungen getroffen, daß nach und nach eine jede Haushaltung bedacht wird.

Weitere Buttereinschränkung in Potsdam.

Der Potsdamer Magistrat veröffentlicht eine Bekanntmachung, wonach bis auf weiteres ein Viertelpfund Butter nur gegen Abgabe von zwei Buttermarken über 250 Gramm abgegeben werden darf. Durch diese Maßregel will man eine gleichmäßigere Verteilung der Butter bezwecken.

Wahlergebnis.

Vorfiswalde-Wittenau. Bei der Gemeindevertreterwahl wurden 200 Stimmen abgegeben. Davon erhielt Genosse Kappel 168, der Wegner, Hausbesitzer Haaf, 80 Stimmen, für ungültig wurden 2 erklärt.

Soziales.

Wer hat das Arbeitsmaterial zu liefern?

Früher war es im Bekleidungs-gewerbe oft üblich, daß Heimarbeiter außer dem Nähfaden noch andere kleine Zutaten ohne besondere Vergütung zu liefern hatten. Diesem Zustand ist von der Sozialdemokratie im Reichstag oft bekämpft. Die Gewerkschaften haben in allen Tarifverträgen den Grundsatz anerkennen lassen: Der Arbeitgeber hat sämtliche Zutaten entweder selbst zu liefern oder dem Arbeiter zu vergüten. Dieser Grundsatz kommt selbstverständlich auch in den für Militärbekleidung aufgestellten Tarifen zum Ausdruck. Es ist deshalb einigermassen verwunderlich, wenn heute noch vor dem Gewerbegericht darum gestritten werden muß, ob der Arbeiter aus seiner Tasche gewisse Arbeitsmaterialien kaufen muß, ohne daß ihm der Arbeitgeber die Auslagen zurückvergütet.

Ein Milgenmacher (Heimarbeiter) hatte für die Firma Scheuer u. Herz einen Posten Militärärmeln angefertigt und dafür einen Arbeitslohn von 7,50 M. für das Duzend vereinbart. Von der Firma wurde nur das Tuch geliefert. Pappn, Stahl, Watte und Fäden mußte der Arbeiter selbst beschaffen. Da es die Firma ablehnte, dem Arbeiter die für diese Zutaten gemachten Auslagen zurückzuerstatten, so klagte er um Zahlung derselben beim Gewerbegericht. Die Firma behauptete, es sei unüblich, daß die in Rede stehenden Zutaten von den Heimarbeitern auf deren Kosten geliefert werden. Als Sachverständiger wurde der Mägenfabrikant Kückert vernommen. Er sagte, es sei allgemein üblich, daß den Heimarbeitern mit Ausnahme des Nähfadens sämtliches Material, also auch Pappn, Stahl, Fäden und Watte vom Arbeitgeber geliefert werden. Der Beklagte bemerkte hierzu, wenn das Gericht dieses Gutachten seinem Urteil zu Grunde legen sollte, so würde das eine vollständige Umwälzung des Betriebes der klagenden Firma bedeuten, die über 100 Heimarbeiter beschäftigen und seinem die Zutaten besonders vergütet, da sie es für selbstverständlich halte, daß der Preis der Zutaten im Arbeitslohn inbegriffen sei. — Daß eine Vereinbarung in diesem Sinne mit dem Kläger getroffen worden sei, konnte der Beklagte allerdings nicht behaupten, so daß also die Angabe des Klägers, der vereinbarte Preis von 7,50 Mark pro Duzend sei nur der Arbeitslohn, nicht widerlegt war. Nach dem Gutachten des Sachverständigen stand fest, daß die klagende Firma dem Arbeiter die für Zutaten gemachten Auslagen zu erstatten hatte. Fraglich blieb nur noch die Höhe derselben. Der Kläger hatte die Zutaten für das Duzend Milgen auf etwas über 1 M. berechnet und war so zu einer Gesamtforderung von rund 50 M. gekommen. Der Konfessionär der klagenden Firma behauptete dagegen, der Wert der Zutaten betrage nur 60 Pf. pro Duzend. — Schließlich verglichen sich die Parteien dahin, daß der Beklagte dem Kläger 25 M. zahlte.

Ein nicht zu empfehlender Arbeitgeber.

Seit vielen Wochen findet man fast auf jedem Terminzettel der Kammer 1 des Gewerbegerichts den Namen des Schneidemeisters Peter Köchel, Jennstr. 33, als Beklagten verzeichnet. Herr Köchel selbst hat man aber noch nie auf dem Gewerbegericht gesehen. Ebenfalls einen Vertreter seiner Person, Gester war Köchel wieder in drei Fällen verklagt. Er blieb ebenso unsichtbar wie in allen früheren Fällen. Der Gang des Verfahrens ist immer derselbe: Gefragt wird von Arbeiterinnen, die ihren verdienten Lohn nicht bekommen haben. Da Köchel nicht erscheint, wird ein Veräumnisurteil erlassen. Köchel hat noch nie Einspruch gegen ein Veräumnisurteil erhoben. Man darf also annehmen, daß er sich im Unrecht fühlt. Ob eine Klägerin mit dem Veräumnisurteil in Händen schon jemals ihr Geld von Köchel bekommen hat, ist uns nicht bekannt. Wahrscheinlich ist es aber nicht. Denn sonst würden sich doch die Klagen gegen Köchel nicht Woche für Woche wiederholen. Nach alledem halten die Richter der Kammer 1 die Geschäftspraxis Köchels gegenüber den Arbeiterinnen für so bedenklich, daß sie sich mit dem Gedanken tragen, die Polizei auf Peter Köchel aufmerksam zu machen.

Der selbsttätige Ablauf der Lehrzeit.

Als Warnung für die Eltern und Vormünder, die ihre Pflegebefohlenen in die Lehre geben, kann folgender Rechtsfall dienen, der die 5. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts beschäftigt.

Die Butterfirma Wallentin hatte am 1. März vorigen Jahres ein Lehrlingsmädchen Gertrud St. mit einjähriger Lehrzeit angenommen. Bei der Einstellung hatte der Geschäftsinhaber zur Schwester des Lehrlingsmädchens geäußert, falls sie nicht zu einander passen sollten, könnte jeder Teil die Lehrzeitung 14 Tage vorher kündigen. Als nun am 1. März d. J. die Lehrzeit abgelaufen schickte der Prinzipal das junge Mädchen, ohne ihm vorher auch nur eine Andeutung über seine Absichten geäußert zu haben, einfach nach Hause. Hätte der Chef dem Lehrlingsmädchen auch nur ein paar Tage früher gesagt, er wolle sie nicht weiter behalten, dann hätte es sich noch zum 1. März eine andere Stellung besorgen können. So lag es am ersten auf der Straße und ist auch noch bis heute Stellunglos.

Das Kaufmannsgericht fand leider keine rechtliche Handhabe gegen das unsoziale Verhalten der klagenden Butterhandlung einzuschreiten. Mangels ausdrücklicher Vereinbarung ließ nach Ansicht des Gerichts am 1. März die Lehrzeit selbstständig ab. — Die meisten Arbeitgeber pflegen ausgetretene Lehrlinge entweder zu behalten oder ihnen mindestens einen Monat vorher davon Kenntnis zu geben, daß sie den Betreffenden nicht als Gehilfen einzustellen gedenken. Um derartigen unvorhergesehenen Fällen vorzubeugen, tun Eltern gut, im Lehrvertrage gleich zu vereinbaren, daß, wenn von keiner

Seite eine Kündigung erfolgt, das Lehrverhältnis als in ein Dienstverhältnis mit bestimmtem Gehalt umgewandelt gelten solle.

Kündigungstermin und Sechswöchengehalt im Krankheitsfall.

Der § 63 des Handelsgesetzbuches verpflichtet den Arbeitgeber bekanntlich nur zur Zahlung des Gehalts im Erkrankungsfalle des Handlungsgehilfen bis zur Höchstdauer von sechs Wochen. Vor der 2. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts kam die Rechtsfrage zur Beurteilung, ob die Sechswochenfrist durch eine während der Krankheit zu einem späteren Termin erfolgte Kündigung aufgehoben wird.

Eine Kassiererin erkrankte Anfang Januar und erschien auch bei Ablauf dieses Monats noch nicht zur Arbeit. Der klagende Prinzipal, der Kaufmann D., sandte ihr am 31. Januar die Kündigung zum Ablauf Februar ins Haus. Die Kassiererin, die noch jetzt krank ist, verlangte ihr Gehalt bis Ende Februar, während ihr der Chef nur das Gehalt bis zum 15. Februar, dem Tage des Sechswochenablaufs, zur Verfügung stellte. Die Klägerin vertritt vor dem Kaufmannsgericht die Auffassung, daß, wenn ihr der Prinzipal zum Ablauf Februar kündige, er ihr auch bis dahin Gehalt zahlen müsse. — Das Kaufmannsgericht vermochte nach dem Gesetz der Angestellten darin nicht zu folgen, es wies sie vielmehr mit ihrem über 6 Wochen hinausgehenden Anspruch ab. Wenn Beklagter zum Ende Februar die Kündigung aussprach, so geschah das für den Fall, daß Klägerin zwischen dem 1. und 15. Februar wieder ihre Stellung antrete. Zu mehr als 6 Wochen Gehaltszahlung im Erkrankungsfalle sei der Arbeitgeber in keinem Falle verpflichtet.

Gerichtszeitung.

Der Leihhausprozeß.

In dem Prozeß gegen die ehemaligen Direktoren des Preussischen Leihhauses ist die Verhandlung gestern an einem bemerkenswerten Wendepunkt angelangt.

Es wurde die Frage erörtert, ob nicht eine ganze Reihe von Hypothekengeschäften ohne weiteres aus dem Grunde ausser Acht gelassen werden könnten, weil die Verzinsung eingetretten ist. Das Ergebnis dieser Erörterungen war, daß von 18 zur Anlage gestellten Hypotheken sofort 6 ausgeschlossen wurden, so daß nur noch 12 verbleiben. In bezug auf diese wurde im Anschluß an die von den Rechtsanwältin Dr. Wendig, Dr. Alke und Dr. Grohmann gemeinsam formulierten Weisungsanträge vom Vorsitzenden Landger. Dr. Veder folgender Gerichtsbeschluss verkündet. Die Verhandlung wird wegen der den Angeklagten zur Last gelegten Untreue in bezug auf die Hypothekensache auf unbestimmte Zeit vertagt, weil dies mit Rücksicht auf die erforderliche Ergänzung der Anlage und die Vorbereitung der Verteidigung angemessen erscheint. Insbesondere bedarf die Anlage einer weiteren Vorbereitung in der Richtung, in wie weit eine Deckung des Leihhauses zur Zeit der Vornahme der einzelnen Geschäfte durch die speziell verpfändeten oder allgemein hinterlegten Werte bestanden hat, sowie eine Erörterung darüber, welchen Gegenwert das Leihhaus in den einzelnen Fällen zur Verfügung hatte, welche Tages den Angeklagten vor Abschluß der Geschäfte vorlagen und welche Angaben ihnen von den Beteiligten, insbesondere von Schiffmann gemacht worden sind. In dem nunmehr wesentlich eingeschränkten Rahmen wird die Verhandlung über die übrigen Punkte der Anlage am Montag fortgesetzt werden.

Zufassung an Gefangene.

Am 25. August 1915 erließ der Oberkommandant in den Marken eine Verordnung dahin: Wer an Kriegsgefangene unbefugte Alkohol und andere Genussmittel verabfolgt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Wegen Verstoßes gegen diese Verordnung hatte sich gestern der Gasanstaltsarbeiter Otto Lehmann vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zu verantworten.

Der Angeklagte war in einer der städtischen Gasanstalten tätig, wo auch zahlreiche Kriegsgefangene arbeiten. Eine von ihm verlassene Kiste hatte, um sich an ihm zu rächen, zur Anzeige gebracht, daß er den arbeitenden Kriegsgefangenen Branntwein und Bier zustekte und dafür von diesen reichlich bezahlt werde. Die angestellten Ermittlungen ergaben die Richtigkeit dieser Behauptung. Der Angeklagte erklärte vor Gericht, daß er sich zu diesen geheimen Lieferungen nur aus Mitleid mit den betreffenden Kriegsgefangenen verstanden habe, die mit Rücksicht auf die große Hitze, in der man bei den Gasanstalten arbeiten müsse, ihn wiederholt und dringend um solche Zuwendungen gebeten hätten. Seine Versicherung, daß er bei diesem verbotenen Handel nichts verdient habe, glaubte ihm das Schöffengericht angesichts seiner Vorstrafen nicht; es verurteilte den Angeklagten zu vier Wochen Gefängnis.

Aus aller Welt.

Wie einst im Mai.

In der Zeit des großen Umlernens verlor es sich schon, hin und wieder auch auf jene Kreise hinzuweisen, die es nicht nötig zu haben glauben, ihren Kampf gegen die Arbeiterklasse, gegen die sozialdemokratische Partei nunmehr aufzugeben. Rast einmal die kleinliche und gehässige Art der Verleumdung, die sie immer gegen unsere Anhänger ausgeübt haben, geben sie auf, selbst dort nicht, wo man den Stein des Anstoßes aus dem Wege zu räumen bereit ist.

Charakteristisch für das Festhalten an der alten Kampfart ist ein Vorgang, über den die „Vergarbeiter-Zeitung“ berichtet. Am 29. Februar verunglückte bei einer Explosion auf der Deutschlandgrube in Schwientochlowitz der Bergmann Johann Pajont. Nach vierzehntägigen Qualen verstarb er im Knappschaftsjazarett in Königshütte. Am 17. März fand die Beerdigung statt. Diese sollte aber nicht ohne Aufregung vor sich gehen, dafür sorgte schon ein katholischer Geistlicher. Der Verstorbene war zu Lebzeiten eifrig für die Arbeiterbewegung tätig gewesen und hat für seine Ueberzeugung schwere persönliche Opfer gebracht. Unter anderem bekleidete er auch den Posten eines Vorsitzenden im sozialdemokratischen Wahlverein Reudorf. Zu seiner Beerdigung hatte sich daher außer anderem zahlreichen Leihengesele auch die Leitung der Parteioffiziere eingefunden. „Es sei gleich vorweg gesagt“, bemerkt die „Vergarbeiter-Zeitung“, daß die Kränze einwandfrei und nicht mit roten Schleifen versehen waren, auch keine verletzenden Inschriften trugen. Der Kranz der Parteioffiziere trug nur folgende Inschrift: „Die letzten Grüße. Gewidmet vom Sozialdemokratischen Verein Reudorf.“ Dennoch wurden die Kränze von dem katholischen Geistlichen einer scharfen Zensur unterzogen, und als er die obige Inschrift gelesen hatte, sagte er mit vor Aufregung bebender Stimme: „Wenn dieser Kranz im Leihengesele mitgeführt wird, gehe ich nicht mit. Eins von beiden kann es nur geben.“ Trotzdem man den Herrn daran erinnerte, daß durch sein Verhalten die sechs Kinder des Verstorbenen, die vor einigen Jahren auch die Mutter durch den Tod verloren hatten, in dieser schweren Stunde noch gefoltert würden, trotzdem man darauf hinwies, daß auch Sozialdemokraten im Felde bluten und sterben müßten, und trotzdem man auch auf das Wort des Kaisers verwies: „Ich kenne keine Parteien mehr“; der Geistliche ließ sich auf nichts ein, ging über eine Stunde im Lazarettpark spazieren und ließ die erregte Trauer-

versammlung warten. Erst als ein herbeigerufener Polizeibeamter erschien und am den Kränzen nichts Anstößiges fand, bequemtete sich der Pfarrer, seines Amtes zu walten. (2)

Brand in einem Lazarett. Wie aus Freiburg (Breisgau) gemeldet wird, brach im Dachstuhl des Oberrealgymnasiums, das zurzeit als Reservelazarett dient, nachts Feuer aus, das sich auf den ganzen Dachstuhl ausdehnte und den dritten Stock teilweise beschädigte. Die Verwundeten wurden vorläufig in der neuen Universitäts- und im Parkhotel untergebracht, verletzt wurde niemand. Die Entstehungsurache ist bisher nicht aufgeklärt.

Schweres Straßenbahnunglück in Wien. In Wien stießen am Freitag zwei Straßenbahnzüge in voller Fahrt zusammen. Da die Züge voll besetzt waren, wurden zahlreiche Personen verletzt. Man spricht von fünfzig Verletzten, unter denen sich einige Schwerverletzte befinden sollen. Bisher wurde kein Todesopfer gemeldet. Der Motorführer, dem die Schuld an dem Unglück beigemessen wird, konnte noch nicht vernommen werden, da er sich unter den Verletzten befindet.

In einer Sandgrube verschüttet wurden bei Debra drei Schulknaben. Der eine von ihnen wurde getötet, während die beiden anderen schwere Verletzungen erlitten.

Das Urteil im Morbrogel Thies. Am Donnerstag gegen Mitternacht wurde das Urteil gegen die beiden Angeklagten Olga Kallies und Otto Thies gefällt. Olga Kallies wurde der Beihilfe zur Ermordung der Frau Thies schuldig befunden und zu sechs Jahren Zuchthaus sowie sechs Jahren Ehrverlust verurteilt. — Der Angeklagte Otto Thies wurde von der Anklage der Vergewaltigung freigesprochen und sofort aus der Haft entlassen. Die Angeklagte Kallies brach bei Verkündung des Urteils betäubt zusammen.

Parteiveranstaltungen.

Sohnsdorf. Den Teilnehmern an der Jugendweife in Adlershof zur Radfahrt, daß die Sohnsdorfer Genossen 1/2 Uhr vom Bahnhof Grünau abfahren. Der Eintritt zu der Jugendweife ist frei.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 2. April 1916, vormittags 9 Uhr, Doppel-Gottesdienst: 1. Reue, 2. Ideal-Vorlesung; 11 Uhr, kleine Frankfurter Straße 6: Vortrag des Herrn Wilhelm Bölsche: „Die Erfindung des Bergwerks bei Mensch und Tier“.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 27. Heft vom 1. Band des 24. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Hundertmarkstein in Mitteleuropa. — Der rote Faden der preussischen Geschichte. Von J. Wehring. (Historie und Schluß.) — Reue: Die von der Seelenkultur. Von Otto Adler. — Literarische Rundschau: Dr. D. Straß. Die Besteuerung der Kriegsgewinne. Von A. Dohstich. Rudolf Guden. Die Träger des deutschen Idealismus. Von C. Koller.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist soeben Nr. 14 des 26. Jahrganges eingegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Zum Gemeindefortschritt hin! Von Kathilde Karm. — Die Erwerbslosenfürsorge in der Textilindustrie. Von Hermann Jädel. (Schluß.) — Zur Richtighaltung. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Gemeindefortschritt. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F. — Reue: Für den Frieden. — Frauenstimme: — Arbeitslosigkeit der weiblichen Erwerbsfähigen. — Soziale Fürsorge. — Frauenarbeit.

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 7. Nummer des 33. Jahrganges erschienen, die ein gutes Bild des verstorbenen Reichstagsabgeordneten August Kühn bringt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Erbschaftsliste findet für Abonnenten Einband. S. IV. Bei rechtlich. part. am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 10 bis 12 Uhr. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anträge ist ein Quittung und eine Zahl als Verzeichnis beizufügen. Briefkasten ohne Quittung wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsauskunft beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Erbschaftsliste vor. Beiträge, Sachstücke und dergleichen bringt man in die Erbschaftsliste mit.

E. W. 1. Der Brief kann sich an den Wirtschaftsgenossen für die Mitgliedschaft schuldig halten. 2. Für die Kündigung im Todesfall kommen zunächst die Bestimmungen des Vertrages in Anwendung. Sehen Sie den Vertrag genau durch. Wahrscheinlich haben Sie im Todesfall die Berechtigung, spätestens zum 1. Oktober zu kündigen. 3. Entbindung vom Vertrage findet unter den vorher genannten Bedingungen statt. — Reue. Gegen diese Anordnung des Kompagnieführers läßt sich nichts unternehmen. — W. 9. Da Sie aus dem Militärverhältnis wahrscheinlich entlassen sind und Ihre Rente bereits festgesetzt ist, ferner die Heilbehandlung nicht durch die Militärbehörde, sondern durch die Landesversicherungsanstalt erfolgt, so hat Ihre Frau keinen Anspruch mehr auf Unterbringung. — Robl. 2. 1. Nein, die Firma kann in diesem Falle weder zur Zahlung des Jahresgelbes noch der veräumten Zeit verpflichtet werden. Sie müssen von der Militärbehörde Zurücksetzung des Jahresgelbes und Lösung für die veräumten Tage fordern. 2. Bedenken Sie sich mit einer Beschwerde an das Militärtribunal des Magistrats, Klosterstraße 67. — E. W. 18

7. M. 100. Sie müssen zunächst vom zuständigen Armenvorsteher ein Armenattest beantragen und unter Einreichung dieses Attestes beim zuständigen Gericht die Beordnung eines Rechtsanwalts beantragen. — Bertha 13. Da Sie den Kaufvertrag unterschrieben haben, kann die Klage gegen Sie anhängig gemacht werden. Wir würden Ihnen raten, sich mit der Firma zu einigen. Sollte Ihnen eine Klage angelieft werden, so können Sie mit dieser zu uns in die Erbschaftsliste. — Alter Abonnent.

Januar 13. Wir halten eine Befragung Ihrer selbst sowohl als auch Ihrer Ehefrau für vollständig unmöglich. Es handelt sich dabei jedenfalls um ein falsches Gerücht. — G. 16. Die Ziffer bedeutet: Ueberzahl von Jinnern. — V. M. Bethanica. 1. Die Zahlung der kassierten Jahresrenten ist davon abhängig, daß der Vermordete nur noch zu 33 1/2 % erwerbsfähig erachtet wird. 2. Wir empfehlen Ihnen, den Antrag auf Invaliden- bezw. Krankenrente sofort beim Versicherungsamt in Berlin, Klosterstr. 67, unter Vorlegung Ihrer Anrechnungsbescheinigungen, der Anwaltskarte und einer Bescheinigung des Lazarettarztes einzureichen. Die Rente wird Ihnen von der 27. Woche der Krankheit an gezahlt. 3. Sämtliche Anrechnungsbescheinigungen müssen beigelegt werden. 4. Unter 2. bereits angegeben. — W. S. 836. 1. und 2. Nein. — W. 3. 50. Die Stadt Berlin hat noch keine Wahlkreise eingerichtet. Eine hierzu bestimmte Abstimmungsliste eines Rentiers Reddhan sieht einzuweisen erst auf dem Papier. Wegen Aufnahme des Kindes in eine Heimbildung der Stadt hätten Sie sich mit Argutaten an das Heimstättenamt zu wenden. Kostlose Attestformulare gibt es im Aufnahmeamt, Stralauer Str. 44/45. Beste Auskunft über eine zweifelhafte Frageunterbringung kann wohl der Schularzt selber erteilen. Ihm ist ja der Zustand des Kindes bekannt. — G. S. 100. Ist enthalten in der Nummer 206 unseres Blattes. Einzelnen bei Ihrem Spektier.

Scharfes Gd im Felde. Brief erhalten. — A. 3. 32. Die Begründung kann nur kriegsverwendungsfähig sein. — W. D. 16. Die Wartezeit von 10 Monaten ist auch in diesem Falle vorgeschrieben; Sie könnten aber Befreiung von der Wartezeit beantragen. — Reue 119. Die Anwartschaft auf Rente besteht bei Ihnen noch. Stellen Sie einen Antrag auf Gewährung der Invalidenrente. — 2123. Fr. R. Unseres Erachtens ist das Ausstellen der Janardarbe auch jetzt noch verboten. — A. 2. 3. 1. Wenn es sich bei der Kündigung der Sachen um Eigentum eines Kriegsteilnehmers handelt, so kann der Sache nicht veräußert werden, solange der Schuldner noch beim Heere steht. 2. Die Strafen sind gelöscht, und zwar ohne besonderen Antrag Ihrerseits, wenn seit 1906 Bestrafung nicht mehr erfolgt ist. — A. M. 140. Sie müssen sich beim Bezirksheimbesuch melden. — G. S. 36. Sie brauchen sich nicht zu melden. — Sabor 11. Ja. Stellen Sie einen Antrag beim Versicherungsamt, Klosterstraße 67. — A. 2. 3. Dafür ist keine bestimmte Frist vorgeschrieben. Sie müssen durch ein Gelde an den Justizminister Befreiung vom Eheverbot beantragen. — A. G. 2. S. Etwa 200 Mark. — A. 3. 34. Sie sind zur Herausgabe der Stühle verpflichtet und können Ersatz dafür nur vom Verkäufer verlangen. — E. Br. 4. Bringen Sie das Kind eventuell in Pflege und lassen Sie dem Vormund des Kindes mit, daß der Vater seiner Unterhaltspflicht nicht mehr nachkommt.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittags. Im Rügengebiete vielwolbig und stellenweise etwas Regen; im Binnenlande trocken und ziemlich heiter, am Tage überaus mild, in der Nacht zu Sonntag im Süden leichter Frost.

Stets lohnende Gelegenheitskäufe in Schuhwaren

finden Sie bei uns. Wir liefern trotz der grossen Teuerungen Ihnen zu billigen Preisen beste Qualitäten und ist jedes Paar gediegen ausgearbeitet.

Dam.-Spangenschuhe 7⁵⁰
mit hohen und flachen Absätzen

Dam.-Schnürschuhe 8⁹⁵
mit Derby und Lackkappe

Einsegnungs - Stiefel 10³⁵
für Mädchen, elegante Form

Herren-Stiefel 9⁸⁵
mit Lackkappe und Derby

Kinder-Stiefel | Leinen-Schuhe
bequeme Naturformen | weiss, in allen Grössen

Neuheiten in
Halbschuhen u. Stiefel
in farbigen Ledern in grösster Auswahl

F. Potolowsky Nachf.

Gr. Frankfurter Str. 141 **Osten** Ecke Fruchtstrasse
Fernruf Alexander 4381 Fernr. Alexander 4381

Zum Umzug

bringen wir in großer Auswahl
sehr preiswert

Gardinen,
Vorhänge, Bettdecken,
Teppiche, Läuferstoffe, Tischdecken,
Plüschdecken, Ruhebettdecken,
Wachstuche, Linoleum,
Vorhangstoffe usw.

Sorgfältige Bettfedern-Reinigung
in elektrischer,
allen Anforderungen der Neuzeit entsprechenden Maschine.

Preiswerte
Frühjahrs-Neuheiten
in
Kleiderstoffen,
Damen- u. Kinder-Konfektion
R. u. S. MOSES

Reinickendorfer Strasse 9-10
Rabatt- od. Konsum-Marken od. 5% in bar.

**Die Versorgung der
Kriegsteilnehmer**
ihrer Angehörigen und
ihrer Hinterbliebenen
Bearbeitet v. Paul Sirsch,
Landtagsabgeordneter
Preis 30 Pf.

Ein unentbehrlicher Ratgeber
für Kriegsteilnehmer u. deren
Hinterbliebene.

Inhalt: Fürsorge für die Familien
der Kriegsteilnehmer. Die Ver-
sorgung der Mannschaften. Kriegs-
versorgung. Invalidenversicherung
von Kriegsteilnehmern und deren
Hinterbliebenen.

**Buchhandlung
Vorwärts**
Berlin SW. 68, Lindenstr. 3



**Kreuz und quer
durch den Balkan**

Eine Reisebeschreibung von
Ludwig Leffler — Mit Zeich-
nungen v. H. Schütze-Schur

Gebunden Mk. 1,50

Buchhandlung Vorwärts
Berlin, Lindenstraße 3, Laden

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Osten

Druckzeit wöchentlich einmal. Untereinander Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen.

**Bäcker- und
Konditoreien**

Bäckerei Nordstern
Inh. Gust. Müller
Filtalen in Siedr. Osten u. Umgebung

Kaffee-Versand

**Gerold
Kaffee**

Bei gemeinsamem Bezug
Preismässigung
Berlin, Lützowstr. 94.
Verlangen Sie Preisliste.

Butter, Eier, Käse
P. H. Ackermann, 8 Filtalen

Mehlhandlung
Joh. Pleisch Königsberger
Straße 26-27

Molkereien
Jul. Göthling Lichtenberg
Freskostr. 24

Photograph. Ateliers
Haynn, Frankfurt. Allee 99
geg. Ringbuh. Frank. Allee

Wenzel
Joh. O. Zwick, Andreas-
str. 28 u. Andreasplatz

Warenhäuser
Hamburger Warenhaus Max Fleming
Alte Strasse 11, Verw.-Lsg. erb. 5°.
Zahn-Atelier Wohlfeil
Neue Königstr. 40 (am Alexanderpl.)

Zu allerbilligsten Tagespreisen empfehle in allen
meinen Verkaufsstellen

**Butter, Eier, Käse
Marmeladen**
und andere Nahrungsmittel
in besten Qualitäten.

**J. F. Assmann
Butter-Großhandlung.**

35 Verkaufsstellen in Groß-Berlin.

Führer
durch das preussische
Einkommensteuergesetz

Mit 19 Formularen für Eingaben und
Reklamationen, sowie einem aus-
führlichen Sachregister

Preis 40 Pf.

Zu haben in allen
Vorwärts-Ausgabestellen und
in der **Buchhandlung Vorwärts**
Berlin SW., Lindenstraße 3

Reuters Werke

3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Möbel auf Kredit

Spezialität:

1- und 2-Zimmer-Einrichtungen
Farbige Küchen und Polsterwaren
Einzelne Möbelstücke
Anzahlung schon
von 5 Mark an.
F. & H. Schmidt, Petersburger Str. 23,
erste Etage.

Inserat mitbringen! Wert 5 M.

DRUCK ARBEITEN

in guter Ausführung liefert
VORWÄRTS
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt
Berlin SW. 68 · Lindenstrasse 3

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Lindenstr. 3

Es lebe der Frieden!

Von Ph. Scheidemann, M. d. R.
Preis 75 Pf. Vereinsausgabe 40 Pf.
Aus dem Inhalt: Unsere Friedensarbeit
im Reiche — Internationale Friedens-
arbeit — Ist der Krieg ein anderer
geworden? — Unsere Friedensinter-
pellation — Das Verhalten der feindlichen
Regierungen: Russlands, Englands,
Frankreichs und Belgiens — Wie also
steht es in Wirklichkeit? — Aussprechen,
was ist! — Und am Schlusse gibt der Ver-
fasser klare Richtlinien: Wann dem
Kriege ein Ende gemacht wird und
wie wir zu einem dauerhaften
Frieden gelangen.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Lindenstr. 3

Die Bestrebungen
für eine wirtschaftliche Annäherung
Deutschlands und Oesterreich-Ungarns

Preis 1 Mark

Protokoll der Verhandlungen, die am 9. Januar 1916 zwischen
der sozialdemokratischen Fraktion des deutschen Reichstages, dem
sozialdemokratischen Parteivorstand und Parteiausschuss, der
Generalkommission und den Vorständen der deutschen Gewerks-
schaften, einer Vertretung des Zentralverbandes deutscher Konsum-
vereine und einer Vertretung der sozialdemokratischen Partei
Oesterreichs und der österreichischen Gewerkschaften in Berlin
über die wirtschaftliche Annäherung Deutschlands
und Oesterreich-Ungarns stattfanden.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16,
Engel-Afcr 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von
G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.
Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
Amt Moritzpl. 3014.

Wilhelm Stein

Chausseestr. 70-71

BERLIN N

Chausseestr. 70-71

Preiswerte Umzugs-Artikel

Wirtschafts-Artikel

Washwannen Zink mit Holzboden ..	5 ⁹⁵ 6 ⁷⁵ 7 ⁵⁰
Washwannen Zink mit Holzboden und Ventil ..	8 ⁹⁵ 11 ²⁵ 12 ²⁵
Zinkzuber mit Holzboden ..	9 ⁷⁵ 13 ⁵⁰
Wirtschaftswagen ..	2 ⁷⁵ 3 ²⁵ 4 ⁷⁵
Messerputzmaschinen ..	4 ⁹⁵ 8 ⁵⁰
Reibmaschinen ..	1 ⁹⁵ 2 ⁴⁵ 3 ⁴⁵
Fleischhackmaschinen ..	4 ²⁵ 5 ²⁵ 7 ²⁵
Brot Schneidemaschinen ..	3 ⁹⁵ 7 ⁵⁰
Briefkasten ..	55, 68, 98 Pl.
Kartoffelpressen ..	98 Pl. 1 ⁴⁵
Leitungsschoner bunt ..	98 Pl.
Behälter f. Sand, Seife, Soda 3teilig ..	1 ²⁵
Behälter f. Sand und Soda 2teilig ..	55 Pl.
Kaffeemühlen prima Mahlwerk ..	2 ⁶⁵ 2 ⁹⁵ 3 ³⁵
Giesskannen lackiert ..	75, 90, 98 Pl.
2 vernick. Gasplättchen mit Erhitzer ..	6 ²⁵
Isolierflaschen ½ Liter Inhalt ..	2 ²⁵ 2 ⁵⁰
Spirituskocher ..	48, 68, 98 Pl.
Essbestecke vernickelt, Paar ..	38, 68 Pl.
Essbestecke mit schwarzem Heft, Paar ..	38, 68 Pl.
Zugeinrichtungen verstellbar ..	48, 60, 75 Pl.
Scheibenstangen verstellbar, mit Haken, Paar ..	15, 20, 25 Pl.
Strahlenregler Stück ..	10, 12, 15 Pl.

Emaile

Schmortöpfe ohne Ring, St.	68, 98 Pl. 1 ²⁵ 1 ⁴⁵
Schmortöpfe mit Ring, St.	75, 98 Pl. 1 ²⁵ 1 ⁴⁵
Kasserollen ohne Ring . Stück	55, 68, 98 Pl.
Kasserollen mit Ring .. Stück	68, 98 Pl. 1 ²⁵
Schüsseln flach .. Stück	45, 55, 68 Pl.
Schüsseln tief .. Stück	68, 85 Pl. 1 ²⁵
Behälter für Sand, Seife, Soda ..	1 ²⁵
Behälter für Sand, Seife, Soda (Delft) ..	1 ⁴⁵
Gaskessel ..	1 ⁴⁵
Behälter für Zwiebel oder Semmel ..	45 Pl.
Brotbüchsen ganz emailliert ..	3 ⁹⁵ 4 ⁷⁵
Brotbüchsen ganz emailliert, bemalt ..	6 ²⁵ 6 ⁹⁵

Wirtschafts-Artikel

Rosshaarbesen ..	Stück 1 ⁴⁵ 2 ²⁵ 2 ⁵⁰
Rosshaarhandfeger ..	Stück 98 Pl. 1 ²⁵ 1 ⁴⁵
Borstenbesen ..	Stück 68, 95 Pl. 1 ²⁵
Borstenhandfeger ..	Stück 45, 55, 68 Pl.
Staubwedel ..	Stück 48, 65, 85 Pl.
Kleiderbürsten ..	Stück 48, 63, 98 Pl.
Kopfbürsten ..	Stück 65, 85, 98 Pl.
Blankbürsten ..	Stück 48, 65, 75 Pl.
Auftragbürsten ..	Stück 10, 13, 15 Pl.
Handtuchhalter ..	Stück 1 ²⁵ 2 ⁹⁵ 3 ²⁵
Waschbretter ..	Stück 98 Pl. 1 ²⁵ 1 ⁴⁵
Besteckkasten ..	Stück 48, 60, 98 Pl.
Gewürz-Etagere ..	Stück 68, 98 Pl. 1 ³⁵
Putz- und Wischkasten ..	Stück 38, 48, 55 Pl.
Eierschränke ..	Stück 48, 68 Pl. 1 ⁵⁰
Fussbänke ..	Stück 48, 68 Pl. 1 ²⁵
Klosettpapierhalter ..	Stück 48, 68, 98 Pl.
Wäschetrockner ..	Stück 1 ²⁵
Kohlenschränke ..	Stück 6 ⁷⁵ 8 ⁷⁵
Putzschränke ..	Stück 2 ⁷⁵ 3 ⁷⁵ 4 ⁹⁵
Stiefelschränke ..	Stück 8 ²⁵ 13 ²⁵ 14 ⁹⁵
Tablets mit bunter Einlage ..	Stück 1 ²⁵ 1 ⁷⁵ 2 ⁵⁰
Fleischbretter ..	Stück 38, 48, 65 Pl.
Küchenspiegel ..	Stück 48, 98 Pl.

Randkessel verzinkt, Ersatz für Kupferkessel in allen Grössen

Sämtliche **Kleisen-Artikel** für den Umzug

Marktfaschen Schill, mit Ledergriffen bl. 1⁷⁵ 1⁹⁵ 2²⁵

Sämtliche **Artikel** für den Schulbedarf

Gardinen ♦ Teppiche ♦ Möbelstoffe

Tüll-Gardinen weiss und creme ..	95, 85, 60, 55 Pl.	Leinen-Garnituren 2 Schals, 1 Querbehang, mit reicher Applikation.	13 ⁵⁰ 10 ⁷⁵
Tüll-Gardinen Fenster 2 Schals ..	5 ⁷⁵ 3 ⁷⁵ 2 ⁵⁰	Leinen-Garnituren 2 Schals, 1 Querbehang, mit reicher Applikation.	8 ⁷⁵ 6 ⁵⁰
Tüll-Künstlergardinen 2 Schals 1 Querbehang ..	9 ⁵⁰ 7 ⁷⁵ 5 ²⁵	Leinen-Tischdecken ..	9 ⁵⁰ 7 ⁵⁰ 5 ²⁵
Madras-Garnituren 2 Schals 1 Querbehang ..	16 ⁰⁰ 12 ⁰⁰ 7 ⁰⁰	Diwanddecken in grosser Auswahl ..	14 ⁷⁵ 12 ⁵⁰ 8 ⁷⁵
Tüll-Bettdecken für 1 Bett, mit und ohne Volant ..	7 ⁷⁵ 5 ⁵⁰ 3 ⁷⁵ 1 ⁸⁵	Plüschdecken in allen Farben ..	19 ⁷⁵ 26 ⁰⁰
Tüll-Bettdecken für 2 Betten mit und ohne Volant ..	14 ⁷⁵ 10 ⁵⁰ 7 ⁵⁰	Bettvorleger in grosser Auswahl ..	3 ⁷⁵ 2 ⁴⁵ 1 ⁹⁵

Preiswerte Teppiche mit kleinen, fast unsichtbaren Fehlern in verschiedenen Grössen und Mustern

Damen-Konfektion und Putz

Bluse aus blau u. schwarz-weiss-gestreiften Zephrstoffen netto Macharten ..	2 ²⁵	Röcke aus karierten u. gestreiften Wollstoffen, moderne Formen ..	5 ⁹⁵ 4 ⁵⁰	Sportjacken aus sehr guten Stoffen, nette, moderne Macharten ..	8 ⁹⁰
Bluse aus schwarz weiss-kariertem Wollstoff, moderne Verarbeitung ..	3 ⁷⁵	Röcke aus blau u. schwarz Gabardine, weite Glockenform ..	10 ⁵⁰ 8 ⁵⁰	Jacken u. Mäntel aus la. Covertcoat, hochmod. ..	31 ⁷⁵ 27 ⁷⁵ 23 ⁵⁰
Bluse aus gestreiften und karierten Musselinstoffen, sehr preiswert ..	4 ⁹⁵	Unterröcke aus guten Waschstoffen, gestreift u. kariert ..	4 ³⁵ 3 ²⁵ 2 ⁴⁵	Kostüme aus blau Gabardine u. schwarz-weiss-kar. Wollst., Blusenform ..	39 ⁷⁵ 29 ⁵⁰
Bluse aus Waschvolle, Vorderteil reich gestickt ..	1 ⁹⁵	Unterröcke aus gutem Leinen mit reich garnierten Volants ..	4 ⁵⁰	Seiden-Jacken aus Taffet u. Molree, eleg. Ausf. ..	31 ⁵⁰ 29 ⁵⁰ 26 ⁵⁰
Bluse aus weiss gemust. Stoffen, nur beste Verarbeitung, z. T. handgest. ..	4 ⁵⁰				
Bluse aus Seide und Damast-Stoffen, hochmoderne Macharten ..	9 ⁷⁵				

Jugendliche handgenähte Topflocke mit Bandreife und Rosentuff .. 6⁹⁵

Rundhut mit bunter Schlei-fen-Garnitur .. 8⁹⁵

Gr. eleg. Schutenform m. Blumenranke u. Band garn. 12⁹⁵

Vornehmer Frauenhut mit 2 Strausfedern garniert. 14⁷⁵